

Maria-Katharina Zapp

**Partizipative Demokratie in Kommunen –
Konzepte und Instrumente**

Examensarbeit

TSKR

Trierer Studien zur Kommunal- und Regionalpolitik

Bd. 4

Juni 2014



 **Universität Trier**

UNIVERSITÄT TRIER
Fachbereich III – Politikwissenschaft
Prof. Dr. Wolfgang H. Lorig

Herausgeber (V.i.S.d.P.)
Prof. Dr. Wolfgang H. Lorig
Universität Trier

Redaktion
Stefan Henn, M.A.

Universitätsring 15

Universitätsring 15

54286 Trier

54286 Trier

Tel.: +49 (0) 651 / 201 – 2138

Fax: +49 (0) 562 / 201 – 3917

E-Mail: lorig@uni-trier.de

E-Mail: s3sthenn@uni-trier.de

Trierer Studien zur Kommunal- und Regionalpolitik

© Trier, Bd. 4, Juni 2014

Der Beitrag ist eine Examensarbeit, die im Jahre 2013 bei Prof. Dr. Wolfgang H. Lorig verfasst wurde. Die vorliegende Fassung stellt die vollständige Magisterarbeit nebst Literaturverzeichnis dar. Auf den vollständigen Anhang wurde verzichtet.

Maria-Katharina Zapp, M.A. hat Politikwissenschaft an der Universität Trier studiert.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
2 Die Krise der repräsentativen Demokratie	3
2.1 Sinkende Wahlbeteiligung	4
2.2 Selektivität der Beteiligung nimmt zu	4
2.3 Sinkende Mitgliederzahlen in den Parteien	5
2.4 Erodieren der Volksparteien	7
2.5 Disparität bei der Vermittlung und Durchsetzung verschiedener gesellschaftlicher Anliegen	9
2.6 Legitimitätskrise	10
2.7 Steuerungskrise	11
3 Demokratietheorien	12
3.1 Repräsentative Demokratietheorie	12
3.2 Direkte Demokratietheorie	13
3.3 Partizipative Demokratietheorie	14
4 Partizipative Demokratie	15
4.1 Ansätze partizipativer Demokratie	16
4.1.1 Der philosophische Ansatz	16
4.1.2 Der anwendungsorientierte Ansatz	18
4.1.3 Der ideengeschichtliche Ansatz	19
4.1.4 Reformoptionen	19
4.2 Strategien partizipativer Demokratie	20

4.2.1 Die expansive Demokratisierungsstrategie	20
4.2.2 Die integrative Demokratisierungsstrategie	21
4.2.3 Die effizienzorientierte Demokratisierungsstrategie	23
4.3 Bürgerbild	24
4.4 Funktionsvoraussetzungen	26
4.5 Kritik partizipativer Demokratietheorie	28
5 Partizipative Demokratie in der Kommune	30
5.1 Formale Verfahren und Methoden	32
5.1.1 Öffentliche Auslegung	32
5.1.2 Anhörung und Erörterung	33
5.1.3 Petition und Bürgerantrag	33
5.1.4 Bürgerbeauftragte	33
5.1.5 Beirat und Ausschuss	34
5.1.6 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	34
5.2 Informelle Verfahren und Methoden	35
5.2.1 Planungszelle	35
5.2.2 Moderation	37
5.2.3 Zukunftswerkstatt	39
5.2.4 Zukunftskonferenz	43
5.2.5 Open-Space-Konferenz	45
5.2.6 Aktivierende Befragung	47
5.2.7 Perspektivenwerkstatt	49
6 Modelle aus der kommunalen Praxis	51

6.1 Erläuterungen zur Untersuchungsmethode	51
6.2 Kriterien zur Erfolgsmessung	53
6.2.1 Legitimität, Legalität und Legitimitätsüberzeugung	53
6.2.2 Effektive Leistungserbringung	54
6.2.3 Demokratische Qualifizierung der Bürger	55
6.2.4 Bildung von Sozialkapital	56
6.3 Praxisbeispiel Betteldorf	57
6.3.1 Die Ortsgemeinde Betteldorf stellt sich vor	57
6.3.2 Vorstellung des Bürgerbeteiligungsprojekts	58
6.3.3 Theoretische Einordnung des Bürgerbeteiligungsprojekts	61
6.3.4 Erfolgsmessung	63
6.4 Praxisbeispiel Katzwinkel	65
6.4.1 Die Ortsgemeinde Katzwinkel stellt sich vor	65
6.4.2 Vorstellung des Bürgerbeteiligungsprojekts	66
6.4.3 Theoretische Einordnung des Bürgerbeteiligungsprojekts	69
6.4.4 Erfolgsmessung	71
6.5 Praxisbeispiel Strohn	73
6.5.1 Die Ortsgemeinde Strohn stellt sich vor	73
6.5.2 Vorstellung des Bürgerbeteiligungsprojekts	75
6.5.3 Theoretische Einordnung des Bürgerbeteiligungsprojekts	76
6.5.4 Erfolgsmessung	77
7 Auswirkungen partizipativer Beteiligung auf die repräsentative Demokratie	79
8 Anwendbarkeit partizipativer Demokratie	82

9 Fazit	84
10 Anhang	87
11 Quellen- und Literaturverzeichnis	118

1 Einleitung

Im Jahr 2012 gab es weltweit 117 parlamentarische Demokratien.¹ Die Aussicht auf Demokratie übt nicht nur auf die Anhänger des arabischen Frühlings große Faszination aus. Der Wunsch nach freien Wahlen für ein demokratisches Parlament steht hierbei für viele im Mittelpunkt.

Dennoch sind es gerade die klassischen Demokratien des Westens, die erste Verschleißerscheinungen zeigen. Die großen Volksparteien haben einen Mitgliederrückgang nicht unerheblichen Ausmaßes zu verzeichnen, die Wahlbeteiligung verharrt auf niedrigem Niveau und die von den politischen Eliten getroffenen Entscheidungen sind immer schwerer vermittelbar. Vor allem das repräsentative System verliert immer mehr an Legitimationskraft und Bedeutung.² Die Debatte um „Stuttgart 21“ war bundesweit nur eine der bekanntesten Forderungen nach mehr plebiszitären Elementen einzelner Bürger- und Protestbewegungen. Diese Forderungen verhallen jedoch nicht ungehört. Während politische Partizipation der Bürger auf Bundesebene noch kontrovers diskutiert wird, werden auf Landesebene, aber besonders auf kommunaler Ebene, seit geraumer Zeit die Instrumente der politischen Partizipation genutzt.³ Im Zentrum steht hier die Behauptung, dass partizipative Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Krisenbewältigung geeignet sind, da sie die dem Vertrauensverlust der Bürger in die politischen Akteure und die demokratischen Institutionen gerade durch ein hohes Maß an Identifikation mit den Entscheidungen entgegenwirken sollen.⁴

Die kommunale Selbstverwaltung mit ihrer Gesamtverantwortung im Rahmen der Zuständigkeiten und dem politischen Aufbau von unten gilt nicht ohne Grund als „Schule der Demokratie“⁵. Vor Forderungen nach weiteren partizipativen Bürgerbeteiligungsinstrumenten auch auf Bundesebene lohnt mithin ein Blick auf den tatsächlichen Erfolg ebensolcher Instrumente auf kommunaler Ebene. Es gilt somit nachzuweisen, unter welchen Umständen diese Elemente partizipativer Demokratie in der Kommune nach objektiven Kriterien tatsächlich erfolgreich

¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Verbreitung demokratischer Staaten, in: Bundeszentrale für politische Bildung Online vom 11.02.2013. Online unter:

<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/38794/demokratische-staaten>, [Stand: 24.09.2013].

² Vgl. Kleinert, Hubert: Krise der repräsentativen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 38-39, Berlin, 2012, S. 18.

³ Vgl. Stock, Marion: Die Zukunft der Bürgerbeteiligung, in: Marion Stock (Hg.): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung – Herausforderungen – Trends - Projekte, Bonn 2011, S. 10 (im Folgenden zitiert als: Stock, Die Zukunft der Bürgerbeteiligung).

⁴ Vgl. Scholz, Joachim: Warum Kommunen Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einbeziehen?, in: Marion Stock (Hg.): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen. Trends. Projekte, Bonn 2011, S. 64.

⁵ Andersen, Uwe/Woyke Wichard: Stichwort Gemeinden/kommunale Selbstverwaltung, in: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 5. Auflage, Opladen 2003.

sein können und ob sie darüber hinaus auch einen Beitrag zur Stärkung der repräsentativen Demokratie selbst erbringen können.

Hierfür werden drei partizipative Bürgerbeteiligungsprojekte auf kommunaler Ebene aus den Ortsgemeinden Strohn, Katzwinkel und Betteldorf im Landkreis Vulkaneifel in Rheinland-Pfalz jeweils politiktheoretisch eingeordnet. Aufgrund einer zwar nicht repräsentativen, jedoch möglichst zahlreichen Befragung der Teilnehmer der einzelnen Projekte und Interviews mit den betreffenden Ortsbürgermeistern soll sodann eine objektive Erfolgsmessung anhand anerkannter Messkriterien der partizipativen Demokratietheorie möglich sein. Mit diesen Ergebnissen ist sodann, wiederum gestützt auf die Befragung der Teilnehmer, der Einfluss der einzelnen Projekte auf die repräsentative Demokratie empirisch darzustellen. Insbesondere gilt es nachzuweisen, ob erfolgreiche partizipative Beteiligungsinstrumente gerade aufgrund ihres Erfolgs Einflüsse auf die Akzeptanz repräsentativer Demokratie haben, oder ob diese Wechselwirkung nur zufällig ist. Es ist ein möglicher Einfluss auf alle theoretischen Krisenfaktoren der repräsentativen Demokratie zu prüfen. Für eine abschließende Beantwortung der Frage, ob partizipative Demokratie in der Kommune wirklich einen Beitrag zur Akzeptanzsteigerung der repräsentativen Demokratie bringen kann und Heilmittel gegen die grassierende Politik- und Parteiverdrossenheit sein kann, ist sodann die Anwendbarkeit derartiger partizipativer Beteiligungsprojekte über den Einzelfall hinaus abstrakt darzustellen.

2 Die Krise der repräsentativen Demokratie

Seit der Antike bedeutet der Begriff Demokratie nun schon „*der Anspruch auf politische Gleichheitswirkung der Gesetze unter weitestgehender Beteiligung des Volkes an deren Zustandekommen.*“⁶ Mit dem Begriff Repräsentation verschmolz dieser letztendlich erst seit dem 18. Jahrhundert und war im Laufe der Jahrhunderte alles andere als unumstritten. In der Kritik standen beispielsweise die Entscheidungsakte, dass nämlich die Entscheidungen, die von den Repräsentanten getroffen wurden, ihre Geltungskraft unabhängig von der konkreten Person beanspruchen konnten sowie die Tatsache, dass das Volk gleichgesetzt wurde mit seinen Herrschaftsinstitutionen, die repräsentativ gewählt wurden.⁷

Im Laufe der Zeit hat sich die repräsentative Demokratie nun zur vorherrschenden Ausformung des Demokratieprinzips entwickelt und es ist daher auch „*wenig überraschend, dass im Rahmen verschiedener Krisendiagnosen der Vergangenheit zumeist auch eine Krise der Repräsentation konstatiert wurde.*“⁸ Durchblättert man heutzutage beispielsweise die politikwissenschaftliche Fachliteratur so werden die aktuellen Entwicklungen unseres politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland häufig als problematisch beschrieben und das Urteil lautet dann dementsprechend: Die repräsentative Demokratie steckt in einer Krise. Ganz allgemein lässt sich der Begriff Krise definieren als ein Höhe- oder Wendepunkt, der eine gefährliche Entwicklung markiert.⁹ Bezieht man den Begriff hier im engeren Sinne auf die politische Ordnung der Demokratie, so „*bedeutet Krise eine schwerwiegende systemische Störung der Demokratie, die deren institutionellen Kernbestand und die weitere Existenz als politische Herrschaftsordnung gefährdet.*“¹⁰ Um einen möglichen Lösungsansatz für die derzeitige durchaus dramatische Situation in Deutschland finden zu können, gilt es zunächst einmal die verschiedenen Argumentationsweisen, die für diese Krise verantwortlich sind, herauszuarbeiten.

⁶ Mittendorf, Volker: Die Qualität kollektiver Entscheidungen. Kommunikationsprozesse direkter und repräsentativer Demokratie im Vergleich, Frankfurt am Main 2009, S. 41 (im Folgenden zitiert als: Volker Mittendorf, Die Qualität kollektiver Entscheidungen).

⁷ Vgl. Ibid, S. 42.

⁸ Linden, Markus/ Winfried Thaa: Krise und Repräsentation, in: Markus Linden, Winfried Thaa (Hg.): Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 12 (im Folgenden zitiert als: Thaa, Krise und Repräsentation).

⁹ Vgl. Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion: Duden - Das Fremdwörterbuch, 9. Auflage, Leipzig/ Mannheim 2006, S. 574.

¹⁰ Merkel, Wolfgang: Steckt die Demokratie in einer Krise?, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hg.): Herausforderung Demokratie. Demokratisch, parlamentarisch, gut?, Baden-Baden 2011, S. 16 (im Folgenden zitiert als: Merkel, Steckt die Demokratie in einer Krise?).

Ein Schlagwort, das in diesem Zusammenhang immer wieder aufs Neue erscheint, ist der Begriff der Politikverdrossenheit. Dieser ist hinsichtlich der Tatsache, dass die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den Arbeitsweisen der politischen Institutionen und somit auch das Vertrauen in die Politik immer mehr sinkt, hinlänglich belegt.¹¹ Jedoch ist der Begriff der Politikverdrossenheit eine sehr allgemein gehaltene Beschreibung der aktuellen Situation, deren eigentliche Ursachen näher aufgeschlüsselt werden sollten.

2.1 Sinkende Wahlbeteiligung

Das bedeutendste partizipative Element innerhalb der repräsentativen Demokratie ist eindeutig der Wahlakt, mit welchem der Souverän, das Volk, seine Vertreter für die nächste Periode ins Amt beruft. Im festen Kanon der Krisenindikatoren befindet sich der seit den 1980er Jahren eindeutig zu beobachtende Trend der abnehmenden Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland¹², was bedeutet, dass sich immer weniger Bürger daran beteiligen, ihren Repräsentanten ein Regierungsmandat zu verleihen. Bei den Bundestagswahlen im Jahre 2009 erreichte die Wahlbeteiligung sogar einen historischen Tiefstand, indem damals lediglich 72,2 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben.¹³ Allerdings ist es bisher umstritten, ob eine sinkende Wahlbeteiligung wirklich als Krisenindikator gelten kann. So behaupten beispielsweise angelsächsische Demokratieforscher genau das Gegenteil, nämlich dass ein Anstieg der Wahlbeteiligung Grund zur Besorgnis sei und auf Unzufriedenheit und Polarisierung innerhalb des Volkes hindeuten würde.¹⁴

Somit gibt es letztendlich kein definitiv überzeugendes Argument, das besagt, bei welcher Zahl, die optimale Wahlbeteiligung zu verorten ist.

¹¹ Vgl. Thaa, Krise und Repräsentation, a.a.O., S. 19.

¹² Vgl. Merkel, Wolfgang/ Alexander Petring: Partizipation und Inklusion. Demokratie in Deutschland – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011, S. 6 (im Folgenden zitiert als: Petring, Partizipation und Inklusion).

¹³ Vgl. Merkel, Steckt die Demokratie in einer Krise?, a.a.O., S. 17.

¹⁴ Vgl. Petring, Partizipation und Inklusion, a.a.O., S. 8.

2.2 Selektivität der Beteiligung nimmt zu

Von größerer Bedeutung als die sinkende Wahlbeteiligung ist wohl deren soziale Selektivität, das heißt, dass die Beteiligung an einer Wahl von der Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Minderheit, zu einer bestimmten sozialen Klasse oder vom Bildungsniveau oder Geschlecht abhängig ist.¹⁵ Denn dann bestünde eindeutig die Gefahr, „*dass die politische Gleichheit als fundamentales Prinzip der Demokratie einer Ungleichheit der Interessenartikulation weicht.*“¹⁶

Soziale Benachteiligung wird in der Regel anhand von folgenden Merkmalen gemessen: Klassenzugehörigkeit, Bildung und Erwerbsstatus. Die Anzahl der Bürger, die zu dieser sozial benachteiligten Bevölkerungsschicht gezählt wird, ist in der Gruppe der Nichtwähler besonders groß. Daraus resultiert also, dass die soziale Selektivität bei geringerer Wahlbeteiligung zunimmt, die Demokratie in Deutschland elitärer wird und die unteren Schichten aus der politischen Beteiligung besonders stark aussteigen.¹⁷ Für die parlamentarische Arbeit bedeutet dies nämlich in der Praxis, dass die Vertreter der Unterschichten unterrepräsentiert sind, woraus dann letztendlich auch nur eine schwache Interessenwahrnehmung folgt. Und die Kontrollfunktion des Volkes gegenüber den Mandatsträgern erfolgt in diesem Fall auch nur ungenügend, da die Parlamentarier beim nächsten Urnengang keine Abwahl befürchten müssen, wenn sie die Unterschichtsinteressen missachtet haben.¹⁸

Was die Bundesrepublik Deutschland betrifft, kann somit zusammenfassend festgehalten werden, dass zwar immerhin die Selektion über die Geschlechtszugehörigkeit im Laufe der letzten drei Jahrzehnte verschwunden ist, sich die bildungs- und klassenspezifische Selektivität aber eindeutig verschärft hat.¹⁹ Für das fundamentaldemokratische Prinzip der politischen Gleichheit kann somit nicht mehr ausreichend garantiert werden und die Selektion gilt als bedeutendes Argument für eine aktuelle Krise der repräsentativen Demokratie.

¹⁵ Vgl. Merkel, *Steckt die Demokratie in einer Krise?*, a.a.O., S. 18.

¹⁶ Petring, *Partizipation und Inklusion*, a.a.O., S. 8.

¹⁷ Vgl. Petring, *Partizipation und Inklusion*, a.a.O., S. 8ff.

¹⁸ Vgl. Merkel, *Steckt die Demokratie in der Krise?*, a.a.O., S. 18.

¹⁹ Vgl. *Ibid.*, S. 18f.

2.3 Sinkende Mitgliederzahlen in den Parteien

Ein anderer Indikator für die wachsende Distanz zwischen den Bürgern der Bundesrepublik und dem Staat sind die steigenden Mitgliederverluste der politischen Parteien.²⁰ Im Zeitraum zwischen den Jahren 1990 und 2007 sank die Zahl der Parteimitglieder von 2,5 Millionen um mehr als eine Million.²¹

Hier ist zum einen die rückläufige Zahl der Mitglieder insgesamt problematisch. Neben der Wahl bietet das Engagement innerhalb der Partei nämlich ein weiteres konventionelles Partizipationsforum, denn hier wird in repräsentativen Demokratien über die programmatische Ausrichtung und die Auswahl der Kandidaten entschieden. Durch diesen Verlust der Verankerung innerhalb der Gesellschaft rekrutieren die Parteien ihre Mitglieder und Kandidaten immer häufiger über professionelle Agenturen und die Medien statt über die eigene Organisation.²² Im Umkehrschluss bedeutet dies beim Anblick der Mitgliederzahlen, dass nur noch ungefähr 2 Prozent der Bevölkerung bereit sind, sich dauerhaft zu engagieren und somit 98 Prozent der Bevölkerung repräsentieren.²³ Dies ist also ein weiterer Punkt, der definitiv in diesem Fall eine Krise der Repräsentierten belegt. Eine andere Problematik, die aus den Mitgliederverlusten resultiert, ist die Frage, „*ob die Parteien über ihre Mitglieder die Bevölkerungsstruktur widerspiegeln oder ob nur bestimmte Teile der Bevölkerung diese Form der Interessenartikulation, Willensbildung und Entscheidungsfindung wahrnehmen.*“²⁴ In der Bundesrepublik Deutschland ist ganz klar Letzteres zu beobachten und ihre sozialstrukturelle Zusammensetzung ist zunehmend homogener.²⁵ Das sozial selektive Muster ähnelt dem Trend, der schon bei der Wahlbeteiligung aufgezeigt wurde. Die oberen Bevölkerungsschichten sind über- und die unteren Schichten unterrepräsentiert. Die Ursache der allgemein sinkenden Mitgliederzahlen liegt in der zunehmenden Individualisierung der Bevölkerung, welche die desintegrative Wirkung politischer Repräsentation enorm verstärkt. Aufgrund der Entwicklung von der klassischen Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft hin benötigen die Menschen individuelle Mobilität und Flexibilität, was sich negativ auf die Bereitschaft auswirkt, dauerhaft Bindungen einzugehen oder mit anderen zu kooperieren. Das kontinuierliche

²⁰ Vgl. Zittel, Thomas: Partizipative Demokratie und politische Partizipation, in: André Kaiser/ Thomas Zittel (Hg.): *Demokratiethorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg*, Wiesbaden 2004, S. 55 (im Folgenden zitiert als: Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation).

²¹ Vgl. Petring, Partizipation und Inklusion, a.a.O., S. 16.

²² Vgl. Petring, Partizipation und Inklusion, a.a.O., S. 16f.

²³ Vgl. Weil, Stephan: Zur Krise der politischen Repräsentation, in: Detlef Horster (Hg.): *Die Krise der politischen Repräsentation*, Weilerswist 2008, S. 36.

²⁴ Petring, Partizipation und Inklusion, a.a.O., S. 16.

²⁵ Vgl. Ibid, S. 18.

Engagement leidet eindeutig unter einem Attraktivitätsverlust.²⁶ Die Menschen prüfen heutzutage nämlich zunehmend *„auf der Basis eines rationalen Kosten-Nutzen-Kalküls [...], was ihnen eine Mitgliedschaft einbringt und welche Kosten gleichzeitig dafür anfallen.“*²⁷ Diese Art der dauerhaften Partizipation kostet aber sowohl Zeit und Geld als auch abendliche Präsenz bei parteipolitischen Veranstaltungen und dies veranlasst die Bevölkerung sich letztendlich gegen eine Mitgliedschaft zu entscheiden.

Zusammenfassend belegen die sinkenden Mitgliederzahlen somit in zweifacher Hinsicht die Krise der repräsentativen Demokratie. Es stehen also immer weniger Bürger für die Repräsentation der gesamten Bevölkerung zur Verfügung und diese Beteiligung hat sich letztendlich zusätzlich noch zuungunsten der unteren Schicht entwickelt.

2.4 Erodieren der Volksparteien

Der zuletzt aufgeführte Krisenindikator betrifft vor allem auch die beiden großen deutschen Volksparteien CDU und SPD, wobei es aufgrund des enormen Mitgliederverlusts fragwürdig ist, ob der Begriff Volkspartei heutzutage überhaupt noch berechtigt ist. Hatte die SPD in der Vergangenheit nämlich zeitweise sogar über einer Million Mitglieder zu verzeichnen, so waren es Ende des letzten Jahres nicht einmal mehr halb so viele. Auch die CDU hat im Laufe der letzten 20 Jahre einen Mitgliederschwund im Rahmen von 300.000 zu verbüßen und zählt momentan, ähnlich wie die SPD, nur noch weniger als 500.000 Mitglieder.²⁸ Diese Entwicklung trägt ebenso zum Erodieren der Volksparteien bei, wie die Tatsache, dass ihr Stimmenanteil bei Wahlen immer mehr schwindet. Fielen bei der Bundestagswahl 1976 noch über 90% der abgegebenen Stimmen auf SPD und CDU/CSU, so waren es 2009 nur lediglich 56,8%.²⁹ Die sinkende Zahl der Mitglieder und des Stimmenanteils ist insofern problematisch, als dass sich die linke und konservative Volkspartei als Organisationen verstehen, die ethnien-, religions- und klassenübergreifend die Interessenvielfalt innerhalb der Gesellschaft repräsentieren.³⁰ Das Selbstverständnis dieser Parteien beinhaltet nämlich, *„auch jene Teile der Gesellschaft zu repräsentieren, die zwar zahlreich in der Gesellschaft zu finden sind, aber nur*

²⁶ Jun, Uwe: Der Wandel der Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt am Main 2004, S. 98.

²⁷ Wiesendahl, Elmar: Partizipation in Parteien: Ein Auslaufmodell?, in: Beate Hoecker (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen 2006, S. 76.

²⁸ Vgl. Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland, Version 2013, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammler-Zentrum, Nr. 20, Berlin 2013, S. 2ff.

²⁹ Vgl. Zicht, Wilko: Ergebnisse der Bundestagswahlen. Online unter: <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bundestag.htm>, [Stand : 08.07.13].

³⁰ Vgl. Petring, Partizipation und Inklusion, a.a.O., S.13.

einen vergleichsweise kleinen Teil der Wählerschaft ausmachen“³¹, aufgrund der Tatsache, dass sie unter den Nichtwählern überproportional zu finden sind.³² Die nachlassende Unterstützung der Volksparteien zieht somit weitreichende Konsequenzen mit sich. Zum einen nimmt also die Interessenwahrnehmung der Nichtwähler und somit der unteren Schichten ab. Eine umfassende Repräsentation der politischen Interessen gelingt in Deutschland somit nicht mehr so leicht. Zum anderen wird der politische Wettbewerb immer größer. Die kleinen Parteien erhalten immer mehr Unterstützung und die somit entstehende erhöhte Konkurrenz untereinander, wirkt sich „negativ auf die Kohärenz der Politikformulierung und die Nachhaltigkeit von Regierungskoalitionen aus.“³³ Die notwendigen Transaktionskosten der politischen Entscheidungen wachsen mit der Zahl der Koalitionspartner an und das demokratische Regieren wird somit blockadeanfälliger, ineffizienter und instabiler.

Außerdem wird die bisherige Integrationswirkung der Volksparteien somit nachlassen. Aus ihrer vielfältigen Interessenvertretung resultierte nämlich eine Kohäsionswirkung auf die verschiedensten Gruppen innerhalb der gesamten Gesellschaft, eine Integration heterogener Segmente wurde ermöglicht und Sozialkapital produziert.³⁴ Dieser positive Effekt wird nun durch die aufstrebenden kleineren Parteien nicht mehr möglich sein, sogar das Gegenteilige kann befürchtet werden. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft und das daraus resultierende Konkurrenzdenken zwischen ihren jeweiligen Anhängern werden sich auf die Gesellschaft übertragen und Misstrauen entsteht.

Zu erklären ist die problematische Entwicklung der Volksparteien durch die Erosion der soziokulturellen Milieus und Großgruppen, die sie ursprünglich unterstützten. So ist beispielsweise der Stimmenrückgang der CDU/CSU durch den Bedeutungsverlust der katholischen Kirche zu erklären. Der Verlust bei der SPD weist ähnliche Ursachen auf, denn auch dies erklärt sich durch den Niedergang eines bisher traditionellen Milieus, nämlich der Industriearbeiterschaft. Der Grund hierfür liegt im gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsprozess und umfasst zum einen ein quantitatives Argument.³⁵ Durch den Entwicklungsprozess der letzten Jahrzehnte hin zur Dienstleistungsgesellschaft verliert die Industriearbeit zunehmend an Bedeutung und bereits im Jahre 2000 waren lediglich noch 14% der Bevölkerung mit der direkten

³¹ Petring, Partizipation und Inklusion, a.a.O., S.13.

³² Vgl. Ibid.

³³ Petring, Partizipation und Inklusion, a.a.O., S.15.

³⁴ Vgl. Ibid.

³⁵ Vgl. Thaa, Winfried: Die Krise politischer Repräsentation – eine Folge der Auflösung gesellschaftlicher Großgruppen und soziokultureller Milieus?, in: Markus Linden, Winfried Thaa (Hg.): Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 129 (im Folgenden zitiert als: Winfried Thaa, Die Krise politischer Repräsentation).

Herstellung von Nahrungsmitteln, Gütern oder mit der Bauarbeit beschäftigt.³⁶ Dies wird ergänzt durch eine qualitative Veränderung in der Gesellschaft, die zurückgeführt werden kann auf eine kapitalistische Modernisierung der Werte, Sozialstruktur und Sozialcharaktere.³⁷ Für die klassischen deutschen Volksparteien bedeutet dies in der Konsequenz,

„dass der Wandel der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung keine Großgruppen mit klarer Identität und gemeinsamen Interessenlagen mehr hervorbringt, ja dass darüber hinaus bei den Individuen selbst kaum mehr die Voraussetzungen für eine stabile politische Orientierung gegeben sein dürften.“³⁸

Was bereits für die allgemein sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien als Ursache diente, zeigt somit auch hier wieder seine Auswirkungen. Die Lebensstile wurden insgesamt im Laufe der Jahrzehnte immer individueller, die Menschen emanzipierter und die gesamte Gesellschaft somit differenzierter. Für die Volksparteien wird es immer schwerer, Programme zu erarbeiten, die die Zustimmung der Mehrheit sichert.³⁹ Ihre Unterstützung ist häufig spätestens dann gefährdet, wenn sie bereits eine längere Zeit die Bundesregierung stellten und somit zwangsläufig auch unpopuläre Entscheidungen treffen mussten. Teile ihrer Wählerschaft verlieren sie dann möglicherweise an kleine Konkurrenten, die sich auf engagierte Minderheiten ausrichten.⁴⁰ Eine stabile Regierungsbildung wird infolge dessen in der repräsentativen Demokratie immer schwieriger.

³⁶ Vgl. Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, 4. Auflage, Wiesbaden 2006, S.166.

³⁷ Vgl. Winfried Thaa, Die Krise politischer Repräsentation, a.a.O., S. 130.

³⁸ Winfried Thaa, Die Krise politischer Repräsentation, a.a.O., S. 130.

³⁹ Vgl. Forndran, Erhard: Demokratie und demokratischer Staat in der Krise. Eine Frage an Theorie und Praxis zu ihren Handlungsmöglichkeiten und Handlungsgrenzen, Baden-Baden 2002, S. 147.

⁴⁰ Vgl. Rudzio, Wolfgang: Parteiendemokratie und Repräsentation. Selbstverständnis und Kritik der Parteiendemokratie, in: Günther Rüter (Hg.): Repräsentative und plebiszitäre Demokratie – eine Alternative? Grundlagen, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 1996, S. 141.

2.5 Disparität bei der Vermittlung und Durchsetzung verschiedener gesellschaftlicher Anliegen

Diese Argumentationsweise bezieht sich weniger auf bestimmte Parteien sondern stellt allgemein fest, dass innerhalb der repräsentativen Demokratie Deutschlands einige spezifische Ansprüche strukturell benachteiligt sind gegenüber anderen Interessen. Es wird sogar von einer prinzipiellen Disparität der politischen Repräsentation ausgegangen.⁴¹ Betrachtet man diese Argumentationsweise aus der ökonomischen Sicht, so kann die Ungleichheit innerhalb der Marktgesellschaft durch das Repräsentationsprinzip verstärkt werden. „*The flaw in the pluralist heaven is that the heavenly chorus sings with a strong upperclass accent. Probably about 90 percent of the people cannot get into the pressure system.*“⁴² Diejenigen, die über materielle Ressourcenausstattung verfügen, seien in der Lage, den Wahlkampf beispielsweise mittels Spenden zu beeinflussen und ihre Macht somit zu stärken. Die unterschiedliche Ausprägung der Organisations-, Argumentations- und Konfliktfähigkeit der einzelnen Gruppeninteressen könne somit nicht ausreichend genug das Demokratieprinzip der Gleichheit gewährleisten. Bereits Johannes Agnoli erkannte die systemimmanente Ungleichheit und betrachtete das parlamentarische Repräsentationsprinzip als Möglichkeit, die Bevölkerungsmassen vom Machtzentrum des Staates und somit von den eigentlichen Entscheidungszentren fernzuhalten.⁴³ Der Bundestag fungiert seiner Argumentation zufolge als eine Art „*Transmissionsriemen der Entscheidungen oligarchischer Gruppen.*“⁴⁴ Die Disparität bei der Durchsetzung verschiedener Interessen ist auch heute noch ein kritizierter Aspekt der repräsentativen Demokratie. Colin Crouch verweist beispielsweise in seiner aktuellen Krisentheorie darauf, dass die momentan vorherrschenden institutionellen Ausformungen der Interessenvermittlung dazu führen, dass egalitäre Ansprüche systematisch nicht berücksichtigt würden.⁴⁵ Der korporatistische Keynesianismus habe sich zum wahrhaft demokratischen Interregnum entwickelt.⁴⁶

⁴¹ Vgl. Thaa, Krise und Repräsentation, a.a.O., S. 14.

⁴² Schattschneider, Elmer Eric: *The Semi-Sovereign People. A Realist's View of Democracy in America*, New York 1960, S. 34f (im Folgenden zitiert als: Schattschneider, *The Semi-Sovereign People*).

⁴³ Vgl. Agnoli, Johannes: *Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition*, in: Ulrich Matz (Hg.): *Grundprobleme der Demokratie*, Darmstadt 1968, S. 465f (im Folgenden zitiert als: Agnoli, *Thesen zur Transformation der Demokratie*).

⁴⁴ *Ibid.*, S. 466.

⁴⁵ Vgl. Thaa, Krise und Repräsentation, a.a.O., S. 15f.

⁴⁶ Vgl. Crouch, Colin: *Postdemokratie*, Frankfurt am Main 2008, S. 156f.

2.6 Legitimitätskrise

Die Problematik um die Legitimität politischer Entscheidungen entsteht aus dem immer häufiger geäußerten Anspruch der Bürger, ihre Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der demokratischen Verfahren geltend zu machen. Insofern werde die Krise immer dann deutlich, wenn die Responsivität aufgrund mangelnder Partizipation eingeschränkt sei. Als jüngstes Beispiel dient hierfür der Streit um das Projekt „Stuttgart 21“.⁴⁷ Vor allem gebildete junge Bürger wären der Meinung, dass ihre Ansprüche innerhalb der repräsentativen Demokratie nicht mehr ausreichend genug repräsentiert würden.⁴⁸ Laut Russell Dalton könnten die Institutionen dem kritischen Bürgertypus nicht mehr ausreichend genug gerecht werden und er plädiert für eine Öffnung des politischen Prozesses.⁴⁹ In einer ähnlichen Art und Weise kritisiert Pippa Norris die konventionelle Form der politischen Repräsentation, denn auch sie spricht sich für eine Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten aus, um der kritischen Bevölkerung gerecht zu werden.⁵⁰

Betrachtet man die Debatte bezüglich der Legitimitätskrise im Laufe der letzten Jahrzehnte, so kann festgestellt werden, dass beispielsweise Carole Pateman in ihrer Demokratietheorie von 1970 ähnlich argumentierte und bereits damals die Forderung nach mehr Partizipation deutlich wurde.⁵¹ Jedoch besteht in der Tat auch ein Unterschied zum damaligen Argumentationsmuster. Denn neu ist, *„dass die These derart häufig mit Verweis auf die kritische Haltung in den gut gebildeten oder sogar höheren Gesellschaftsschichten vorgebracht wird.“*⁵² Es wird somit nicht mehr nur eine verbesserte Repräsentation der sozial Schwachen gefordert, sondern auch explizit die des hochpolitischen und kritischen Bürgertypus.

⁴⁷ Vgl. Thaa, Krise und Repräsentation, a.a.O., S. 22.

⁴⁸ Vgl. Dalton, Russell J.: Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies, Oxford 2004, S. 195.

⁴⁹ Vgl. Dalton, Russell J: Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies, 5. Auflage, Washington D.C. 2008, S. 255.

⁵⁰ Vgl. Norris, Pippa: Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Cambridge 2002, S. 222f.

⁵¹ Vgl. Pateman, Carole: Participation and Democratic Theory, London 1970 (im Folgenden zitiert als: Pateman, Participation and Democratic Theory).

⁵² Thaa, Krise und Repräsentation, a.a.O., S. 23.

2.7 Steuerungskrise

Im Mittelpunkt der Debatte um eine Steuerungskrise innerhalb der repräsentativen Demokratie steht die Frage, inwiefern gouvernementale Macht grundsätzlich durchsetzbar ist.⁵³ Bereits 1975 benannten Michel Crozier, Samuel P. Huntington und Joji Watanuki 4 Krisentendenzen, die im Zusammenspiel die Regierbarkeit in repräsentativen Demokratien gefährden würden. Zunächst identifizierten sie als solche die Deligitimation von Autorität im Allgemeinen und das damit einhergehende sinkende Vertrauen in die politische Führung.⁵⁴ Des Weiteren befürchteten Sie, dass die Regierbarkeit durch eine Expansion der Staatstätigkeit immer mehr eingeschränkt würde. Diese entstünde nämlich unter anderem dadurch, dass einzelne Bevölkerungsgruppen immer häufiger politisch partizipieren und dann den Anspruch erheben, dass die Regierung sich um ihre Belange kümmern müsse.⁵⁵ Als dritte Krisentendenz gilt bei den amerikanischen Autoren die Disaggregation der Interessen, worunter zusammengefasst die Fragmentierung des Parteiensystems zu verstehen ist. Hierunter leidet dann letztendlich die Kompromissfindung und eine allgemeine Akzeptanz der politischen Entscheidungen wird erschwert.⁵⁶ Letztlich hat die Tatsache, dass die Regierung insgesamt kontinuierlich den nationalen Wählerinteressen verpflichtet ist, zur Folge, dass daneben wenig Raum bleibt für außenpolitische Debatten, die über rein nationale Wählerbelange hinausgehen.⁵⁷ Es kommt zu einer Nationalisierung der Außenpolitik, der somit 4. Krisentendenz der Steuerungsproblematik.

⁵³ Vgl. Ibid, S. 19.

⁵⁴ Vgl. Crozier, Michael/ Samuel P. Huntington/ Joji Watanuki: *The Crisis of Democracy*, New York 1975, S. 162f (im Folgenden zitiert als: Crozier, *The Crisis of Democracy*).

⁵⁵ Vgl. Crozier, *The Crisis of Democracy*, a.a.O., S. 163f.

⁵⁶ Vgl. Ibid, S. 165f.

⁵⁷ Vgl. Crozier, *The Crisis of Democracy*, a.a.O., S. 167.

3 Demokratietheorien

Um eine theoretische Einordnung partizipativer Demokratie vornehmen zu können, ist hierfür zunächst eine Abgrenzung verschiedener Demokratietheorien vorzunehmen, welche sich in ihrer konkreten Ausgestaltung unterscheiden.

3.1 Repräsentative Demokratietheorie

Die repräsentative Demokratie ist die in einem modernen Verfassungsstaat übliche Form der Demokratie, in welcher die Herrschaft nicht direkt vom Volk ausgeübt wird, sondern durch repräsentative Organe.⁵⁸ Die Bestellung der Repräsentanten erfolgt über Parteien und periodische Wahlen, in denen der Wähler dem Gewählten sein Vertrauen ausspricht, *„um es ihm bei der nächsten Wahl gegebenenfalls wieder zu entziehen; er überträgt ihm Macht auf Zeit.“*⁵⁹ Dadurch erhalten die Vertreter des Volkes von den Repräsentierten das Mandat, in Sachfragen bindende Entscheidungen für die Wähler zu treffen.⁶⁰ Demzufolge verfügen über die unmittelbaren Entscheidungsbefugnisse somit nur die Vertreter des Volkes.⁶¹ Diese Entscheidungen müssen die Repräsentanten frei von Weisungen treffen (freies Mandat), denn nur eine frei von Zwängen getroffene Entscheidung kann verantwortet werden. Sie bleiben hierbei stets dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht partikularen Interessen. Repräsentatives Handeln muss somit kontrollierbar sein, weshalb die Repräsentation der Öffentlichkeit bedarf.⁶²

Dieses repräsentativ-demokratische Modell steht im Spannungsverhältnis zu Elementen direkter oder plebiszitärer Demokratie, die allerdings in der Verfassungswirklichkeit in unterschiedlicher Form und Ausmaß in den meisten repräsentativen Demokratien durchaus existieren.⁶³

⁵⁸ Nohlen, Dieter: Stichwort Repräsentative Demokratie, in: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze, Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.): Lexikon der Politik, Band 7, München 1998, S. 558 (im Folgenden zitiert als: Nohlen, Repräsentative Demokratie).

⁵⁹ Klein, Hans Hugo: Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie des Grundgesetzes. Wie übt das Volk seine Macht aus?, in: Günther Rüter (Hg.): Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative?, Baden-Baden 1996, S. 38 (im Folgenden zitiert als: Klein, Wie übt das Volk seine Macht aus?).

⁶⁰ Vgl. Nohlen, Repräsentative Demokratie, a.a.O., S. 558.

⁶¹ Vgl. Schubert, Klaus: Stichwort Repräsentative Demokratie, in: Klaus Schubert/ Martina Klein (Hg.): Das Politiklexikon, 5. Auflage, Bonn 2011.

⁶² Vgl. Klein, Wie übt das Volk seine Macht aus?, a.a.O., S. 38.

⁶³ Vgl. Nohlen, Repräsentative Demokratie, a.a.O., S. 558.

3.2 Direkte Demokratietheorie

Direkte Demokratie ist eine Form der Demokratie, in welcher die Herrschaft unmittelbar vom Volk ausgeübt wird.⁶⁴ Konzeptionen der direkten Demokratie basieren somit auf dem Gedanken der prinzipiellen Identität von Regierenden und Regierten und dem Volk wird hierbei in allen Angelegenheiten die totale Kompetenzzuständigkeit ausgesprochen. Demzufolge stellt sich somit automatisch der Allgemeinwille, der *volonté générale*, immer wieder her. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die gesamte Bürgerschaft konsequent an allen zu treffenden Entscheidungen teilnimmt. Hieraus leitet sich ein Bürgerbild in der direkten Demokratie ab, welches keine Unterscheidung von Citoyen und Bourgeois kennt, sondern jeden einzelnen als *homo politicus* ansieht. Das Allgemeinwohl steht bei den Entscheidungen stets im Mittelpunkt, weswegen der einzelne Bürger sein egoistisches Interesse und die Bürger-Gruppen ihre Partikularinteressen überwinden.⁶⁵ Die jeweiligen Entscheidungen der Bürger werden in „*Volksversammlungen oder Basisgruppen und durch Volksbegehren und Volksabstimmungen*“⁶⁶ getroffen. Je nach Größe des Gemeinwesens kann es ein Parlament mit Delegierten geben, welches dann Exekutor der *volonté générale* ist. Diese Delegierten werden allerdings an die Basis gebunden mittels des imperativen Mandates, des Recalls und des Rotationsprinzips und mit Hilfe direkter Volkswahlen. Die Aufhebung von Herrschaft gilt somit als tendenzielles Ziel und das demokratische Prinzip begrenzt sich nicht nur auf die staatliche und politische Sphäre, sondern auf die gesellschaftliche.⁶⁷

Bisher wurde das Konzept der direkten Demokratie allerdings in keiner Verfassung verwirklicht. Vorstellbar wäre es, wenn überhaupt, nur in einem kleinen (Stadt-)Staat, in welchem absolut sozial homogene Bürger leben. Allerdings weisen die derzeitigen Verfassungen in unterschiedlicher Ausprägung Elemente der direkten Demokratie auf und enthalten durchaus plebiszitäre Komponenten.⁶⁸ Gerade im Laufe der 1990er Jahre nahm „*eine Vielzahl der deutschen Bundesländer Elemente direktdemokratischer Entscheidungsverfahren in ihre Landes- und Gemeindeverfassungen auf.*“⁶⁹

⁶⁴ Vgl. Kost, Andreas: *Direkte Demokratie*, Wiesbaden 2008, S. 12 (im Folgenden zitiert als: Kost, *Direkte Demokratie*).

⁶⁵ Vgl. Nohlen, Dieter: Stichwort *Direkte Demokratie*, in: Dieter Nohlen/ Rainer-Olaf Schultze/ Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.): *Lexikon der Politik*, Band 7, München 1998, S. 129f. (im Folgenden zitiert als: Nohlen, *Direkte Demokratie*).

⁶⁶ Nohlen, *Direkte Demokratie*, a.a.O., S. 130.

⁶⁷ Vgl. *Ibid.*

⁶⁸ Vgl. Nohlen, *Direkte Demokratie*, a.a.O., S. 130f.

⁶⁹ Freitag, Markus/ Uwe Wagschal: Einleitung, in: Markus Freitag/ Uwe Wagschal (Hg.): *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*, Band 3, Berlin 2007, S. 9.

3.3 Partizipative Demokratietheorie

Im Zentrum der partizipativen Demokratietheorie steht die *„politische Beteiligung möglichst vieler über möglichst vieles, und zwar im Sinne von Teilnehmen, Teilhaben, Seinen-Teil-Geben und innere Anteilnahme am Schicksal eines Gemeinwesens.“*⁷⁰ Die Theorie übt Kritik an der repräsentativen Demokratietheorie. Deren Institutionen und repräsentativen Elemente werden *„als nicht ausreichend für ein demokratisches System eingeschätzt“*⁷¹ und ihr wird vorgeworfen, sie konzentriere sich zu sehr auf den Input der Politik.⁷² Die partizipative Demokratietheorie sieht hierin allerdings eine *„Demokratiethorie ohne Demokratie“*⁷³ und fordert die Maximierung von Beteiligungschancen am gesamten Prozess.⁷⁴ In einer Gesellschaft dürften Institutionen und Individuen nämlich nicht getrennt voneinander betrachtet werden und die *„Bürger sollen an der Aussprache, der Willensbildung und der Entscheidung über öffentliche Angelegenheiten beteiligt werden.“*⁷⁵

Das generelle Bild der einzelnen Bürger ist in der partizipativen Demokratietheorie durchaus optimistisch, denn *„es unterstellt, dass der durchschnittliche Bürger zu mehr und besserer Beteiligung befähigt ist oder hierfür durch entsprechende Ordnung des Willensbildungsprozesses befähigt werden kann.“*⁷⁶ In der partizipativen Demokratietheorie kann nämlich durchaus ein erzieherisches Element stecken. Durch die Teilnahme der Gesellschaft am politischen Geschehen, die Diskussion um die beste Lösung und die aktive Mitwirkung wird aus dem Bürger letztendlich ein Staatsbürger ausgebildet.⁷⁷ Jedoch sind nicht alle Partizipationstheoretiker der Meinung, dass die Befähigung zur Partizipation erst entwickelt werden muss. Benjamin Barber beispielsweise geht in seiner Demokratietheorie von einem Bürger aus, der bereits für die Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten qualifiziert ist und die soziale Interaktion beherrscht.⁷⁸

⁷⁰ Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung, 4. Auflage, Wiesbaden 2008, S. 236 (im Folgenden zitiert als: Manfred Schmidt, Demokratietheorien, 4. Auflage).

⁷¹ Walk, Heike: Krise der Demokratie und die Rolle der Politikwissenschaft, in Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 52, Bonn 2009, S. 24 (im Folgenden zitiert als: Heike Walk, Krise der Demokratie).

⁷² Vgl. Manfred Schmidt, Demokratietheorien, 4. Auflage, a.a.O., S. 236.

⁷³ Jörke, Dirk: Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?, in: Reinhard Heil/ Andreas Hetzel (Hg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld 2006, S. 253.

⁷⁴ Vgl. Heike Walk, Krise der Demokratie, a.a.O., S. 24.

⁷⁵ Vgl. Heike Walk, Krise der Demokratie, a.a.O., S. 24.

⁷⁶ Manfred Schmidt, Demokratietheorien, 4. Auflage, a.a.O., S. 240f.

⁷⁷ Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Bonn 2004, S. 20.

⁷⁸ Vgl. Barber, Benjamin R.: The Conquest of Politics. Liberal Philosophy in Democratic Times, Princeton 1988, S. 210 (im Folgenden zitiert als: Barber, Benjamin, The Conquest of Politics).

4 Partizipative Demokratietheorie

„Krisen beinhalten Chancen und Entscheidungen für neue Konzepte und Strategien.“⁷⁹ Vor diesem konstruktiven Hintergrund werden verschiedene Konzepte zur Krisenlösung vorgebracht. Auf der in dieser Arbeit betrachteten kommunalen Ebene verdient die partizipative Demokratie mit ihren Beteiligungsprojekten besonderes Augenmerk. Die Idee dahinter ist, die Akzeptanz von Repräsentiertheit durch die Gewählten im Allgemeinen und von einzelnen politischen Projekten im Besonderen dadurch zu steigern, dass die Bürger ihre Meinungen und Wünsche auch äußern können.⁸⁰ Durch die Erfahrungsnähe und die geringere Komplexität des politisch-administrativen Systems im Gegensatz zur Bundes- und Landesebene, sollen besonders in der Kommune eine hohe Partizipationsbereitschaft und effizienzorientierte Problemlösungen möglich sein.⁸¹

4.1 Ansätze partizipativer Demokratie

Der partizipativen Demokratietheorie liegt zunächst keine konkrete Beschreibung einer idealen Staatsform zugrunde.⁸² Aus der Diskussion um die partizipative Demokratie entstanden allerdings diverse konzeptionelle Überlegungen und empirische Demokratiemodelle, die wiederum auf unterschiedlichen Methoden der Wissenschaft beruhen und verschiedene Abstraktionsebenen in sich vereinen. Gemeinsam ist diesen jeweiligen Ansätzen, dass sie den momentanen Zustand der repräsentativen Demokratie kritisieren und vor allem die damit einhergehende Tatsache, dass der politischen Wahl eine derart zentrale Bedeutung als Mechanismus der Interessenaggregation zugeschrieben wird. Den kleinsten gemeinsamen Nenner bildet somit bei allen partizipativen Theorieansätzen die Forderung nach einem Ausbau der politischen Beteiligungsmöglichkeiten und somit nach Verfahren und Institutionen, die dies ermöglichen.⁸³ Welche genauen Reformoptionen innerhalb der partizipativen Demokratietheorie für die bisherigen Verfahren und Institutionen der repräsentativen Demokratie entworfen wurden,

⁷⁹ Kersting, Norbert/ Philippe Schmitter/ Alexander Trechsel: Die Zukunft der Demokratie, in: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Wiesbaden 2008, S. 40.

⁸⁰ Vgl. Scholz, Joachim: Warum Kommunen Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einbeziehen?, in: Hubert Heinelt/Angelika Vetter (Hg.): Lokale Politikforschung heute, Wiesbaden 2008, S.64.

⁸¹ Vgl. Bogumil, Jörg/Lars Holtkamp: Die kommunale Ebene, in: Thomas Olk/ Ansgar Klein/ Birger Hartnuß (Hg.): Engagement Politik – Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden 2009, S. 382.

⁸² Vgl. Sartori, Giovanni: The Theory of Democracy Revisited, 2. Band, Chatham 1987, S. 111ff.

⁸³ Vgl. Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 57f.

soll nun im Folgenden vorgestellt werden. Hierzu dient der systematische Überblick zu drei verschiedenen Traditionslinien der partizipativen Demokratietheorie, nämlich dem philosophischen Ansatz, dem ideengeschichtlichen Ansatz und dem anwendungsbezogenen Ansatz, welche sich vor allem hinsichtlich ihrer methodischen Vorgehensweise unterscheiden.⁸⁴

4.1.1 Der philosophische Ansatz

Der philosophische Ansatz steht allgemein im engen Zusammenhang zu den demokratietheoretischen Überlegungen von Jürgen Habermas. Als Ziel gilt es hierbei keineswegs ein grundlegendes empirisches Modell auszuarbeiten, sondern eine Art Erkenntnistheorie zu formulieren, die dann als Grundlage für demokratietheoretische Schlussfolgerungen dient. Hierbei basiert der philosophische Ansatz auf zwei verschiedenen Erkenntnissen. Zum einen können moralische Urteile nur dann allgemeine Geltung erhalten, wenn sie als Ergebnis aus einem diskursiven gesellschaftlichen Prozess heraus entstanden sind. Dieser wiederum, und das ist die zweite grundlegende Erkenntnis, muss in Abhängigkeit von speziellen institutionellen Rahmenbedingungen gesehen werden, nämlich der Gleichheit der einzelnen Diskursteilnehmer und sowohl der Autonomie als auch der Offenheit des Diskurses.⁸⁵ Ausgehend von diesen beiden Erkenntnissen werden dann weiterführende Ausarbeitungen formuliert, die Jürgen Habermas diskursethischen Überlegungen praktische Anwendungsmöglichkeiten in der politischen Praxis bieten sollen. Im Zentrum stehen hierbei vor allem die charakterliche Bestimmung der jeweiligen diskursiven Verfahren und die Rolle der Öffentlichkeit als politische Kategorie.⁸⁶ Der deliberative Prozess geht nämlich über den Aspekt der reinen Kommunikation hinaus und Deliberation kann durchaus als Alternative zu traditionellen Verfahren der Willensbildung angesehen werden.⁸⁷ Als konstitutiv deliberative Institutionen können dann solche gezählt werden, *„die keine Inhalte, sondern Verfahren stabilisieren, das heißt die Meinungs- und Willensbildungsprozesse organisieren, die ihrerseits dann Inhalte produzieren.“*⁸⁸ Für Jürgen Habermas erhält die Politik der Deliberation ihre Legitimation, wenn die Meinungs- und Willensbildung aus einer diskursiven Struktur heraus entsteht, *„die ihre sozialintegrative Funktion nur dank der Erwartung einer vernünftigen Qualität ihrer Ergebnisse er-*

⁸⁴ Vgl. Ibid, S. 58ff.

⁸⁵ Vgl. Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 58.

⁸⁶ Vgl. Ibid, S. 58f.

⁸⁷ Vgl. Fung, Archon/ Eric Olin Wright: Deepening Democracy: Innovations in Empowered Participatory Governance, in: Politics & Society, Heft 3, Thousand Oaks 2001, S. 20f (im Folgenden zitiert als: Fung, Deepening Democracy).

⁸⁸ Palazzo, Guido: Die Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberativer Demokratie von Jürgen Habermas, Baden-Baden 2002, S. 22.

füllen kann.“⁸⁹ Genau aus diesem Grund versteht Jürgen Habermas unter dem diskursiven Niveau einer öffentlichen Debatte den wichtigsten Aspekt.

So ist es konsequent, wenn ein Verfahren deliberativer Willensbildung wie das Konzept der *Deliberative Opinion Polls* über eine bloße Meinungsumfrage hinausgeht und zusätzlich zu einer repräsentativen Auswahl der Teilnehmer die Umfrage an das Ende einer vorhergehenden Beratung dieser Teilnehmer setzt, um eine Lösung für das Problem zu finden.⁹⁰ Nach Habermas folgen aus der Beachtung dieser zwei Erkenntnisse nun Ergebnisse, die allgemeine Geltung und einen kollektiven Willen besitzen. Das von ihm für eine solche deliberative Demokratie vorausgesetzte idealtypische Menschenbild weist dabei eine Unabhängigkeit von staatlich begründeten Hierarchieverhältnissen auf und eine möglichst soziale Gleichheit innerhalb der Gesellschaft.⁹¹

4.1.2 Der anwendungsorientierte Ansatz

Der anwendungsorientierte Ansatz interpretiert das Konzept der partizipativen Demokratie als praktisches Programm zur Demokratiereform und ist im Gegensatz zum philosophischen Ansatz fallbezogen und explorativ. Damit geht also einher, dass insgesamt auf eine grundlegende Definition allgemeiner Modelle partizipativer Demokratie verzichtet wird und stattdessen empirische Projekte in den Mittelpunkt rücken, die von traditionellen repräsentativen Verfahren abweichen. Bei dieser Form der partizipativen Demokratie sind vor allem die politischen Entstehungsbedingungen der spezifischen Projekte von großem Interesse, sowie deren Wirkung auf die politische Beteiligung. Als grundlegend problematisch bei dieser Vorgehensweise erscheint allerdings die Tatsache, dass eine generalisierende Absicht fehlt, die einzelnen Ansätze und Verfahren der Partizipation auf einer abstrakten Ebene beschreibend zu erfassen. Die reine Fallstudienform reicht nämlich noch nicht aus, um generalisierende Aussagen zur Demokratieentwicklung zu formulieren. Denn schließlich besteht hierbei die Gefahr, einer einzelnen Entwicklung eine zu große Bedeutung zuzuschreiben⁹² oder aber „in die Fallstricke einer Praxis der konzeptuellen Verwässerung zu geraten, die durch das Bemühen bestimmt ist, unterschiedlichste empirische Phänomene in einen theoretischen Rahmen zu integrie-

⁸⁹ Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1992, S. 369.

⁹⁰ Vgl. Fishkin, James S. / Robert C. Luskin : Experimenting with a Democratic Ideal : Deliberative Polling and Public Opinion, in: Acta Politica, Heft 40, Enschede 2005, S. 288.

⁹¹ Vgl. Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 59f.

⁹² Vgl. Ibid, S. 60.

ren.⁹³ Andere Vertreter relativieren dies jedoch und verweisen auf den positiven Nutzen der Fallstudien, die durchaus als empirische Bezugspunkte dienen können, um die deliberativen Verfahren innerhalb der Willensbildung zu illustrieren.⁹⁴ Eine weitere Möglichkeit ist es, den anwendungsorientierten Ansatz als eine Reformstrategie zu deuten, die gezielt inkremental durchgeführt werden soll und somit als Gegensatz dient zu solchen, deren Ziel eine umfassende Reform der repräsentativen Demokratie ist. Insbesondere die lokale Ebene wird als zentrale Entwicklungsoption angesehen.⁹⁵

4.1.3 Der ideengeschichtliche Ansatz

Beim letzten der drei vorgestellten Ansätze wird das Konzept der partizipativen Demokratie insgesamt als das Produkt einer ideengeschichtlichen Entwicklung angesehen. Insbesondere hat Carole Pateman diesen Ansatz in ihrem Buch *Participation and democratic theory* verfolgt, in welchem sie einen ideengeschichtlichen Rückblick vollzieht und dabei die wichtige Rolle der Partizipation herausarbeitet. Den Ausgangspunkt verortet sie in Jean Jacques Rousseaus Differenzierung zwischen repräsentativer und direkter Demokratie und seiner Theorie, dass für ihn ein Kriterium der Legitimität politischer Ordnung die Möglichkeit bildet, an Sachabstimmungen teilzunehmen.⁹⁶ Gleichzeitig konstatiert sie, dass die direkte Demokratie als geschlossenes System in den modernen Staaten nur wenig praktikabel und daher nicht wünschenswert sei. Die Idee einer Partizipation sei daher das Repräsentationssystem zu demokratisieren. Zum Einen sei dies besonders auf lokaler Ebene ein vielversprechender Ansatz. Zum Anderen könnte sich so die von Rosseau vorgebrachte Unvereinbarkeit von politischer Repräsentation und partizipativer Demokratie selbst auflösen. Mit einem demokratischen Partizipationsprozess und einer Weisungsgebundenheit der politischen Repräsentanten wären diese nunmehr vielmehr Gesandte der Vertretenen. Eine Partizipation erfolgt gerade durch diese Vertreter, die an die Weisungen ihres Vertretenen gebunden sind. Durch eine stärkere Eingebundenheit der Bürger in den Entscheidungsprozess soll endlich die partizipative Demokratie Politik besser zwischen Staat und Bürger vermitteln können.⁹⁷

⁹³ Ibid.

⁹⁴ Vgl. Fung, *Deepening Democracy*, a.a.O., S. 38.

⁹⁵ Vgl. Zittel, *Partizipative Demokratie und politische Partizipation*, a.a.O., S. 61.

⁹⁶ Vgl. Pateman, *Participation and Democratic Theory*, S. 22ff.

⁹⁷ Vgl. Zittel, *Partizipative Demokratie und politische Partizipation*, a.a.O., S. 61.

4.1.4 Reformoptionen

Aus den soeben dargelegten theoretischen Ansätzen partizipativer Demokratie ergeben sich somit verschiedene Reformoptionen, die für ein empirisches Modell partizipativer Demokratie als grundlegend erscheinen. Zunächst scheint es wichtig, den Entscheidungsmodus der direkten Demokratie zu stärken und die Idee der Repräsentation in Form von einer Delegation umzusetzen. Des Weiteren sollte die Deliberation als neues Konzept der Willensbildung gefördert werden und eine Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen angestrebt werden, um somit die lokale Ebene stärker einbinden zu können. Schlussendlich empfiehlt es sich außerdem, die funktional definierten Systemeinheiten ebenfalls zu demokratisieren.⁹⁸

4.2 Strategien partizipativer Demokratie

Interessant ist nun die Frage, wie sich letztendlich die ganzen Reformmöglichkeiten auf die Beteiligungsbereitschaft der Bevölkerung auswirken. Aus den zuletzt dargestellten verschiedenen Ansätzen, die innerhalb der partizipativen Demokratie angelegt sind, ergeben sich drei Demokratisierungsstrategien, die nun im Folgenden vorgestellt werden. Diese sind nämlich grundlegend, um die Theorie der partizipativen Demokratie zu rekonstruieren und somit dann den Zusammenhang zwischen politischem Verhalten und verfasster Ordnung ins Zentrum zu stellen.⁹⁹ Hierbei handelt es sich um die expansive Demokratisierungsstrategie, die integrative Demokratisierungsstrategie und die effizienzorientierte Demokratisierungsstrategie, die jeweils auf unterschiedliche Art und Weise die zuletzt skizzierten Reformoptionen, die aufgrund der verschiedenen Ansätze der partizipativen Demokratie deutlich wurden, betonen.

4.2.1 Die expansive Demokratisierungsstrategie

Die expansive Demokratisierungsstrategie versteht das mangelnde Politikinteresse innerhalb der Gesellschaft als rationale Entscheidung. Die Menschen würden ihre knappen Ressourcen auf andere Weise investieren, da sie aufgrund der Teilhaberechte, die bisher vorhanden sind, keine wirklichen Chancen sähen, auf die politischen Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Das Ziel dieser Reformstrategie ist es somit, Maßnahmen einzuführen, die die politische Beteiligung fördern. Gelingen soll dies letztendlich dadurch, dass man allgemein die politischen

⁹⁸ Vgl. Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 61.

⁹⁹ Vgl. Ibid, S. 57.

Beteiligungsrechte ausbaut und somit deren Effektivität steigert. Die Demokratieerweiterung soll dann auch in Sphären der Wirtschaft und der Gesellschaft stattfinden, die bisher noch nicht von der Volksherrschaft erfasst sind, wie beispielsweise die Arbeitswelt, das Bildungswesen oder die Privatsphäre.¹⁰⁰

Allerdings gibt es durchaus auch Kritiker der expansiven Demokratisierungsstrategie. Diese behaupten nämlich, dass eine einzige Stimme aufgrund der Größe moderner Demokratien kaum Auswirkung auf das Gesamtergebnis der Entscheidung hat und somit kein weiterer individueller Nutzen ersichtlich wird, der für die aufkommenden Kosten entschädigt. Die Vertreter der Theorie des rationalen Wählens sehen im Wahlgang allerdings einen prozeduralen Nutzen. Hierunter sei zu verstehen, dass der Bürger bereits aus dem reinen Wahlakt einen Nutzen für sich zieht ohne dabei das Wahlergebnis mit einzubeziehen.¹⁰¹ Die Teilnahme an einer Wahl biete den Bürgern nämlich einerseits die Möglichkeit zur politischen Artikulation und andererseits führe dies zusätzlich noch zu der Überzeugung, dass der Wahlakt aufgrund seiner jahrelangen Tradition ein konstitutives Element der Demokratie sei. Durch eine reine Teilnahme an der Wahl kann die demokratische Staatsform somit gesichert werden. Die expansive Demokratisierungsstrategie vermutet, dass sich bei einem Ausbau weiterer Partizipationsmöglichkeiten ein ähnliches Ergebnis abzeichnen würde, denn auch hierbei könnten die Bürger die Nutzenerwägung auf das Verfahren beziehen.

Dem Ausbau partizipativer Elemente auf der lokalen Ebene steht die expansive Demokratisierungsstrategie allerdings kritisch gegenüber. Solange auf der kommunalen Ebene nämlich nur geringe Möglichkeiten für die kollektive Selbstbestimmung gegeben seien, wäre eine Demokratisierung an dieser Stelle bedeutungslos. Hier würde also eine Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen zunächst einmal vorausgesetzt und nur dann wäre eine politische Partizipation auf rationaler Basis gewährleistet.

Insgesamt könne der Ausbau partizipativer Elemente auch eine Steigerung der Nutzeneffektivität herbeiführen. Denn das Resultat hiervon wäre, dass letztendlich die Zahl der partizipierenden Bürger pro Entscheidungsereignis absinken würde, da an einer einzelnen Abstimmung nur der Teil der Stimmberechtigten teilnimmt, der letztendlich auch ein besonderes Interesse

¹⁰⁰ Vgl. Manfred Schmidt, *Demokratietheorien*, 4. Auflage, a.a.O., S. 238.

¹⁰¹ Vgl. Riker, William H./ Peter C. Ordeshook: *A Theory of the Calculus of Voting*, in: *American Political Science Review*, Heft 62, Cambridge 1968, S. 28.

am Entscheidungsgegenstand hat. Der rationale Nutzen des einzelnen teilhabenden Bürgers wächst dann also an.¹⁰²

4.2.2 Die integrative Demokratisierungsstrategie

Die integrative Demokratisierungsstrategie unterscheidet sich grundlegend von der expansiven Strategie. Sie betrachtet die jeweiligen Institutionen nämlich nicht als Anreizsysteme. In diesem Fall dienen sie dem Zweck, einen sinnstiftenden Kontext zu schaffen, der dann die Fähigkeiten der Menschen prägt, ebenso wie deren strategisches Handeln und die Ziele.¹⁰³ Der Anstieg der politischen Partizipation geht einher mit dem Gedanken der integrativen Demokratisierungsstrategie, dass der Mensch nicht gleich ab der Geburt als Bürger angesehen wird. Die Fähigkeiten eines Staatsbürgers müssen für ihn erst einmal erfahrbar gemacht werden durch die institutionellen Rahmenbedingungen. Zu diesen Fähigkeiten gehört sowohl die kritische Distanzierung gegenüber den eigenen Impulsen und Absichten als auch die Möglichkeit, den eigenen Standpunkt begründen zu können.¹⁰⁴ Der Kern dieser Strategie deutet die Demokratie somit als eine soziale „Praxis, die sich dem Einzelnen in alltäglichen Erfahrungen vermittelt und die so die Funktion der Sozialisation ausfüllt, die eine Voraussetzung für einen Prozess der Selbsttransformation darstellt.“¹⁰⁵ Hierbei nehmen die sozialen Gruppen eine wichtige Rolle an, wobei dort nochmals eine Differenzierung vorgenommen wird. Homogene Gruppen werden nämlich als hinderlich für die Demokratie angesehen. Soziale Gruppen, innerhalb derer heterogene Interessen vertreten werden, sind die Voraussetzung für den Selbsttransformationsprozess und somit für die Demokratie nützlich.¹⁰⁶ Diese verfügen nämlich über eine funktionale Zusammensetzung und haben somit den nötigen Bezug zur Lebenswelt.

Die integrative Demokratisierungsstrategie geht davon aus, dass die Gruppenprozesse der sozialen Integration auf dreierlei Weise politisch gesteuert werden können. Zum einen können einzelne Lebensbereiche, die funktional definiert sind, durch staatliche Regulierung demokratisiert werden. Des Weiteren könne der Staat durch gezielte Ressourcenverteilung an emanzipierte Gruppen die Zivilgesellschaft und die Demokratie fördern. Und eine dritte Möglichkeit

¹⁰² Vgl. Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 62f.

¹⁰³ Vgl. Hall, Peter/ Rosemary C.R. Taylor: Political Science and the Three New Institutionalism, Cambridge 1996, S. 8.

¹⁰⁴ Vgl. Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 65.

¹⁰⁵ Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 66.

¹⁰⁶ Vgl. Warren, Mark E.: Can Participatory Democracy Produce Better Selves? Psychological Dimensions of Habermas's Discursive Model of Democracy, in: Political Psychology, Heft 14, Columbus (NY) 1993, S. 213.

sei dem technischen Fortschritt der letzten Jahre zu verdanken. Der Staat könne das Internet nämlich als sozialen Raum der politischen Öffentlichkeit anerkennen und diesen durch entsprechende staatliche Regulierungen fördern und schützen.¹⁰⁷

4.2.3 Die effizienzorientierte Demokratisierungsstrategie

Die effizienzorientierte Demokratisierungsstrategie weist zunächst in zwei verschiedenen Aspekten Ähnlichkeiten zur expansiven Strategie auf. So werden beispielsweise die politischen Institutionen ebenso als Anreizsysteme verstanden, die für die Strukturierung des strategischen Handelns der einzelnen Akteure verantwortlich sind. Außerdem wird das politische Desinteresse innerhalb der Gesellschaft auch bei dieser Demokratisierungsstrategie als Ergebnis eines negativen Nutzenkalküls verstanden und als rationale Ignoranz angesehen.¹⁰⁸ Der entscheidende Unterschied der beiden Strategien liegt allerdings im Lösungsversuch. Die effizienzorientierte Demokratisierung strebt die Partizipationssteigerung nämlich nicht durch eine Nutzenmaximierung an, sondern diesmal steckt der Lösungsansatz in der Senkung der Beteiligungskosten.¹⁰⁹ Vor allem in letzter Zeit gab es aufgrund der technischen Entwicklungen für diesen Strategieansatz eine Reihe konkreter Ausgestaltungsideen, die in Verbindung stehen mit dem Schlagwort Elektronische Demokratie. Zum einen können die anfallenden Informationskosten gesenkt werden, indem politische Informationen immer häufiger im Internet aufbereitet werden und zum anderen fordern Vertreter der effizienzorientierten Strategie, das Internet auch dafür einzusetzen, um Verhandlungs- und Koordinationskosten zu senken. Sie gehen also davon aus, dass auf dem Wege der elektronischen Demokratie die Beteiligungsbereitschaft innerhalb der Gesellschaft gesteigert werden kann.¹¹⁰

Ein Beispiel für die Anwendung dieser Strategie ist die Diskussion darüber, den Wahlgang im Internet zu ermöglichen. Eine Umsetzung dieses Konzeptes bringt allerdings einige Probleme mit sich, da bisher nicht garantiert werden konnte, dass die demokratischen Wahlgrundsätze auch im Internet eingehalten werden können.¹¹¹ Insgesamt ist allerdings an diesem Beispiel ersichtlich, dass die effizienzorientierte Strategie keine umfängliche Transformation, sondern

¹⁰⁷ Vgl. Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 67.

¹⁰⁸ Vgl. Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 67.

¹⁰⁹ Vgl. Manfred Schmidt, Demokratietheorien, 4. Auflage, a.a.O., S. 238.

¹¹⁰ Vgl. Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 68.

¹¹¹ Vgl. Sussmann, Rudolf: Das Internet als Medium der Wechselwirkung zwischen Staat und Gesellschaft, in: Reinhard C. Meier-Walser / Thilo Harth (Hg.): Politikwelt Internet. Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet?, München 2001, S. 126f.

oftmals lediglich eine „*Reduktion von Verhandlungs- und Kooperationskosten im Rahmen etablierter Formen der politischen Teilhabe*“¹¹² anstrebt.

4.3 Bürgerbild

Untersucht man nun das Bürgerbild, das der partizipativen Demokratietheorie zugrunde liegt, so soll zunächst einmal eine definitorische Einordnung des Bürgerbegriffs allgemein erfolgen. Diese Definition kann nämlich auf zwei unterschiedlichen Ebenen erfolgen: Erstens hinsichtlich des formellen Status einer Person und zweitens aufgrund ihrer Qualifikationen. Formell gilt eine Person als Bürger, wenn sie juridisch bestimmte Mitgliedschafts- und Zugangsregeln erfüllt, die sich an verwandtschaftlichen oder territorialen Prinzipien orientieren. Diese werden als *ius sanguinis* oder *ius soli* bezeichnet.¹¹³ Davon zu differenzieren ist nun die Debatte um die Qualifikationen, die ein Bürger aufweisen muss, damit er letztendlich auch wirklich als solcher gelten darf. Denn die beiden Definitionen sind nicht zwingend miteinander verbunden und können durchaus entkoppelt werden. Die bürgerschaftliche Kompetenzfrage ist aus juridischer Sicht nur schwer greifbar, allerdings können darunter insgesamt qualifikatorische Voraussetzungen sowohl für die Übernahme einzelner Pflichten als auch für die Wahrnehmung von Rechten verstanden werden.¹¹⁴ Hierbei kann nochmals unterschieden werden in kognitive Kompetenzen, prozedurale Kompetenzen und habituelle Kompetenzen.¹¹⁵ Unter der kognitiven Kompetenz wird ein bestimmtes Maß an Wissen, Lernbereitschaft und Lernfähigkeit verstanden, das als Voraussetzung zur Partizipationsfähigkeit gilt. Durch das Besitzen der prozeduralen Kompetenz kann ein potentieller politischer Akteur erst die bestehenden Einflussmöglichkeiten auch tatsächlich wahrnehmen und er erlangt die Qualifikation zur strategischen Kooperation, um seine individuellen Präferenzen geltend machen zu können. Die habituelle Kompetenz letztendlich beinhaltet Fähigkeiten, „*die erforderlich sind, damit das als richtig Erkannte und verfahrenstechnisch Umsetzbare auch tatsächlich angestrebt und befördert wird.*“¹¹⁶

¹¹² Zittel, Partizipative Demokratie und politische Partizipation, a.a.O., S. 69.

¹¹³ Vgl. Münkler, Herfried: Der kompetente Bürger, in: Ansgar Klein/ Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 155 (im Folgenden zitiert als: Münkler, Der kompetente Bürger).

¹¹⁴ Vgl. Münkler, Der kompetente Bürger, a.a.O., S. 156.

¹¹⁵ Vgl. Buchstein, Hubertus: Die Zumutung der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz, in: Klaus von Beyme/ Claus Offe (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen 1996, S. 302.

¹¹⁶ Münkler, Der kompetente Bürger, a.a.O., S. 157.

Diese zuletzt erläuterte bürgerschaftliche Kompetenzfrage ist der Aspekt innerhalb der partizipativen Demokratietheorie, der häufig unter ihren Vertretern debattiert wird. Zwar ist das grundlegende Staatsbürgerbild bei allen ein optimistisches und es wird davon ausgegangen, „dass der durchschnittliche Bürger zu mehr und besserer Beteiligung befähigt sei, oder dass er hierfür durch entsprechende Organisation des Willensbildungsprozesses befähigt werden könnte.“¹¹⁷ Allerdings wird hieraus somit auch ersichtlich, dass der Zeitpunkt der Kompetenzerlangung durchaus strittig ist. So geht die erste Variante davon aus, dass der Mensch gleich von Beginn an ein qualifizierter Bürger ist. Dieser theoretische Ansatz ist beispielsweise die Grundlage von Benjamin Barbers Demokratiekonzept. Für ihn sind die Bürger Meister der Partizipation, durchaus in der sozialen Interaktionskunst geschult und von vornherein dazu in der Lage, die Voraussetzungen des Wir-Denkstils vom Ich-Denkstil zu unterscheiden.¹¹⁸ Doch wie eben bereits angedeutet, teilen nicht alle Partizipationstheoretiker diese Annahme. Andere sind nämlich der Meinung, dass diese Kompetenzen erst durch Aufklärungs- und Lernprozesse gebildet werden müssen. Hierbei würde die Bevölkerung dann sensibilisiert sowohl für die eigenen Interessen als auch für die der Mitmenschen. Durch diesen Prozess entwickelten sie dann ein Verantwortungsbewusstsein im Sinne des Gemeinwesens.¹¹⁹ Diesen partizipationstheoretischen Ansatz kann man auch als These der self-transformation bezeichnen.¹²⁰ Dies bedeutet, dass der Bürger sich selbst verwirklicht im Prozess der Partizipation, der Aussprache und der öffentlichen Willensbildung und somit letztendlich zu einem verantwortungsbewussten Staatsbürger wird. Zu diesem Entwicklungsprozess werden vier verschiedene Aspekte gezählt. Zum einen geht die Selbstverwirklichungsthese davon aus, dass die politischen Interessen und Potenziale eines Staatsbürgers keineswegs ausschließlich von prä-politischen Aspekten bestimmt werden, sondern dass hierfür vor allen Dingen die Chancen und Auflagen der politischen Institutionen verantwortlich sind. Des Weiteren basiert die These auf dem Gedanken, dass die Maximierung der Selbstbestimmungschancen die tatsächliche Rechtfertigung der Demokratie darstellt.¹²¹ Dieser Aspekt ist angelehnt an Jürgen Habermas Theorie, der nämlich davon ausgeht, dass erst dann, wenn die Selbstbestimmung der Bevölkerung verwirklicht ist, die Demokratie wahr wird.¹²² Als dritter Pfeiler stützt die Vorstellung

¹¹⁷ Schmidt, Manfred G.: *Demokratiethorien. Eine Einführung*, 3. Auflage, Opladen 2000, S. 257 (im Folgenden zitiert als: Manfred Schmidt, *Demokratiethorien*, 3. Auflage).

¹¹⁸ Vgl. Barber, Benjamin, *The Conquest of Politics*, a.a.O., S. 210.

¹¹⁹ Vgl. Manfred Schmidt, *Demokratiethorien*, 3. Auflage, a.a.O., S. 257f.

¹²⁰ Vgl. Warren, Mark E.: *Democratic Theory and Self-Transformation*, in: *American Political Science Review*, Heft 86, Georgetown 1992, S. 11.

¹²¹ Vgl. Manfred Schmidt, *Demokratiethorien*, 3. Auflage, a.a.O., S. 258.

¹²² Vgl. Habermas, Jürgen: *Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten*, Neuwied/Berlin 1969, S. 15.

des Doppelcharakters der Demokratie die These der Transformation. So wird dieser nämlich neben dem instrumentellen auch ein intrinsischer Wert beigemessen, indem davon ausgegangen wird, dass sie als Ergebnis der Lernprozesse sogar individuellen und öffentlichen Willen produziert. Auf diesem Weg können nämlich dann die einzelnen Willensäußerungen ausgetauscht, besprochen und bestenfalls abgestimmt werden. Der vierte und letzte Aspekt der Transformationsthese besagt, dass die Regierbarkeit durch mehr Demokratie erleichtert werden würde, denn eine Zunahme der partizipativen Elemente führe nämlich im Ergebnis zu gemeinwohlorientiertem Handeln.¹²³ Ob sich dieses theoretische Bürgerbild auch in der kommunalen Praxis wiederfindet, wird anhand der Projekte noch aufzuzeigen sein.

4.4 Funktionsvoraussetzungen

Damit die einzelnen Ansätze partizipativer Demokratie in der Praxis auch möglichst reibungslos umgesetzt werden können, sollten hierfür zunächst einige Funktionsvoraussetzungen erfüllt sein. Schließlich zählt nicht nur die Menge der einzelnen Bürgerbeteiligungsprojekte,

„vielmehr sollten Prozessabläufe auf einer allgemeinverbindlichen Grundlage vorausschauend und kontinuierlich so gestaltet werden, [...] dass alle Beteiligten – Bürger/innen, Politik und Verwaltung – frühzeitig über ihre Chancen der Zusammenarbeit sowie die Art und Weise der Zusammenarbeit informiert sind.“¹²⁴

Hierzu muss zunächst von Seiten der Institutionen für ein umfangreiches Wissen innerhalb der Bevölkerung gesorgt werden und zwar in Form von statischem Faktenwissen, prozeduralem Anwendungswissen und Handlungswissen. Wobei zu beachten gilt, dass verschiedene Partizipationsformen auch unterschiedliche Formen von Wissen und Können voraussetzen und produzieren.¹²⁵ Des Weiteren ist es von großer Bedeutung, die genauen Ziele, die mit der jeweiligen Partizipationsmöglichkeit verfolgt werden, im voraus genau zu untersuchen und

¹²³ Vgl. Manfred Schmidt, *Demokratietheorien*, 3. Auflage, a.a.O., S. 258f.

¹²⁴ Klages, Helmut/ Angelika Vetter: *Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie – Bedingungen für ein realistisches Konzept*, in: Stiftung Mitarbeit (Hg.): *Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen, Trends, Projekte*, Bonn 2011, S. 232 (im Folgenden zitiert als: Helmut Klages, *Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie*).

¹²⁵ Vgl. Gohl, Christopher/ Jürgen Wüst: *Beteiligung braucht Wissen – Beteiligung schafft Wissen*, in: Angelika Vetter (Hg.): *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*, Wiesbaden 2008, S. 268 ff.

dabei zu prüfen, ob die Bürger die Aufgabenübertragung überhaupt leisten können.¹²⁶ Haben sich die politischen Institutionen dann nach dieser Prüfung für eine Beteiligung der Bürger entschieden, so sollte die Partizipation „als frühzeitige und begleitende Partizipation an Entscheidungsprozessen umgesetzt werden.“¹²⁷ Dies bedeutet, dass die Bürger bestenfalls schon an den Vorbereitungen beteiligt werden¹²⁸, welche den Konsultationsprozess und den Planungsprozess einschließen. Diese Miteinbeziehung vollstreckt sich dann im Idealfall weiter über den Entscheidungsprozess bis hin zum Implementationsprozess.¹²⁹ Eine weitere Funktionsvoraussetzung ist, dass im Rahmen der Bürgerbeteiligung den Bürgern Gehör garantiert wird, da andernfalls Frustration bei den Teilhabenden aufkommt. Außerdem sollte die Partizipation mit einer Rechenschaftspflicht derjenigen verbunden sein, die letztendlich über den Sachverhalt entscheiden. Ein anderer Aspekt, der für eine gelungene Bürgerbeteiligung vorausgesetzt wird, ist, dass es immer ein grundlegendes Ziel sein sollte, die Interessen aller Bürger bestmöglich zu erfassen und das Ergebnis zusätzlich auch für Politik und Verwaltung akzeptabel ist.¹³⁰ Für die Gestaltung des gesamten Prozesses sollte außerdem das Gebot der Transparenz¹³¹ gelten, da sich nur auf diesem Wege Zufriedenheit und Vertrauen für die Zusammenarbeit von Bürgern, Politikern und Verwaltungsmitarbeitern entwickeln kann. Damit diese Zusammenarbeit in einem reibungslosen Ablauf mündet, wird bei den Teilnehmern das Regelwerk der Kommunikation vorausgesetzt. Außerdem sollten die partizipierenden Akteure über die entsprechenden Kompetenzen verfügen, um mit den Institutionen des Verfassungsstaates kooperieren zu können. Grundlegend hierfür müssen vor allen Dingen allgemeine Bürgerrechte gelten. Für den Beratungsprozess empfiehlt sich die argumentative Form der Besprechung, um auf diese Weise Informationen auszutauschen und Meinungen zu begründen. Außerdem sollten für alle Beteiligungsberechtigten die gleichen Partizipationschancen gelten und eine ideale Sprechsituation geschaffen werden, was bedeutet, dass sowohl externe als auch interne Zwänge während der Beratung fehlen. Die Teilnehmer sollten wissen, dass der Austausch grundsätzlich unbegrenzt fortgesetzt werden kann und die Möglichkeit besteht, die Erörterung auf jegliche Materien erstrecken zu können, die im Interesse der Allgemeinheit

¹²⁶ Vgl. Holtkamp, Lars/ Jörg Bogumil/ Leo Kiffler: Kooperative Demokratie. Das politische Potenzial von Bürgerengagement, Frankfurt am Main 2006, S. 252f (im Folgenden zitiert als: Lars Holtkamp, Kooperative Demokratie).

¹²⁷ Helmut Klages, Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie, a.a.O., S. 232.

¹²⁸ Vgl. Meyer, Thomas: Was ist Demokratie?, Wiesbaden 2009, S. 136.

¹²⁹ Wentzel, Joachim: Bürgerbeteiligung als Institution im demokratischen Gemeinwesen, in: Hermann Hill (Hg.): Bürgerbeteiligung. Analysen und Praxisbeispiele, Baden-Baden 2010, S. 45 (im Folgenden zitiert als: Joachim Wentzel, Bürgerbeteiligung als Institution im demokratischen Gemeinwesen).

¹³⁰ Vgl. Helmut Klages, Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie, a.a.O., S. 232 ff.

¹³¹ Vgl. Volker Mittendorf, Die Qualität kollektiver Entscheidungen, a.a.O., S. 47.

sind.¹³² Alles in allem liegt es allerdings zunächst einmal in der Hand der politischen Institutionen, die sich in der Verantwortung befinden, für die Erfüllung der soeben erläuterten Voraussetzungen Sorge zu tragen und somit günstige Rahmenbedingungen für eine Beteiligung der Bürger am politischen Prozess zu schaffen.¹³³ Denn erst dann kann das

„Zusammenwirken von Aussprache und Willensbildung in der Öffentlichkeit – außerhalb der politischen Institutionen im engeren Sinn – einerseits und Beratung in den Institutionen der verfassten Willensbildung und Entscheidungsfindung, vor allem im Parlament, andererseits“¹³⁴

gelingen.

4.5 Kritik partizipativer Demokratietheorie

Aus Sicht der partizipativen Demokratietheorie sind Innovationen zu befürworten, die die Bürger immer häufiger am politischen Prozess beteiligen, sofern auf diesem Wege die Qualität der Demokratie verbessert werden kann.¹³⁵ Ob dies allerdings durch die einzelnen partizipativen Ansätze gelingen kann, ist bisher strittig und somit äußern sich durchaus kritische Stimmen.

Zunächst einmal wird das optimistische Bild eines gemeinwohlorientierten und kompetenten Staatsbürgers in Frage gestellt und dem entgegengesetzt sogar argumentiert, dass die Allgemeinheit in Wirklichkeit nur nach ihrem Eigennutzen streben würde und lediglich unter ganz besonderen Voraussetzungen zu gemeinwohlorientierten Taten fähig seien. Des Weiteren würden die Vertreter der partizipativen Demokratietheorie die politischen Kompetenzen der Bürger weitaus überschätzen, da die Bevölkerung in der Realität viel weniger über politische Angelegenheiten und Entscheidungsalternativen informiert sei als angenommen.¹³⁶ Die nötige Beschaffung der entsprechenden Informationen sei wiederum zu kostspielig und stünde in

¹³² Vgl. Manfred Schmidt, *Demokratietheorien*, 3. Auflage, a.a.O., S. 259f.

¹³³ Vgl. Lars Holtkamp, *Kooperative Demokratie*, a.a.O., S. 252.

¹³⁴ Manfred Schmidt, *Demokratietheorien*, 3. Auflage, a.a.O., S. 259.

¹³⁵ Vgl. Geißel, Brigitte: *Partizipative Innovationen auf lokaler Ebene – Chance oder Gefahr für die politische Repräsentation von Armen und Fremden?*, in: Winfried Thaa/ Markus Linden (Hg.): *Krise und Reform politischer Repräsentation*, Baden-Baden 2011, S. 197.

¹³⁶ Vgl. Manfred Schmidt, *Demokratietheorien*, 4. Auflage, a.a.O., S. 246f.

keinerlei angemessenem Verhältnis zum Nutzen der politischen Beteiligung. Eine solche Maßnahme sei dementsprechend nur dann sinnvoll, wenn die Kosten vom Bürger auch als Demokratieobulus verstanden würden.¹³⁷ Außerdem könne nicht von einer generellen Motivation der Bürger, sich am politischen Prozess zu beteiligen, ausgegangen werden. Schließlich seien Belohnung und Anreiz unterschiedlich stark ausgeprägt¹³⁸ und es sei durchaus als problematisch zu bewerten, dass die soziale Selektivität der Beteiligung hoch sei und nicht alle Bürgergruppierungen gleichermaßen am Prozess partizipieren. Ein weiterer Aspekt, an welchem Kritik geübt wird, ist die Annahme, dass durch die Maximierung der Beteiligung ein Abbau der Politik- und Politikerverdrossenheit einherginge. Sogar das Gegenteil könne hieraus resultieren, denn durch teils mangelnde Umsetzung der Beteiligungsergebnisse würde innerhalb der Bevölkerung die Frustration noch anwachsen.¹³⁹ Des Weiteren wird von manchen Kritikern befürchtet, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligungsprozesse den Zeithorizont einer einzelnen Regierungsperiode fragmentieren, womit eine einheitliche Gestaltung der Politik dann deutlich schwerer fällt.¹⁴⁰ Einem anderen Einwand zufolge resultiert aus der Maximierung der Partizipationsmöglichkeiten ein Überschuss an Ansprüchen an die politischen Institutionen und kann somit erhebliche Nebenfolgen mit sich bringen. Ein hohes Maß an kontinuierlicher politischer Beteiligung wird nämlich *„in der Summe die politische Ordnung unter Stress stellen und womöglich durch zu hohe Ansprüche überlasten und entlegitimieren, vor allem auch deswegen, weil es in vielen zentralen Streitfragen kein Allgemeinwohl gibt“*¹⁴¹, sondern lediglich gegensätzliche Interessen. Auf der anderen Seite verbirgt die partizipative Demokratietheorie auch durchaus Elemente, die von Seiten der Politiker bewusst ausgenutzt werden können, um die Bürger unter Druck zu setzen. So können sie beispielsweise aus strategischen Überlegungen ganz gezielt über Information und Desinformation der Bürger entscheiden und somit die Präferenzen und die damit einhergehenden Entscheidungen der Beteiligten beeinflussen.¹⁴² Die Umsetzung der jeweiligen Beteiligungsprojekte stünde somit auch immer mit Machtfragen im Zusammenhang.¹⁴³ Mit diesem letztgenannten Kritikpunkt geht auch der folgende Aspekt einher. Durch die partizipativen Projekte könne die Distanz zwischen Bürgern und politischen Institutionen noch anwachsen, da letztere die Bürger-

¹³⁷ Vgl. Behnke, Joachim: Die Politische Theorie des Rational Choice: Anthony Downs, in: André Brodocz/ Gary S. Schaal (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, Opladen 1999, S. 324.

¹³⁸ Vgl. Sartori, Giovanni: Demokratietheorie, Darmstadt 1992, S. 118.

¹³⁹ Vgl. Bogumil, Jörg/ Lars Holtkamp/ Gudrun Schwarz: Das Reformmodell der Bürgerkommune. Leistungen – Grenzen – Perspektiven, Berlin 2003, S. 85f. (im Folgenden zitiert als: Jörg Bogumil, Das Reformmodell der Bürgerkommune).

¹⁴⁰ Vgl. Joachim Wentzel, Bürgerbeteiligung als Institution im demokratischen Gemeinwesen, a.a.O., S. 46.

¹⁴¹ Manfred Schmidt, Demokratietheorien, 4. Auflage, a.a.O., S. 248.

¹⁴² Vgl. Manfred Schmidt, Demokratietheorien, 4. Auflage, a.a.O., S. 248.

¹⁴³ Vgl. Lars Holtkamp, Kooperative Demokratie, a.a.O., S. 255.

beteiligung als Konkurrenzveranstaltung deuten könnten, die ihre eigene Macht letztendlich begrenzen.¹⁴⁴ Die aktuelle Haushaltskrise ist Ausgangspunkt einer weiteren Problematik. So wird nämlich befürchtet, dass eine „*Demokratisierung der Machtlosigkeit*“¹⁴⁵ drohe. Durch die stärkere Beteiligung erhoffen sich die Bürger eine Einflussmöglichkeit der politischen Entscheidungen ohne dabei zu wissen, dass aufgrund der prekären finanziellen Lage die nötigen Handlungsspielräume dafür viel zu gering sind.¹⁴⁶ Dies trifft vor allem auf die kommunale Ebene zu.¹⁴⁷ Ein letzter Kritikpunkt, der an dieser Stelle genannt werden soll, bezieht sich auf die Ziele der partizipativen Demokratietheorie. Hier kommt nämlich der Vorwurf auf, dass die Theorie zu eindimensional sei. Sie vernachlässige wesentliche Ziele der Demokratie, nämlich Effizienz und Effektivität, die für die Komplexität eines demokratischen Gemeinwesens allerdings auf keinen Fall außer Acht gelassen werden dürften.¹⁴⁸

Somit gilt es auch die kritischen Stellungnahmen für den späteren Verlauf der wissenschaftlichen Arbeit unbedingt in Erinnerung zu behalten, wenn eine Bewertung praktischer Beispiele der Bürgerbeteiligung durchgeführt werden soll.

5 Partizipative Demokratie in der Kommune

Nach der bisherigen theoretischen Darstellung der partizipativen Demokratietheorie soll nun vor allem die kommunale Ebene diesbezüglich untersucht werden. Prinzipiell gilt diese nämlich als Schule der Demokratie¹⁴⁹, die vor allem hervorsteht durch die geringe Distanz, die zwischen politischen Amtsträgern und Bürgern besteht. Es wurde daher häufig vermutet, dass ein hohes Maß an Responsivität auf der lokalen Ebene herrscht, da die politischen Entscheidungen und ihre Konsequenzen sofort für die Bürger erfahrbar sind und somit im Voraus auf den Willen des Bürgers Rücksicht genommen wird.¹⁵⁰ Andererseits weist inzwischen auch die kommunale Ebene Krisentendenzen auf. So kann beispielsweise lokal ein Trend der sinken-

¹⁴⁴ Vgl. Jörg Bogumil, *Das Reformmodell der Bürgerkommune*, a.a.O., S. 87f.

¹⁴⁵ Roth, Roland: *Auf dem Weg in die Bürgerkommune? Bürgerschaftliches Engagement und Kommunalpolitik in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, in: Eckhart Schröter (Hg.): *Empirische Policy- und Verwaltungsforschung*, Opladen 2001, S. 139.

¹⁴⁶ Vgl. Holtkamp, Lars/ Angelika Vetter: *Lokale Handlungsspielräume und Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung in Deutschland*, in: Hubert Heinelt/ Angelika Vetter (Hg.): *Lokale Politikforschung heute*, Wiesbaden 2008, S. 27.

¹⁴⁷ Vgl. Jörg Bogumil, *Das Reformmodell der Bürgerkommune*, a.a.O., S. 89.

¹⁴⁸ Vgl. Manfred Schmidt, *Demokratietheorien*, 4. Auflage, a.a.O., S. 248.

¹⁴⁹ Vgl. Roth, Roland: *Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung*, in: Ansgar Klein/ Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen*, Bonn 1997, S. 405 (im Folgenden zitiert als: Roland Roth, *Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung*).

¹⁵⁰ Vgl. Gabriel, Oscar W.: *Wertewandel, kommunale Lebensbedingungen und die Aufgabe der Kommunen am Beginn der 90er Jahre – Eine empirische Analyse politischer Einstellungen kommunaler Mandatsträger in 14 Städten*, in: Franz Schuster/ Günther W. Dill (Hg.): *Kommunale Aufgaben im Wandel*, Köln 1992, S. 153.

den Wahlbeteiligung aufgezeigt werden.¹⁵¹ Gleichzeitig ist es aber heutzutage vor allem die kommunale Ebene, auf der die Forderung nach mehr Demokratie wagen immer lauter wird.¹⁵² Hierfür spricht, dass bereits seit den 1990er Jahren die lokalen Beteiligungsrechte weiter ausgebaut wurden, dies unter anderem mit dem Ziel, die Legitimation der politischen Amtsträger somit zu steigern.¹⁵³ Außerdem ist das Potential an Mitwirkungsbereitschaft auf der kommunalen Ebene am größten. Hier sind es nämlich *„in der Regel fast 8 von 10 Bürgern und Bürgerinnen, die Bürgerbeteiligung an öffentlichen Entscheidungen für wichtig und dringlich erachten.“*¹⁵⁴ Der Widerspruch, der für die nationale und internationale Ebene konstatiert wurde, zwischen politischer Partizipation und rationalem Entscheiden, wird für die kommunale Ebene nicht festgemacht.¹⁵⁵ Nicht nur die bereits angesprochene räumliche Nähe zwischen Bürgern und Repräsentanten ist hierbei ausschlaggebend. Es herrscht nämlich außerdem sachlich eine größere Problemnähe aufgrund der guten Ortskenntnisse der Bürger. Des Weiteren bietet die kommunale Ebene gute Voraussetzungen zur politischen Partizipation, da eher das nötige Vertrauen in den kleineren Gemeinden entstehen kann und die Bürger sich emotional mit den jeweiligen politischen Projekten identifizieren.¹⁵⁶ Durch diese angenommene Nähe könnte somit insgesamt davon ausgegangen werden, *„dass auf lokaler Ebene eine hohe Partizipationsbereitschaft, ein stärkerer direkter Einbezug unorganisierter Bürger und eine gemeinschaftlich akzeptierte, problemnähere und effiziente Problemlösung“*¹⁵⁷ eher möglich ist. Ob dies in der kommunalen Wirklichkeit auch de facto zutrifft und ob die partizipativen Instrumente somit geeignete Möglichkeiten sind, um der Krise der repräsentativen Demokratie entgegen zu wirken, wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch anhand praktischer Beispiele zu belegen sein. Jedoch gilt es zunächst dafür grundlegend die verschiedenen Modelle für die kommunale Ebene vorzustellen und zu erläutern, denn der Methodenkoffer der Bürgerbeteiligung ist reichlich gefüllt.¹⁵⁸

¹⁵¹ Vgl. Pähle, Katja: Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Eine Herausforderung für die Legitimation lokaler Mandatsträger?, in: Hubert Heinelt/ Angelika Vetter (Hg.): Lokale Politikforschung heute, Wiesbaden 2008, S. 249 (im Folgenden zitiert als: Katja Pähle, Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene).

¹⁵² Vgl. Roland Roth, Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung, a.a.O., S. 411f.

¹⁵³ Vgl. Katja Pähle, Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, a.a.O., S. 249.

¹⁵⁴ Klages, Helmut: Bürgerbeteiligung im kommunalen Raum. Erfahrungen mit dem Instrument Bürgerpanel, in: Kurt Beck/ Jan Ziekow (Hg.): Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie, Wiesbaden 2011, S. 119.

¹⁵⁵ Vgl. Holtkamp, Lars: Partizipative Verwaltung – hohe Erwartungen, ernüchternde Ergebnisse, in: Jörg Bogumil/ Werner Jann/ Frank Nullmeier (Hg.): Politik und Verwaltung, Wiesbaden 2006, S. 185 (im Folgenden zitiert als: Lars Holtkamp, Partizipative Verwaltung).

¹⁵⁶ Vgl. Andersen, Uwe: Kommunalpolitik im Umbruch, in: Uwe Andersen (Hg.): Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen im Umbruch, Köln 1998, S. 17.

¹⁵⁷ Lars Holtkamp, Partizipative Verwaltung, a.a.O., S. 185.

¹⁵⁸ Vgl. Stock, Die Zukunft der Bürgerbeteiligung, a.a.O., S. 14.

Zunächst einmal wird hierfür eine Differenzierung zwischen sogenannten *formalen Beteiligungsinstrumenten* und *informellen Beteiligungsinstrumenten* vorgenommen.

5.1 Formale Verfahren und Methoden

Formale Verfahren der Bürgerbeteiligung zeichnen sich dadurch aus, dass sie sowohl gesetzlich definiert als auch administrativ verankert sind. Hierzu zählen öffentliche Auslegung, Anhörung und Erörterung, Petition und Bürgerantrag, Bürgerbeauftragte, Beirat und Ausschuss sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.¹⁵⁹ Diese sollen nun allerdings lediglich in knapper Form vorgestellt werden, da sich der weitere Verlauf der Arbeit vor allem auf die informellen Verfahren konzentriert.

5.1.1 Öffentliche Auslegung

Öffentliche Auslegungen bieten für die Bürger die Möglichkeit, für eine bestimmte festgelegte Frist, Planentwürfe genehmigungspflichtiger Entwicklungsvorhaben einzusehen. Somit können Bürger sowie öffentliche und private Akteure auf diese Weise Anregungen und Bedenken äußern. Allerdings wird die Beteiligungschance erst zu einem sehr späten Zeitpunkt innerhalb des Prozesses eingeräumt, da die Planungen zwar noch nicht beschlossen sind, jedoch weitestgehend beendet. Außerdem erhalten die Bürger kaum eine Chance zum Dialog. Anregungen werden zwar mitgeteilt, aber ob diese das Planungsvorhaben wirklich beeinflussen wird nicht garantiert.¹⁶⁰

5.1.2 Anhörung und Erörterung

Im Gesetz ist vorgeschrieben, dass die Bürger bei bestimmten Planungsvorhaben über das entsprechende Projekt zu unterrichten sind. Es muss ihnen somit die Möglichkeit eingeräumt werden, Anregungen oder Bedenken zu äußern, damit diese erörtert werden können. Wichtig ist, dass diese Information und Erörterung stattfindet, bevor letztendlich von zuständiger Stelle Entscheidungen getroffen werden. Ist diese Beteiligungsmöglichkeit sinnvoll gestaltet, so bietet sie für alle Beteiligten eine Chance zu Lernprozessen, wird sie jedoch lediglich als vor-

¹⁵⁹ Vgl. Bischoff, Ariane/ Klaus Selle/ Heidi Sinnig: Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden, Dortmund 2005, S. 98 (im Folgenden zitiert als: Ariane Bischoff, Informieren, Beteiligen, Kooperieren).

¹⁶⁰ Vgl. Ariane Bischoff, Informieren, Beteiligen, Kooperieren, a.a.O., S. 98ff.

geschriebene Verpflichtung verstanden, so entpuppt sie sich für beide Seiten letztendlich als frustrierend.¹⁶¹

5.1.3 Petition und Bürgerantrag

Die Petitionen oder Bürgeranträge sind eine Möglichkeit der Bürger, sich mit Beschwerden oder Bitten an staatliche Organe zu wenden. Auf diesem Wege kann veranlasst werden, dass sich diese dann mit bestimmten Angelegenheiten der Bevölkerung befassen. Durch Eigeninitiative können die Bürger somit Verwaltungsentscheidungen überprüfen lassen und eine Stellungnahme der staatlichen Organe einfordern. Gleichzeitig kann somit das Interesse der Öffentlichkeit geweckt werden und umso mehr Bürger das Anliegen unterstützen desto größer ist die Chance, den politischen Willensbildungsprozess zu beeinflussen. In der Realität sind dieser Art der Mitwirkungsmöglichkeit allerdings Grenzen gesetzt, da Problemlösungen nicht erzwungen, sondern lediglich angestoßen werden können.¹⁶²

5.1.4 Bürgerbeauftragte

Bürgerbeauftragte vermitteln als unparteiische und unabhängige Instanzen zwischen Bürgern und Verwaltung, falls es zwischen diesen zu Unklarheiten, Missverständnissen oder vermeintlichen Fehlentscheidungen kam. Sie klären die Bürger diesbezüglich über ihre Rechte auf und helfen ihnen dabei, diese wahrzunehmen. Auf diesem Wege kann die Artikulationsbereitschaft gleichzeitig gestärkt und vereinfacht werden.¹⁶³

5.1.5 Beirat und Ausschuss

Beiräte und Ausschüsse unterstützen durch ihren Sachverstand die Arbeit der Gemeindevertretung. Zu ihren zentralen Anliegen gehören fachliche Begleitung, Beratung und Entscheidungsvorbereitung. Die Bildung und Funktion der einzelnen Beiräte sind in den jeweiligen Gemeindeordnungen gesetzlich geregelt. Durch Berufung des Gemeinderates können Bürger als sachkundige Einwohner Mitglied eines Beirates werden.

¹⁶¹ Vgl. Ariane Bischoff, Informieren, Beteiligen, Kooperieren, a.a.O., S. 101f.

¹⁶² Vgl. Ibid, S. 104.

¹⁶³ Vgl. Ariane Bischoff, Informieren, Beteiligen, Kooperieren, a.a.O., S. 107.

Ausschüsse dienen in der Regel als Fachgremium eines Rates. Sie bereiten Ratsangelegenheiten vor und kontrollieren die Gemeindeverwaltung. Meistens vollzieht sich die Mitgliederbestimmung eines Ausschusses durch die Sitzverteilung innerhalb der Gemeindevertretung, allerdings können auch sachkundige Einwohner hinzugezogen werden. Durch diese Mitgliedschaft können die Bürger dann ihr Wissen und ihre Interessen artikulieren und Problemlösungen vorschlagen. Für die Politik- und Verwaltungsebene bedeutet dies, dass Planungs- und Entscheidungskonflikte bereits im Vorfeld gelöst werden können. Allerdings nur für den Fall, dass Beiräte und Ausschüsse frühzeitig zur Hilfe gerufen werden.¹⁶⁴

5.1.6 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Die Partizipation in Form eines Bürgerbegehrens ermöglicht es den Bürgern, die politischen Organe der Gemeinde aufzufordern, sich mit einem bestimmten Thema zu beschäftigen und gegebenenfalls diesbezüglich eine Entscheidung zu treffen. Allerdings sind dieser Möglichkeit inhaltliche Grenzen gesetzt. So können Bürger lediglich zu bestimmten Themen der Gemeinde Bürgerentscheide beantragen. Hierzu zählt zum einen die Errichtung, die Aufhebung oder die Erweiterung einer öffentlichen Einrichtung, außerdem die Änderung des Gemeindegebietes und die Änderung des Verbandsgemeindegebietes sowie die Auflösung oder Änderung von Ortsbezirken.¹⁶⁵

5.2 Informelle Verfahren und Methoden

Zu den informellen Beteiligungsinstrumenten zählen hingegen solche, die nicht gesetzlich definiert sind und somit einen größeren Gestaltungsfreiraum für die Beteiligten bieten. Inwiefern diese eingesetzt werden, liegt somit auch im freien Ermessen der einzelnen Entscheidungsträger.¹⁶⁶

Um die jeweiligen Beteiligungsverfahren einordnen und miteinander vergleichen zu können, schlägt der Partizipationsforscher Archon Fung vor, deren verschiedene Charakteristika miteinander in Beziehung zu setzen und somit zu kategorisieren. Hierfür benennt er 4 Kriterien zur Systematisierung: Zum einen organisatorische Merkmale wie die Teilnehmerzahl und die

¹⁶⁴ Vgl. Ibid., S. 111f.

¹⁶⁵ Vgl. Kommunale Spitzenverbände Rheinland-Pfalz: Kommunalbrevier Rheinland-Pfalz, Bodenheim 2009, S. 24.

¹⁶⁶ Vgl. Ariane Bischoff: Informieren, Beteiligen, Kooperieren, a.a.O., S. 98.

Dauer des Verfahrens, des Weiteren die Auswahl und Rekrutierung der einzelnen Teilnehmer, drittens die Kommunikationsform, welche in einem Beteiligungsverfahren überwiegend eingesetzt wird und viertens die Funktion des Verfahrens.¹⁶⁷ In der nun folgenden Vorstellung einzelner informeller Verfahren soll diese Systematisierung zur Hilfe genommen werden.

5.2.1 Planungszelle

Das Verfahren der Planungszelle ermöglicht es den Bürgern insofern am politischen Prozess zu partizipieren, als dass diese die Chance erhalten, Problemlösungsempfehlungen in Form von Bürgergutachten zu erstellen. Aus den Bürgern einer Kommune werden hierfür stichprobenartig 15 bis 30 Personen ausgewählt.¹⁶⁸ Aufgrund der Tatsache, dass diese keinerlei Organisationen angehören, entsteht ein gemeinwohl- und problemlösungsorientierter Kommunikationsprozess, der nicht nur auf einen Kompromiss sondern stattdessen auf einen begründeten Konsens abzielt.¹⁶⁹ Dieser Diskussionsprozess vollstreckt sich insgesamt in der Regel auf ungefähr 5 Tage. Für diesen Zeitraum sollen die Teilnehmer von ihren anderweitigen Aufgaben befreit werden und außerdem Entschädigungen erhalten für den Verlust von Arbeits- und Freizeit. Was die Durchführungsphase dieser Methode betrifft, so empfiehlt der Erfinder Peter Dienel, optimaler Weise zu einem Thema mehrere Planungszellen gleichzeitig arbeiten zu lassen. Dort arbeiten die Bürger dann in unterschiedlichen Sozialformen, entweder im gesamten Plenum, in Kleingruppen oder aber auch in Einzelarbeit.¹⁷⁰ Innerhalb des Plenums erhalten die Teilnehmer bereits im Vorfeld ausführliches Informationsmaterial, damit sie sich zur Vorbereitung eine umfassende Meinung zur Problemlage schaffen können.¹⁷¹ Dies kann beispielsweise durch Stellungnahmen von Interessenvertretern oder Expertenanalysen vermittelt werden, bevor die Informationen innerhalb der Kleingruppen verarbeitet werden. Die gezielte Auswahl dieser Sozialform soll allen partizipierenden Bürgern die aktive Teilnahme erleichtern. Der gesamte Prozess wird von einem unabhängigen Moderator begleitet, der dann letztendlich die Ergebnisse aus diesen Kleingruppen zu einem Abschlussbericht zusammenfasst.

¹⁶⁷ Vgl. Fung, Archon: Varieties of Partizipation in Complex Governance, in: Public Administration Review, Heft Dezember, New York City 2006, S. 66ff.

¹⁶⁸ Vgl. Lars Holtkamp, Kooperative Demokratie, a.a.O., S. 195.

¹⁶⁹ Vgl. Pfeiffer, Marc H./ Jürgen Wüst: Konfliktmanagement in lokalen Beteiligungsprozessen, in: Michael Haus (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde, Opladen 2002, S. 179 (im Folgenden zitiert als: Jürgen Wüst, Konfliktmanagement in lokalen Beteiligungsprozessen).

¹⁷⁰ Vgl. Lars Holtkamp, Kooperative Demokratie, a.a.O., S. 195f.

¹⁷¹ Vgl. Nanz, Patrizia/ Miriam Fritsche: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn 2012, S. 41 (im Folgenden zitiert als: Patrizia Nanz, Handbuch Bürgerbeteiligung).

¹⁷² Wichtig für die Aufgabe des Moderators ist, dass dieser im Voraus eine entsprechende Schulung durchlief, um die Rolle professionell und mit den nötigen Qualifikationen auszuüben. Während der gesamten Gruppenarbeit nimmt er ausschließlich neutral und beobachtend teil und sein Aufgabengebiet vollstreckt sich insgesamt von der Unterstützung, über die Organisation bis hin zur abschließenden Dokumentation. Aus dieser abschließenden Dokumentation heraus entsteht dann das sogenannte Bürgergutachten, welches die prozessualentwickelten Problemlösungsempfehlungen der Bürger enthält. Bevor dieses die politischen Institutionen allerdings erhalten, wird es den Teilnehmern nochmals vorgelegt und somit einer abschließenden Prüfung vollzogen.¹⁷³ Es wird empfohlen, dieses Gutachten außerdem in der Presse veröffentlichen zu lassen.¹⁷⁴

Angewendet werden kann dieses Beteiligungsverfahren vor allem in unterschiedlichsten Politikfeldern, um Ideen zu entwickeln und Meinungen zu bilden oder um räumliche Entwicklungsprozesse zu begleiten. Auf der lokalen Ebene eignet sich die Planungszelle bei Problemen, für deren Lösung mehrere Alternativen in Frage kommen und die jeweils unterschiedliche Risiken und Chancen mit sich bringen. In der Regel handelt es sich bei den Auftraggebern um Kommunen oder Behörden.¹⁷⁵

Der Vorteil der Planungszelle liegt ganz eindeutig in der meist hohen Akzeptanz der politischen Entscheidungen, da diese wie bereits erläutert auf den Empfehlungen der Bürger beruhen. Als Nachteil entpuppt sich jedoch der enorme Aufwand, der bei der Durchführung des Verfahrens entsteht.¹⁷⁶

¹⁷² Vgl. Lars Holtkamp, *Kooperative Demokratie*, a.a.O., S. 196.

¹⁷³ Vgl. Patrizia Nanz, *Handbuch Bürgerbeteiligung*, a.a.O., S. 42.

¹⁷⁴ Vgl. Häusler, Richard/ Rolf Berker/ Beate Bahr/ Sabine Brückmann: *Lokale Agenda 21 - Zukunft braucht Beteiligung*, Bonn 1998, S. 93 (im Folgenden zitiert als: Richard Häusler, *Lokale Agenda 21*).

¹⁷⁵ Vgl. Patrizia Nanz, *Handbuch Bürgerbeteiligung*, a.a.O., S. 42.

¹⁷⁶ Vgl. *Ibid.*

5.2.2 Moderation

Mit der Moderationsmethode soll den Teilnehmern ein fairer und zielgerichteter Austausch ermöglicht werden, damit Problemlösungen gefunden werden. Idealerweise eignet sich für diesen Gruppenprozess eine überschaubare Größe von ungefähr 10 – 25 Teilnehmern.¹⁷⁷ Charakteristisch für die Moderation sind die produktive Prozesssteuerung des Moderators und seine neutrale Führung des Gespräches. Idealerweise verkörpert der Moderator den fairen Austausch während des gesamten Verfahrens und er verfügt über die entsprechenden Methodenkompetenzen. Damit sich die Teilnehmer auf den Prozess einlassen, wird Vertrauen vorausgesetzt, was der Moderator schafft, indem er keine spezielle Meinung in inhaltlichen Debatten vertritt. Allerdings gilt es die nötige Neutralität keinesfalls mit Anonymität, Desinteresse oder Unpersönlichkeit zu verwechseln.¹⁷⁸

Damit die Moderationsmethode sinnvoll eingesetzt werden kann, sollten hierfür zunächst einige Kriterien erfüllt sein. Zum einen sollte im Voraus geprüft werden, ob das Problem auch innerhalb eines überschaubaren Zeitraums gelöst werden kann. Außerdem sollte das Thema komplex und die Lösungsmöglichkeit linear sein und des Weiteren muss geprüft werden, ob alle relevanten Teilnehmer des Konfliktes an der Methode involvierbar sind.¹⁷⁹

Bei der eigentlichen Durchführung der Methode startet der Moderator in der Regel mit einer einleitenden Frage, die die Interaktion wecken soll. Hierauf erhalten die Teilnehmer die Möglichkeit zu antworten, in Form eines Brainstormings. Während dieser Anfangsphase soll weder diskutiert noch kommentiert werden. Erst wenn die gesamte Gedankensammlung beendet und beispielsweise auf einer Pinnwand visualisiert wurde, wird zur nächsten Phase übergegangen, in welcher dann Rückfragen gestellt werden dürfen, beispielsweise bei Unverständnis einzelner notierter Aussagen. Wichtig ist, dass hierbei jegliche Bewertungen vermieden werden, damit Manipulationen der einzelnen Meinungen absolut ausgeschlossen sind. Wenn nun folgend die eigentliche Moderationsphase beginnt, sollte der Moderator zunächst auf alle Regeln dieser Methode verweisen, damit diesbezüglich im weiteren Verlauf keine störenden Fragen auftauchen. Im Anschluss kann der Moderator dann zwischen unterschiedlichen Verfahrensweisen wählen. Häufig wird allerdings das sogenannte *Trichterprinzip* angewendet, bei welchem die Gedankensammlung zunächst beim Allgemeinen beginnt und von dort aus zum Speziellen führt. Damit möglichst viele unterschiedliche Aspekte mit einbezogen wer-

¹⁷⁷ Vgl. Stiftung für Mitarbeit: Politische Teilhabe – Moderationsmethode. Online unter: <http://www.buergergesellschaft.de/105273/>, [Stand: 17.09.2013] (im Folgenden zitiert als: Stiftung für Mitarbeit, Moderationsmethode).

¹⁷⁸ Vgl. Jürgen Wüst, Konfliktmanagement in lokalen Beteiligungsprozessen, a.a.O., S. 174.

¹⁷⁹ Vgl. Böning, Uwe: Moderieren mit System: Besprechungen effizient steuern, Wiesbaden 1991, S. 23ff.

den, sollte der Moderator zu Beginn eine möglichst offene Fragestellung wählen, die dennoch zielführend formuliert wird. Die bereits an der Pinnwand gesammelten Gedanken werden nun im nächsten Schritt sortiert, damit alle Teilnehmer eine abstrahierende Struktur erkennen können, und der Moderator fordert die Gruppe auf, die für die Fragestellung wesentlicheren Punkte von weniger wesentlichen zu trennen. Wichtig ist, dass während dieser Durchführung keinerlei fremdes Fachwissen als Input zur Verfügung steht. Die komplette Expertise liegt bei den Teilnehmern und die Methode basiert rein auf deren Vorerfahrungen und ihrem Alltagswissen. Somit ist der weitere inhaltliche Verlauf offen gehalten und methodisch wird ein Wechsel von hauptsächlich diskursiven mit moderierten Phasen empfohlen. Zu beachten ist allerdings während der gesamten Arbeitsphase, dass insgesamt ein Aktionsplan angestrebt wird, in dem dann festgehalten wird, welche Ergebnisse und daraus resultierende Konsequenzen die Sitzung mit sich bringt.¹⁸⁰

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in dem Moderationsverfahren unterschiedliche Chancen und gleichzeitig auch Risiken liegen. So spricht beispielsweise für die Methode, dass durch die Anwendung sowohl die Qualität als auch die Akzeptanz der Entscheidungen verbessert werden können. Außerdem wird durch den moderierten Diskursprozess die Entscheidungsfindung transparenter gemacht unter anderem dadurch, dass die lokalen Medien häufig von solchen Moderationen berichten. Die zeitliche Begrenzung eines solchen partizipativen Verfahrens fördert häufig das bürgerschaftliche Engagement, da die Menschen sich nicht dauerhaft binden müssen, sondern auch kurzfristig und spontan teilnehmen können.¹⁸¹

Allerdings spricht eindeutig gegen diese Methode, dass die Möglichkeit besteht, falsche Erwartungen bei den Bürgern zu wecken. Es kann nämlich durchaus ein Dilemma entstehen *„zwischen der substanziellen Offenheit für neue Themen und Personen einerseits und der zum Beispiel im Rahmen gesetzlicher Verfahren beschränkten Umsetzbarkeit der kommunikativ erarbeiteten Lösungen andererseits.“*¹⁸² Außerdem können Probleme entstehen, wenn der Moderator nicht über die vorausgesetzten Fach- und Methodenkompetenzen verfügt. Die empfohlene Neutralität des Moderators darf nämlich keinesfalls verwechselt werden mit der Nichtkenntnis der gesellschaftlichen Hintergründe oder sonstigen Besonderheiten des Systems. Dieses Wissen gilt nämlich als unbedingt vorausgesetzt, damit der Moderator für eine erfolgreiche und zielführende Steuerung des Prozesses Sorge tragen kann. Schlussendlich ist die Moderationsmethode der Gefahr ausgesetzt, sich zu stark am Konsens zu orientieren und

¹⁸⁰ Vgl. Stiftung für Mitarbeit, Moderationsmethode, a.a.O.

¹⁸¹ Vgl. Jürgen Wüst, Konfliktmanagement in lokalen Beteiligungsprozessen, a.a.O., S. 175.

¹⁸² Jürgen Wüst, Konfliktmanagement in lokalen Beteiligungsprozessen, a.a.O., S. 176.

damit einhergehend grundsätzliche Konflikte zu verdecken. Als Ergebnisse dürfen nämlich keinesfalls Scheinkompromisse entstehen, die sich für die Bürger letztendlich als nicht tragfähig erweisen.¹⁸³

5.2.3 Zukunftswerkstatt

Bei der Zukunftswerkstatt handelt es sich um ein Verfahren, bei welchem die Bürger gemeinsam an Zukunftsentwürfen arbeiten, deren Umsetzungen zwar wünschenswert, jedoch auf den ersten Blick unmöglich erscheinen. Innerhalb dieser Werkstatt soll dann letztendlich geprüft werden, ob diese Entwürfe realisierbar sind. Die Funktion der Zukunftswerkstatt liegt somit darin, den Beteiligten bei der Problembestimmung und Zielführung zu helfen. Als besondere Merkmale der Methode gelten sowohl die konsequente Einteilung des Problemlösungsprozesses als auch die außerordentliche Rolle der kreativitätsfördernden Verfahrensweise und Visualisierungstechniken. Eine anwendungsbezogene Abwandlung des Konzeptes ist allgemein möglich, weswegen die Dauer der Durchführung und die Teilnehmeranzahl durchaus von Fall zu Fall variieren können.¹⁸⁴ In der Regel erstreckt sich der zeitliche Rahmen allerdings ungefähr auf 1 bis 3 Tage, wobei eine Umsetzung auch durchaus in lediglich 1,5 bis 3 Stunden möglich ist.¹⁸⁵ Die empfohlene Teilnehmerzahl beträgt 10 bis 30 Personen, allerdings ist auch dies wieder abwandelbar, denn die Methode eignet sich auch für größere Gruppen von bis zu 200 Personen. Die Auswahl der Teilnehmer geschieht über die Selbstselektion und begleitet wird der gesamte Prozess von Moderatoren, deren Anzahl mit der jeweiligen Zahl der Teilnehmer ansteigt.¹⁸⁶ Damit die Beteiligungsmethode reibungslos ablaufen kann, sollte der Moderator im Voraus ein Konzept für den Ablauf entwickeln, welches er situationsgerecht verändern kann. Er hat einen Überblick über den zeitlichen und regelkonformen Ablauf und sorgt somit für eine Strukturierung, mit welcher der Entwicklungsprozess der einzelnen Teilnehmer und der gesamten Gruppe gefördert werden kann. Zu den wichtigsten Spielregeln, die der Moderator gleich zu Beginn vorstellen sollte¹⁸⁷, zählt beispielsweise die gleichwertige Behandlung der einzelnen Beiträge sowie die Vermeidung von nonverbalen und verbalen Killerphrasen. Des Weiteren ist es wünschenswert, sich gegenseitig zu unterstützen und die Ideen der anderen Teilnehmer aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Die einzelnen Äußerungen sollten möglichst oft visualisiert und konkret mit Beispielen untermauert werden. Schlussend-

¹⁸³ Vgl. Jürgen Wüst, Konfliktmanagement in lokalen Beteiligungsprozessen, a.a.O., S. 176.

¹⁸⁴ Vgl. Ariane Bischoff: Informieren, Beteiligen, Kooperieren, a.a.O., S. 138f.

¹⁸⁵ Vgl. Richard Häusler, Lokale Agenda 21, a.a.O., S. 93.

¹⁸⁶ Vgl. Patrizia Nanz, Handbuch Bürgerbeteiligung, a.a.O., S. 82ff.

¹⁸⁷ Vgl. Ariane Bischoff: Informieren, Beteiligen, Kooperieren, a.a.O., S. 141.

lich ist es wichtig im gesamten Prozess zu beachten, dass es keinerlei Einschränkungen, beispielsweise in Form von Zwängen, gibt und es ist prinzipiell alles erlaubt und möglich.¹⁸⁸

Die klassische Zukunftskonferenz besteht aus 3 unterschiedlichen Kernphasen, nämlich der Beschwerde- und Kritikphase, der Phantasie- und Utopiephase sowie der Verwirklichungs- und Praxisphase, welche nacheinander durchlaufen werden. Dieser dreistufige Aufbau wurde jedoch inzwischen in der Praxis häufig in eine Vorbereitungs- und Nachbereitungsphase eingebettet.¹⁸⁹ Jede einzelne Phase wiederum weist dasselbe Grundschema auf. Zunächst wird geöffnet durch Sammeln, bevor dann letztendlich durch Entscheiden ausgewählt wird.¹⁹⁰ Das Entscheiden am Ende einer Phase bildet dann immer gleichzeitig den Ausgangspunkt für die nachfolgende Phase. Somit erinnert das Grundmuster der Zukunftskonferenz an ein Trichter-schema¹⁹¹, das zunächst das jeweilige Anliegen abtastet, bevor es dann den Kernpunkt einkreist.

Bei der eigentlichen Durchführung dieser Beteiligungsmethode versteht man unter der Vorbereitungsphase sowohl die Zeit der Organisation im Vorfeld als auch den Beginn der Werkstattveranstaltung. Hier sollte eine spannungsfreie Atmosphäre geschaffen werden und den Teilnehmern sollte, falls dies noch nicht zutrifft, das Kennenlernen ermöglicht werden. Anschließend folgt die Vorstellung des Methodenkonzeptes und die Erstellung des gemeinsam mit den Teilnehmern abgestimmten Ablaufplans. In der Beschwerde- und Kritikphase geht es nun um die Beschreibung des Ist-Zustands des Werkstattthemas. Hier können auch Befürchtungen und Ängste der Teilnehmer aufgenommen werden. In Kleingruppen werden die Kritiken gesammelt und visualisiert und anschließend dem Plenum vorgestellt und rubriziert. Durch einzelne Beispiele der Praxis werden die Kritikbereiche nun verdeutlicht. Aufgrund dieses methodischen Vorgehens wird das Problem nun aus unterschiedlichsten Blickrichtungen durchdrungen. An die Verengung des Trichters erinnert jetzt zum Abschluss dieser Methode die Aufforderung an die Teilnehmer, sich für eine Kritikrubrik zu entscheiden, die im weiteren Verlauf und somit in den nächsten Phasen vertieft werden soll.¹⁹²

Das Ziel der nächsten Phantasie- und Utopiephase ist, dass die Teilnehmer bisher ungeahnte Wünsche und Erwartungen entfalten und diese gegenüber den zuletzt geäußerten Kritiken

¹⁸⁸ Vgl. Ködelpeter, Thomas: Zukunftswerkstatt, in: Astrid Ley/ Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 283f (im Folgenden zitiert als: Thomas Ködelpeter, Zukunftswerkstatt).

¹⁸⁹ Kuhnt, Beate/ Norbert R. Müllert: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten: verstehen – anleiten – einsetzen. Das Praxisbuch zur Sozialen Problemlösungsmethode Zukunftswerkstatt, 2. Auflage, Münster 1997, S. 12.

¹⁹⁰ Vgl. Ibid., S. 59.

¹⁹¹ Vgl. Stracke-Baumann, Claudia: Nachhaltigkeit von Zukunftswerkstätten, Bonn 2009, S. 53ff (im Folgenden zitiert als: Claudia Stracke-Baumann, Zukunftswerkstätten).

¹⁹² Vgl. Claudia Stracke-Baumann, Zukunftswerkstätten, a.a.O., S. 53ff.

stellen. Häufig werden diese Wünsche in Kleingruppen bildlich gestaltet. Diese kreativen Ideen bilden dann die Grundlage für den anschließenden zweiten Teil der Phase, nämlich das Ausarbeiten einer Utopie, welche im Plenum anschließend von den einzelnen Kleingruppen präsentiert wird. Der wichtigste Teil dieser Phase folgt mit der Auswertung der Utopien, denn hierbei soll das eigentliche Faszinierende aus dieser neuen Idee herausgezogen und festgehalten werden. Zum Schluss werden die einzelnen Ideen gewichtet und somit erfolgt erneut eine Selektion für die folgende Phase.¹⁹³

In der Verwirklichungs- und Praxisphase geht es nun um die Prüfung, ob und inwiefern das, was in der letzten Phase entwickelt wurde, auch tatsächlich in der Realität verwirklicht werden kann.¹⁹⁴ Die Herausforderung besteht somit nun daraus, aus den gesammelten Ideen und Utopien, einzelne Ziele abzuleiten, die in konkreten Schritten umgesetzt werden können.¹⁹⁵ Drei verschiedene Schritte erfolgen somit innerhalb dieser Phase bis diese in der letztendlichen Aktion münden. Zunächst werden die utopischen Entwürfe einer Prüfung unterzogen, nämlich insofern, als dass die Teilnehmer abklopfen, ob hierfür nötige Bedingungen bereits erfüllt sind oder noch geschaffen werden müssten. Je nachdem zu welchem Ergebnis die Gruppe dann kommt, wird eine entsprechende Umsetzungsstrategie konzipiert, mit deren Hilfe im dritten Schritt dieser Phase die Aktion gewagt werden kann.¹⁹⁶ Hierbei steht die Klärung der folgender Fragen im Mittelpunkt: Womit wollen wir anfangen? Wie soll angefangen werden? Wer kann hierbei helfen? Wo soll begonnen werden? Wann werden erste Schritte eingeleitet?¹⁹⁷ Dieser Projektentwurf kann durchaus ergänzt werden durch individuelle Arbeitspläne der einzelnen Werkstattteilnehmer, damit jeder im Anschluss weiß, um welche Maßnahme er sich persönlich kümmert.¹⁹⁸

Abschließend wird in der Nachbereitungsphase in der Regel eine Dokumentation angefertigt, in der die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt festgehalten werden.¹⁹⁹

Das partizipative Verfahren der Zukunftskonferenz eignet sich vor allem für den kommunalen Raum, um Visionen, Strategien und Schlüsselprojekte für wünschenswerte Entwicklungen

¹⁹³ Vgl. Ibid, S. 55ff.

¹⁹⁴ Vgl. Ibid, S. 58.

¹⁹⁵ Vgl. Burow, Olaf-Axel: Lernen für die Zukunft. Mit Zukunftswerkstätten soziale und ökologische Phantasie mobilisieren, in: Pädagogik, Heft 6, Weinheim 1992, S. 10.

¹⁹⁶ Vgl. Jungk, Robert/ Norbert R. Müllert: Zukunftswerkstätten, 1. Auflage, Würzburg 1981, S. 112ff.

¹⁹⁷ Vgl. Jungk, Robert/ Norbert R. Müllert: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation, 6. Auflage, München 1989, S. 133.

¹⁹⁸ Vgl. Wopp, Christian: Zukunftswerkstätten im Sport. Ein Handbuch zur Veränderung von Sportvereinen, des Schulsports und der Sportpraxis, Aachen 2000, S. 133.

¹⁹⁹ Vgl. Claudia Stracke-Baumann, Zukunftswerkstätten, a.a.O., S. 61.

eines Gemeinwesens zu erarbeiten, was dann letztendlich vom Kommunalparlament beschlossen werden soll. Auf diesem Wege können auch Impulse für längerfristige Motivationen gesetzt werden.²⁰⁰

Zusammenfassend und bewertend lassen sich auch bei dieser Methode sowohl Stärken als auch Schwächen feststellen. So spricht für die Zukunftswerkstatt, dass die Interessen, Wünsche und Kompetenzen der Teilnehmer einbezogen werden. Außerdem werden kreative Methoden eingesetzt und unterschiedliche Blickwinkel gefördert und zugelassen. Das Ergebnis ist von vornherein offen gelassen und es können gemeinsame Problemlösungen entwickelt werden. Hilfreich ist dabei ein komplett klar durchstrukturierter Prozess. Als problematisch erweist sich bei dieser Methode allerdings die vollkommene Ausblendung der realen Machtverhältnisse und die geringe Verbindlichkeit der letztendlich erzielten Ergebnisse. Außerdem besteht durchaus die Gefahr, dass sich die Teilnehmer zu schnell auf einen gemeinsamen Nenner einigen, ohne die eigentliche Reichweite der Ergebnisse und die persönlichen Handlungsbereitschaften zu beachten.²⁰¹

5.2.4 Zukunftskonferenz

Bei der Zukunftskonferenz handelt es sich um eine Großgruppenmethode, die ursprünglich in den USA entwickelt wurde. Zu ihren Auftraggebern zählen in der Regel Kommunen oder Verwaltungen²⁰² und deren Funktion besteht darin, einen gemeinsamen Konsens unter den partizipierenden Bürgern zu erarbeiten und einen geeigneten Maßnahmenplan für das jeweilige Zukunftsthema zu erstellen. Damit dies gelingt, beleuchten die Teilnehmer innerhalb von 5 aufeinanderfolgenden Phasen jeweils die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft. Die optimale Anzahl der partizipierenden Bürger liegt in der Regel zwischen 64 und 80²⁰³ und die Rekrutierung erfolgt im Voraus durch den jeweiligen Veranstalter und die Moderatoren. Diese Auswahl geschieht allerdings nicht rein willkürlich, sondern es muss darauf geachtet werden, dass Vertreter aller Interessengruppen partizipieren können und somit die unterschiedlichsten Blickwinkel während des Verfahrens berücksichtigt werden.²⁰⁴ Für den gesamten Beteiligungsprozess ist eine Dauer von insgesamt ungefähr 18 Stunden angedacht, die sich allerdings auf 3 unterschiedliche Tage verteilen. Wie bereits angedeutet, gibt es auch bei die-

²⁰⁰ Vgl. Thomas Ködelpeter, Zukunftswerkstatt, a.a.O., S. 284.

²⁰¹ Vgl. Thomas Ködelpeter, Zukunftswerkstatt, a.a.O., S. 285f.

²⁰² Vgl. Patrizia Nanz, Handbuch Bürgerbeteiligung, a.a.O., S. 86f.

²⁰³ Vgl. Ariane Bischoff: Informieren, Beteiligen, Kooperieren, a.a.O., S. 147.

²⁰⁴ Vgl. Richard Häusler, Lokale Agenda 21, a.a.O., S. 93.

sem Modell wieder einen oder mehrere Moderatoren, die das Verfahren ähnlich wie bei der Zukunftswerkstatt leiten. Auch insgesamt erinnert die Zukunftskonferenz an die bereits vorgestellte Zukunftswerkstatt. Allerdings liegt der entscheidende Unterschied in der größeren Anzahl der Partizipierenden und ihrer Zusammensetzung.²⁰⁵ Auch thematisch eignen sich die beiden Verfahren für unterschiedliche Schwerpunkte. Während die Zukunftswerkstatt vor allem zur Kreativitätsförderung geeignet ist, empfiehlt sich der Einsatz der Konferenz, um einen umfassenden Wandel in den Blick zu nehmen, beispielsweise zur Entwicklung eines Leitbildes für Gemeinden. Davon ausgehend können dann letztendlich einzelne Maßnahmen und Projekte konkretisiert werden.²⁰⁶

Das Vorgehen während der Zukunftskonferenz erfolgt also somit absolut ziel- und ergebnisorientiert in mehreren Phasen.²⁰⁷ Falls die ideale Anzahl vorliegt, können die Teilnehmer an Achtertischen abwechselnd in gemischten und homogenen Gruppen arbeiten. In Letzterer befinden sich beispielsweise lediglich die Bürger einer Kommune und in den Gemischten arbeiten diese dann zusammen mit Vertretern der Verwaltung oder der Politik.²⁰⁸ Der Gegenstand der unterschiedlichen Phasen ist immer das zu behandelnde Thema, welches anhand konkreter Fragen behandelt wird. In der ersten Phase wird immer in der heterogenen Gruppe der Rückblick in die Vergangenheit gewagt. Die Teilnehmer fragen sich, wo sie herkommen und welche persönliche Geschichte sie mit dem Thema in der Kommune verbinden. Die zweite Phase betrachtet dann die Gegenwart zunächst in der Außenansicht. Die Frage ist jetzt, welche Herausforderungen und Trends kommen im Bezug auf das Thema auf die Kommune zu. Danach folgt die Innenansicht und die Teilnehmer machen sich darüber Gedanken, worauf sie stolz sind hinsichtlich des Themas und was sie bedauern. In der dritten Phase wird ein Entwurf der Zukunft gestaltet und die Partizipierenden setzen Ziele, welche sie für das Thema erreichen wollen. Im Anschluss werden in der vierten Phase Gemeinsamkeiten innerhalb dieser Entwürfe herausgearbeitet und Übereinstimmungen hinsichtlich eines Leitbildes getroffen. In der fünften und somit letzten Phase geht es darum, dass die Teilnehmer einen geeigneten Maßnahmenplan aufstellen, damit eine erfolgreiche Umsetzung der einzelnen Visionen erfolgen kann. Es wird genauestens festgehalten wer was macht, bis wann dies geschieht und wo

²⁰⁵ Vgl. Ariane Bischoff: Informieren, Beteiligen, Kooperieren, a.a.O., S. 147.

²⁰⁶ Vgl. Ibid, S. 148.

²⁰⁷ Vgl. Bauer, Peter: Die Zukunftskonferenz (Future Search Conference) – Mit einer größeren Gruppe die gemeinsame Zukunft entwerfen und umsetzen, in: Astrid Ley/ Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 277 (im Folgenden zitiert als: Peter Bauer, Die Zukunftskonferenz).

²⁰⁸ Vgl. Peter Bauer, Die Zukunftskonferenz, a.a.O., S. 147.

genau die Umsetzung durchgeführt wird. Diese Ergebnisse werden dann stichwortartig festgehalten und später zu einer Dokumentation ausformuliert.²⁰⁹

Als absolute Voraussetzungen dieser Methode gelten die Offenheit der Teilnehmer gegenüber den Ergebnissen und eine partnerschaftliche Grundhaltung untereinander. Somit kann dann auch der positive Effekt dieser Beteiligungsmethode entstehen, dass nämlich in der Gesellschaft ein großes Gemeinschaftsgefühl entsteht und dies dann die Eigenverantwortung und Motivation der Beteiligten auch allgemein in der Kommune stärkt.²¹⁰ Diese durchaus positiven Bewertungsaspekte sollen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der erfolgreichen Durchführung einer Zukunftskonferenz auch Grenzen gesetzt sind. Sie ist beispielsweise *„kein geeignetes Mittel, um fundamentale Meinungsunterschiede aufzuheben“*²¹¹, weshalb ein Einsatz bei reinen Ja/Nein-Entscheidungen nicht empfehlenswert ist. Des Weiteren wird von diesem Beteiligungsmodell abgeraten, wenn ein ganz bestimmtes Ergebnis beim Prozess herauskommen soll. Auch bei der Anzahl der Teilnehmer sind der Zukunftskonferenz Grenzen gesetzt. Sollten nämlich weniger als 30 Personen erscheinen, eignet sich eher die Anwendung der Zukunftswerkstatt. Außerdem muss darauf geachtet werden, dass die Teilnehmer keine untere Altersgrenze unterschreiten, da gesammelte Erfahrungen in der Vergangenheit für eine erfolgreiche Durchführung der Phasen vorausgesetzt werden.²¹²

5.2.5 Open-Space-Konferenz

Das Bürgerbeteiligungsverfahren Open-Space-Konferenz stammt ursprünglich aus den USA, wird aber inzwischen auch in Deutschland häufig angewandt.²¹³ Die Idee geht auf eine Beobachtung Harrison Owens zurück, der damals bei Konferenzen feststellte, dass *„die interessantesten und beflügelndsten Gespräche und Ergebnisse in den Kaffeepausen zustande kamen.“*²¹⁴ Demzufolge entwarf er dann ein Konzept nach dieser Art von offenen Kaffeepausen, bei welchem die Teilnehmer selbst den Inhalt, die Richtung und den Verlauf bestimmen sollten. Das Ziel war, möglichst ganz auf Kontrollfunktionen zu verzichten, da diese für Innovationsprozesse das Haupthemmnis seien. Vorgegeben werden bei der Open-Space-Methode

²⁰⁹ Vgl. Ariane Bischoff: Informieren, Beteiligen, Kooperieren, a.a.O., S. 147f.

²¹⁰ Vgl. Ibid, S. 148.

²¹¹ Peter Bauer, Die Zukunftskonferenz, a.a.O., S. 277.

²¹² Vgl. Peter Bauer, Die Zukunftskonferenz, a.a.O., S. 277f.

²¹³ Vgl. Patrizia Nanz, Handbuch Bürgerbeteiligung, a.a.O., S. 68.

²¹⁴ Owen, Harrison: Raum für den Frieden – The Practice of Peace, Berlin 2003, S. 51.

lediglich die zeitliche Struktur, der Ort und der grobe Rahmen der Veranstaltung.²¹⁵ Für die Dauer dieser Konferenz werden in der Regel 2 bis 3 Tage angesetzt²¹⁶ und was die Lokalitäten betrifft wird empfohlen, einen Ort auszuwählen, bei welchem genug formelle Räume zur Verfügung stehen, aber durchaus auch informelle, wie beispielsweise Gärten, Terrassen oder ähnliches.²¹⁷ Die Open-Space-Konferenz eignet sich in der Regel für Gruppen von 5 bis 1000 Teilnehmern, allerdings ist sie theoretisch unbegrenzt, da die Personenanzahl auch immer von den Räumlichkeiten abhängt.²¹⁸ Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt über Selbstselektion, nachdem eine öffentliche Einladung ausgesprochen wurde.²¹⁹

Die Open-Space-Konferenz eignet sich besonders gut als Auftaktveranstaltung in einem Veränderungsprozess²²⁰ und kann zu unterschiedlichen Leitthemen innerhalb einer Kommune oder auch in der Wirtschaft veranstaltet werden.²²¹ Durch dieses Beteiligungsverfahren ist es dann möglich, dass die Teilnehmer auf kreativem Wege Problemlösungen finden, indem sie in lockerer Atmosphäre Vorschläge und Ideen sammeln, auf deren Grundlagen dann später substantielle Projekte entwickelt werden können. Prinzipiell eignet sich diese Methode allerdings auch, um komplexe Probleme zu bearbeiten, die zunächst keine offensichtlichen Lösungsansätze bieten.²²²

Bei der eigentlichen Durchführung des Verfahrens beginnt die Konferenz im Plenum, bei welchem alle Teilnehmer einen Kreis bilden. Hier wird dann das übergeordnete und möglichst offen formulierte Thema der Veranstaltung bekannt gegeben²²³ und die Regeln der Konferenz möglichst visuell an der Wand kurz vorgestellt.²²⁴ Im Anschluss daran erhalten die Teilnehmer dann die Möglichkeit, selbstorganisatorisch zu bestimmten Unterthemen des Leitthemas einzelne Arbeitsgruppen zu initiieren beziehungsweise sich an diesen zu beteiligen. Innerhalb dieser Gruppen teilen sie selbst Pausen und Arbeitszeiten entsprechend ein und es ist durchaus erlaubt und sogar erwünscht, die Gruppen im Laufe der Zeit zu wechseln, da jeder Teilnehmer

²¹⁵ Vgl. Petri, Katrina: Open Space – Raum für Bürgerengagement und Kaffeepausen, in: Astrid Ley/ Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 183 (im Folgenden zitiert als: Katrina Petri, Open Space).

²¹⁶ Vgl. Patrizia Nanz, Handbuch Bürgerbeteiligung, a.a.O., S. 68.

²¹⁷ Vgl. Katrina Petri, Open Space, a.a.O., S. 184.

²¹⁸ Vgl. Owen, Harrison: Open Space Technology. Ein Leitfaden für die Praxis, Stuttgart 2008, S. 38f (im Folgenden zitiert als: Harrison Owen, Open Space Technology).

²¹⁹ Vgl. Patrizia Nanz, Handbuch Bürgerbeteiligung, a.a.O., S. 87.

²²⁰ Vgl. Maleh, Carole: Open Space: Eine Konferenzmethode der besonderen Art – Einführung, in: Carole Maleh (Hg.): Open Space in der Praxis. Erfahrungsberichte – Highlights und Möglichkeiten, Weinheim/Basel 2002, S. 18 (im Folgenden zitiert als: Carole Maleh, Open Space).

²²¹ Vgl. Katrina Petri, Open Space, a.a.O., S. 187.

²²² Vgl. Patrizia Nanz, Handbuch Bürgerbeteiligung, a.a.O., S. 69.

²²³ Vgl. Ibid, S. 68.

²²⁴ Vgl. Katrina Petri, Open Space, a.a.O., S. 184.

nur so lange in der Gruppe bleiben soll, wie er denkt, dass er für diese einen konstruktiven Beitrag leistet.²²⁵ Der Prozess kann in unterschiedlichster Art und Weise gestaltet werden. Zwar fällt die Wahl meistens auf den klassischen verbalen Dialog, jedoch sind durchaus auch kreative Techniken erlaubt, in Form von Musik oder sportlicher Aktivität.²²⁶ Die wichtigsten Ergebnisse einer Arbeitsgruppe werden dokumentiert und allen zur Verfügung gestellt. Nach der Beendigung der Kleingruppenphase wird erneut das gesamte Plenum zusammengerufen, um gemeinsam die wichtigsten Fragestellungen herauszuarbeiten und das weitere Vorgehen, die folgenden Arbeitsschritte und konkrete Vorhaben zu besprechen. Hier besteht dann auch die Möglichkeit gegebenenfalls Kooperationen unter den einzelnen Gruppen zu verabreden. Beim letztendlichen Abschluss der gesamten Konferenz erhalten alle Teilnehmer Dokumentationen in Form von Protokollen der jeweiligen Arbeitsgruppen. Auch wenn der Prozess hauptsächlich selbstorganisiert abläuft, so wird der Plenarteil üblicherweise von Moderatoren geleitet, die jedoch sonst in den Hintergrund des Geschehens treten.²²⁷

Damit die Open-Space-Konferenz erfolgreich durchgeführt werden kann, sollten einige Voraussetzungen zunächst erfüllt sein. Zum einen sollte der Anlass der Veranstaltung eine Situation sein, bei welcher bei den eingeladenen Teilnehmern Betroffenheit hervorgerufen wird. Des Weiteren muss diese Situation dringendes Handeln erfordern und eine gewisse Komplexität aufweisen, damit genug Spielraum für Arbeitsgruppen besteht. Was die Moderatoren betrifft, so sollten diese die Prozesskontrolle weitestgehend an die Teilnehmer abgeben. Damit anstehende Veränderungen erfolgreich bewältigt werden können ist es sinnvoll, möglichst heterogene Gruppen zusammenzubringen, da auf diesem Wege viele unterschiedliche Blickwinkel bei der Lösungsfindung berücksichtigt werden.

Allerdings sind der Open-Space-Konferenz auch durchaus Grenzen gesetzt, beispielsweise eignet sie sich nicht, um die Teilnehmer für Strategieentwürfe zu begeistern, die bereits im Voraus definiert wurden. Des Weiteren sollte man von ihrem Einsatz abraten, wenn es den Organisatoren darum geht, gezielt Informationen zu vermitteln, da innerhalb der Durchführung keine Präsentationen oder Vorträge gehalten werden. Schlussendlich ist außerdem festzuhalten, dass die Open-Space-Konferenz keine geeignete Möglichkeit zur Schlichtung von Konflikten ist, da in solchen Fällen eine dominantere Steuerung erforderlich wäre.²²⁸

²²⁵ Vgl. Patrizia Nanz, Handbuch Bürgerbeteiligung, a.a.O., S. 68.

²²⁶ Vgl. Katrina Petri, Open Space, a.a.O., S. 184.

²²⁷ Vgl. Patrizia Nanz, Handbuch Bürgerbeteiligung, a.a.O., S. 68.

²²⁸ Vgl. Carole Maleh, Open Space, a.a.O., S. 18f.

5.2.6 Aktivierende Befragung

Die Aktivierende Befragung ist ein Verfahren, mit dessen Hilfe die Interessen, Sichtweisen und Bedürfnisse der Bürger eines bestimmten Gebietes in Erfahrung gebracht werden können. Im Gegensatz zu anderen Befragungsmethoden bildet diese den offenen Beginn eines Veränderungsprozesses, der durch unterschiedliche Aktionen der einzelnen Bürger im Anschluss der Befragung fortgesetzt wird.²²⁹

Diese Methodik stammt ursprünglich aus der Gemeinwesenarbeit, um benachteiligte Wohnquartiere wieder attraktiver zu gestalten. Hierbei machten die damaligen Initiatoren die Erfahrung, dass sich die meisten Menschen nur dann engagieren, wenn sie von der Notwendigkeit überzeugt sind und eigenes Interesse am Projekt besteht. Hieraus entstand dann die Idee, die Gedanken der Betroffenen durch aktivierende Gespräche herauszufinden und somit auch zu erfahren, inwiefern die Bürger bereit sind, eigenes Engagement zu zeigen.

Die potenziellen Anwendungsfelder liegen vor allen Dingen auf der kommunalen Ebene, da hier auf kleinem Raum gearbeitet werden kann und somit die Möglichkeit besteht, in direkten Bürgerkontakt zu treten. Für eine erfolgreiche Durchführung sollte allerdings Offenheit von Seiten des Auftraggebers vorausgesetzt sein, damit das, was von den Bürgern innerhalb der Befragung problematisiert wird, auch in naher Zukunft angegangen wird. Außerdem ist es wichtig, dass die Befragung von Menschen durchgeführt wird, die neugierig sind auf die Meinungen der Bürger und denen es nicht darum geht, die Befragten von ihrer persönlichen Meinung zu überzeugen. Des Weiteren sollten die Befrager im Voraus ein vorbereitendes Training absolviert haben, das sie mit den Techniken der Aktivierenden Befragung vertraut gemacht hat. Ebenso ist es wichtig, dass die befragten Personen selbst frei entscheiden können, auf welche Fragen sie antworten und in welchen Bereichen sie Engagement zeigen.

Was die Befragungstechnik betrifft, werden ausschließlich offen formulierte Fragen genutzt und das Befragungsgespräch ist so aufzubauen, dass der Befrager erfährt, was den Bürgern in ihrer Kommune gefällt, was sie verärgert und wie mögliche Problemlösungsideen aussehen könnten. Gleich im Anschluss an dieses Aktivierende Befragungsgespräch erhält der Befragte dann die Einladung zu einem baldigen Treffen mit anderen Teilnehmern des Verfahrens, damit man sich dort gemeinsam mit diesen über die Erfahrungen und mögliche Ärgernisse austauschen kann. Da sich jeder aufgrund dieser Befragung bereits zum Thema Gedanken ge-

²²⁹ Vgl. Lüttringhaus, Maria/ Hille Reichers: Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis, 3. Auflage, Bonn 2012, S. 5.

macht hat, wird es dann dort leichter sein, daran anzuschließen und weitere Handlungsschritte bezüglich der Veränderung zu vereinbaren. Innerhalb dieser Versammlung können die einzelnen Bürger dann Gruppen je nach Interessenschwerpunkt bilden und diese werden im Anschluss von den Organisatoren beraten und bei ihrer zukünftigen Arbeit begleitet.

Für die Anwendung dieser Methode spricht eindeutig, dass somit selbstbestimmtes Engagement gefördert wird und die betroffenen Bürger die Chance erhalten, ihren eigenen Lebensraum frei zu gestalten. Darüber hinaus werden die sozialen Kontakte der Bürger untereinander gestärkt und man lernt die Sichtweisen und Ressourcen der anderen kennen. Ganz speziell an diesen vorhandenen Ressourcen orientiert werden dann die weitere Arbeit und das gemeinsame Vorgehen geplant und in die Wege geleitet. Sollten die politischen Institutionen dieses Beteiligungsverfahren unterstützen, kann damit also eine enorm hohe Legitimation der Veränderungen innerhalb der Bevölkerung erreicht werden. Allerdings gibt es auch durchaus Grenzen für den Einsatz dieses Verfahrens. Beispielsweise eignet es sich nicht für eine Bürgeraktivierung zu einem Ziel, welches bereits weit im Voraus von den politischen Institutionen bestimmt wurde. Wenn keine wirkliche Offenheit für die Problemdefinitionen der Bürger herrscht, handelt es sich bei der Anwendung des Verfahrens um reine Manipulation. Außerdem sollte die Aktivierende Befragung nicht durchgeführt werden, wenn die Initiatoren lediglich eine qualitative Verbesserung der Daten zu einem bestimmten Gebiet erhalten wollen, die Bürger keinen Zutritt zu den Ergebnissen erhalten und somit nicht die Möglichkeit besteht, sich mit anderen Menschen zusammenzufinden und eigenständiges Handeln zu schaffen.²³⁰

5.2.7 Perspektivenwerkstatt

Bei der Perspektivenwerkstatt handelt es sich um ein konsensorientiertes Kommunikationsverfahren zur integrativen Kommunalentwicklung. Das Ziel der Beteiligungsmethode ist eine wirtschaftliche Lösungsfindung, die gleichzeitig Bürger, öffentliche Interessen und Investoren integriert. Die einzelnen Lösungsideen werden innerhalb eines verlängerten Wochenendes zusammen mit Fachleuten erarbeitet. Was die Teilnehmerzahl betrifft, so eignet sich die Perspektivenwerkstatt für 50 Personen ebenso wie für mehrere Hundert, die dann innerhalb der Arbeitsgruppen, Besichtigungen der Gelände, Planungstische und Plenen einbezogen werden. Die Methode empfiehlt sich vor allem für Anwendungsbereiche, bei denen es um Standortfra-

²³⁰ Vgl. Reichers, Hille: Aktivierende Befragung, in: Astrid Ley/ Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 60ff.

gen geht, Siedlungsbauten, Verkehrs- oder Objektplanungen, aber auch für umfassende Veränderungen im Sinne von nachhaltiger Kommunalentwicklung. Die Initiatoren solcher Verfahren sind meistens Bürgermeister oder Planungsbüros in Städten und Gemeinden, private oder kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Bauherren oder Investoren und die Vorbereitung der Perspektivenwerkstatt beginnt weit im Voraus der eigentlichen Durchführung. In der Vorbereitungsphase, die ungefähr 3 bis 6 Monate andauert, gilt es nämlich, möglichst viele Kontakte zu lokalen Akteuren aufzubauen und diese zur Mitwirkung zu aktivieren. Das inhaltliche Programm wird erst dann mit den unterschiedlichen Interessengruppen abgesprochen und zusammengestellt, bevor im Anschluss vereinzelte öffentliche Vorbereitungstreffen stattfinden, in welchen die organisatorischen Dinge geklärt und zum Sponsoring und zur Mitwirkung aufgerufen wird. Hierbei werden vor allem Anwohner, Wirtschaftsunternehmer, Verbände, Stadtverwaltungsvertreter und Politiker angesprochen, aus denen dann ein sogenannter Unterstützerkreis gebildet wird. Die eigentliche Perspektivenwerkstatt wird dann an ungefähr 2 Tagen durchgeführt, an denen sich die Teilnehmer in themenspezifischen Arbeitsgruppen und Planungstischen treffen und gegebenenfalls Ortsbesichtigungen durchführen. Auf diese Weise soll eine Erörterung der Fragestellung bezüglich des Plangebietes stattfinden und der Ist-Zustand und die aktuellen Probleme benannt sowie explizite Lösungsvorschläge formuliert werden. Hier erfahren die Teilnehmer eine völlig neue Planungskultur, indem die offenen und aktivierenden Arbeitsformen eine freie Gestaltung der Tage zulassen und diese jeweils an die Teilnehmerzahl und die jeweiligen Interessengruppen angepasst werden kann. Quer durch die Hierarchien werden die unterschiedlichsten Blickwinkel und Erfahrungen bezüglich des Themas ausgetauscht, wodurch eine konstruktive Zusammenarbeit entsteht. Das externe Werkstatt-Team, welches die öffentlichen Teile der Veranstaltung moderiert, erarbeitet im nächsten Schritt dann für die zukünftige Entwicklung des Gebietes einen schlüssigen Vorschlag, der auf diesen ausgetauschten Erkenntnissen und Erfahrungen der Teilnehmer basiert. Hier sollen dann sowohl die sozialen Aspekte berücksichtigt werden als auch die wirtschaftlichen und infrastrukturellen. Beispielsweise beinhaltet diese Ausarbeitung konsensfähige Ziele für lösbare Probleme, weshalb eine detaillierte Gesamtansicht visualisiert werden sollte. Des Weiteren sollte das externe Werkstatt-Team einzelne Veränderungsvorschläge für markante Flächen innerhalb des Problemgebietes ausarbeiten und hierfür Beschreibungen der einzelnen Umsetzungsschritte und Aktionsprogramme hinzufügen. Damit die Zusammenarbeit insgesamt verbessert und gefördert werden kann, beinhaltet die Ausarbeitung zusätzlich organisatorische Empfehlungen. Die Präsentation dieser Ergebnisse wird dann optimalerweise bereits drei Tage nach den öffentlichen Arbeitstagen bei einer Ausstellung und mit Hilfe von Bildmaterial

erfolgen. Durch dieses Konzept kann eine Vision der Zukunft entstehen, die aus den gemeinsam getragenen Grundzügen des Planungsprozesses entstand. Dieses einmalige Erlebnis der Zusammenarbeit wirkt bei den Teilnehmern wie ein moralischer Anstoß und die entwickelte Vision wird als Ausgangspunkt der zukünftigen Veränderung angesehen. Viele Beteiligte entdecken durch die Visualisierung neue Perspektiven für das Problemgebiet, die sie vorher keineswegs in Erwägung gezogen hatten und durch die kurzfristige Zusammenstellung der Materialien wissen sowohl die Öffentlichkeit als auch die Fachleute genau, welche Schritte sie nachfolgend umzusetzen haben.²³¹

Auch wenn die hohe Teilnahmekapazität, die detaillierten Planungsentwürfe und die kurze Bearbeitungsphase bis zur Ergebnisfindung absolut für dieses Beteiligungsverfahren sprechen²³², so gibt es dennoch Probleme, die auftreten können. Beispielsweise besteht nämlich nach der Durchführung die Gefahr, dass die Verfahrensergebnisse von Seiten der politischen Institutionen ausgehöhlt werden und dadurch im Nachhinein die Skeptiker Bestätigung finden. Dies kann durchaus passieren, wenn vom Werkstatt-Team niemand mehr am nachfolgenden Rahmenplan beteiligt wird. Außerdem besteht die Gefahr, dass die vorhandenen Strukturen den inhaltlichen Erfordernissen nicht gerecht werden und somit auch diesbezüglich umfangreiche Neuerungen von Nöten sind, die allerdings nicht eingeleitet werden.²³³

6 Modelle aus der kommunalen Praxis

Da bisher nun bloß einige theoretische Möglichkeiten für partizipative Verfahren auf kommunaler Ebene vorgestellt wurden, sollen nun im Anschluss einmal drei verschiedene tatsächlich durchgeführte Bürgerbeteiligungsmodelle beispielhaft vorgestellt und bewertet werden.

6.1 Erläuterungen zur Untersuchungsmethode

Um die Kriterien zur Erfolgsmessung in den partizipativen Verfahren, welche in dieser Arbeit vorgestellt werden, zur Anwendung bringen zu können, muss sowohl das Verfahren selbst, als auch das Ergebnis Gegenstand der Betrachtung sein.

²³¹ Vgl. Von Zadow, Andreas: Perspektivenwerkstatt – Baustein zur interaktiven Stadtentwicklung, in: Astrid Ley/ Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 192ff (im Folgenden zitiert als: Andreas von Zadow, Perspektivenwerkstatt).

²³² Vgl. Lars Holtkamp, Kooperative Demokratie, a.a.O., S. 199.

²³³ Vgl. Andreas von Zadow, Perspektivenwerkstatt, a.a.O., S. 195.

Die Untersuchungsmethode stützt sich hierbei neben der objektiven Betrachtung der umgesetzten Maßnahmen selbst wesentlich auf zwei Punkte. Zum einen wurden mit den Ortsbürgermeistern der einzelnen Ortsgemeinden Interviews geführt, die besonders Aufschluss über die Motive, warum ein solches Instrument der Bürgerbeteiligung gewählt wurde, die Erwartungen hieran und die tatsächlich erzielten Erfolge mit diesem Instrument, geben sollen.

Zum anderen wurden Fragebögen an möglichst viele Teilnehmer und auch die Ortsbürgermeister der Projekte gerichtet. Eine solche Umfrage kann nicht repräsentativ erfolgen. Aufgrund der überschaubaren Teilnehmeranzahl der Projekte konnte mit mindestens 14 Teilnehmern, die bei jedem Projekt befragt wurden, dennoch ein recht tragfähiges Umfrageergebnis erzielt werden. Die Herausforderung bestand hierbei darin, diese Befragungen möglichst so zu gestalten, dass sowohl der Erfolg des einzelnen Projektes anhand obenstehender Kriterien objektiv nachweisbar werden konnte als auch mögliche Auswirkungen der Instrumente partizipativer Bürgerbeteiligung auf die Einstellung zur repräsentativen Demokratie auf Ebene der Ortsgemeinde.

Grundlegend war für eine möglichst hohe Vergleichbarkeit der Befragungen, dass die Fragebögen für alle untersuchten Ortsgemeinden gleich sein sollten. Zu Beginn der Fragebögen für die Teilnehmer stehen die Fragen nach dem Alter, dem Geschlecht und der Wohndauer in der untersuchten Ortsgemeinde. Dieser leichte Einstieg sollte neben einem generellen Interesse der Befragten auch zusätzliche Nachweise bringen. Es gilt den durchschnittlich von einem solchen Beteiligungsinstrument Angesprochenen zu finden und hierdurch die Wirksamkeit eines ähnlichen Projektes antizipieren zu können, sowie auch gerade die Gründe der Teilnahme zu erfragen. Hierzu wird mit nicht standardisierter Antwortmöglichkeit nach dem Aufmerksamwerden und den Motiven zur Teilnahme an den Projekten gefragt. Aus dem Antwortreigen der Befragten sollte sich so tendenziell ein Beteiligungsmotiv ablesen lassen können.

Dem logischen Aufbau folgend schließen sich hieran die Fragen nach der Zufriedenheit mit dem Ablauf des Projektes, dessen Ergebnissen und der Einschätzung zu den Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb dessen. Durch standardisierte Antwortmöglichkeiten ist eine genauere Auswertung der Ergebnisse in statistischer Form möglich. Mittels einer anschließenden Frage zum Wunsch nach erneuten Bürgerbeteiligungsprojekten dieser Art und der Bereitschaft des Befragten sich erneut an einem ähnlichen Projekt beteiligen zu wollen, endete der Abschnitt zur Erfolgsmessung derartiger Projekte. Durch eine halboffene Antwortmöglichkeit im Bezug auf diese beiden letzten Fragen sollte eine statistische Auswertung grundsätzlich

möglich bleiben, nicht ohne jedoch die Möglichkeit zu geben nach den für den Erfolg weiterer Projekte wichtigen Gründen zu fragen, welche unentschlossene Teilnehmer für sich sehen. Hierzu wurde ein Freifeld geschaffen, in das Beteiligte ihre erneute Beteiligung an den Projekten an persönliche Bedingungen knüpfen können.

Für die Beantwortung der aufgeworfenen Forschungsfrage muss zudem nachgewiesen werden, ob und wenn ja, welchen Einfluss derartige partizipative Bürgerbeteiligungsinstrumente auf die repräsentative Demokratie haben. Hierzu wurde in den Fragebögen an die Teilnehmer die Frage nach der Zufriedenheit mit der durch den Ortsgemeinderat erfolgten Interessenvertretung ihrerseits gestellt. Dies jedoch nicht losgelöst, sondern im Bezug auf das durchgeführte partizipative Beteiligungsinstrument. Auch diese soll statistisch auswertbar sein. In den Fragebögen an die Ortsbürgermeister wurde neben den Fragen nach den Motiven, nach der Wahl dieser partizipativen Beteiligungsinstrumente und der Zufriedenheit mit dem Ablauf und dem Erreichen vorgestellter Ziele, ähnlich dem Fragebogen an die Teilnehmer, besonders nachgefragt. Zum einen steht hier die Frage nach einer möglichen Förderung des allgemeinen Engagements der Bürger in einer Ortsgemeinde durch das Instrument der partizipativen Bürgerbeteiligung. Besonders jedoch zielt die Frage nach der Einschätzung der Beteiligungsinstrumente im Bezug auf die Geeignetheit für eine Akzeptanzsteigerung politischer Entscheidungen im Allgemeinen zu erreichen, auf die Lösung der Forschungsfrage ab. Sollte eine Akzeptanzsteigerung bei allgemeinen Entscheidungen des Ortsgemeinderates zum einen erwartet werden und zum anderen auch von den Teilnehmern zu verzeichnen sein, wäre dies ein stichhaltiger Hinweis auf eine generelle Akzeptanzsteigerung im Bezug auf die Entscheidungen der repräsentativen Politik. Dies gilt es im Folgenden herauszufinden.

6.2 Kriterien zur Erfolgsmessung

Damit zwischen diesen partizipativen Beispielen allerdings ein Vergleich durchgeführt werden kann, ist es zunächst nötig, einige Kriterien zur Erfolgsmessung festzulegen. Hierfür eignet sich der Analyserahmen von Brigitte Geißel, die die folgenden Aspekte zur Untersuchung heranzieht.²³⁴

²³⁴ Vgl. Geißel, Brigitte: Wozu Demokratisierung der Demokratie?, in: Angelika Vetter (Hg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, Wiesbaden 2008, S. 34ff (im Folgenden zitiert als: Brigitte Geißel, Wozu Demokratisierung der Demokratie?).

6.2.1 Legitimität, Legalität und Legitimitätsüberzeugung

Ein wichtiges Kriterium zur Erfolgsmessung von partizipativen Verfahren ist laut Brigitte Geißel der Legitimitätsbegriff, welcher heutzutage abseits des Rechtsbegriffs begründet ist. Innerhalb ihres Konzeptes differenziert sie zwischen drei verschiedenen Kriterien der Legitimität, so empfiehlt sie beispielsweise zunächst einmal, ein Modell bezüglich der Input-Legitimität zu untersuchen, worunter sie die Beteiligung versteht. Bezüglich dieser Input-Legitimität lauten die beiden zentralen Argumente zum einen, dass durch das Angebot der Beteiligungsmöglichkeiten, die Partizipation der Bürger gefördert werden kann und zum anderen, dass dadurch auch gerade isolierte Gruppen stärker involviert werden können. Das zweite Kriterium der Legitimität bezieht sich auf den Throughput, wobei sowohl die informelle als auch die formale Qualität der Beteiligungsprozesse bewertet wird. Im Mittelpunkt steht dabei dann die Einhaltung der Regeln, wie beispielsweise Fairness und Transparenz im Beteiligungsprozess. Als drittes Kriterium wird die deliberative Qualität des Beteiligungsverfahrens untersucht. Diesbezüglich gilt ein Prozess dann als legitim, wenn ihn rationale Debatten frei von Herrschaft auszeichnen.²³⁵

6.2.2 Effektive Leistungserbringung

Aufgrund der aktuellen demokratietheoretischen Wende hin zur Postdemokratie wird die These immer häufiger vertreten, dass Legitimität durch einen effektiven Output hergestellt wird. In Anbetracht dieser Entwicklung werden auch die partizipativen Verfahren zunehmend unter dem Effektivitätsaspekt bewertet.²³⁶ „Generell geht es bei der Bewertung der Effektivität politischen Handelns immer um die Frage, ob die als erstrebenswert anerkannten Leistungen erbracht wurden.“²³⁷ Jedoch wird in den politikwissenschaftlichen Studien nochmals zwischen verschiedenen Leistungen differenziert, so werden zum einen die systemischen, objektiven Leistungen untersucht. Innerhalb der aktuellen Forschungen bezüglich der Leistungserbringung von politischen Systemen wird immer häufiger zwischen dem Output und dem Outcome unterschieden. Ersterer untersucht den staatlichen Aufwand, der betrieben werden muss, damit die einzelnen Ziele erreicht werden können und der Outcome gibt Auskunft darüber, ob das angestrebte Ziel auch letztendlich erreicht wurde.²³⁸

²³⁵ Vgl. Brigitte Geißel, Wozu Demokratisierung der Demokratie?, a.a.O., S. 34f.

²³⁶ Vgl. Ibid, S. 35.

²³⁷ Ibid, S. 35.

²³⁸ Vgl. Brigitte Geißel, Wozu Demokratisierung der Demokratie?, a.a.O., S. 35f.

Neben den systemischen Leistungen stellen andere Studien die demokratischen Leistungen in den Mittelpunkt ihrer Effektivitätsanalysen. Hierbei wird dann nicht nur Bezug genommen auf das konkrete Politikergebnis, sondern vor allem auf die Einhaltung des demokratischen Prozesses.²³⁹

Einen anderen Schwerpunkt setzt hingegen die politische Kultur-Forschung. Diese arbeitet nämlich nicht mit institutionellen oder prozessproduzierten Kennzahlen, sondern untersucht die effektive Leistungserbringung durch subjektive Bewertungen der Bürger. Hierbei werden die Personen beispielsweise gefragt, wie zufrieden sie allgemein mit den staatlichen Leistungen sind, mit der Performanz der politischen Institutionen, der Akteure und dem demokratischen System.²⁴⁰

Gerade vor dem Hintergrund des kommunalen Schwerpunktes dieser Arbeit scheint es von besonderem Interesse, auch Studien zur lokalen Leistungswahrnehmung zu berücksichtigen. Vorwiegend beziehen sich diese allerdings auf das Verwaltungshandeln und analysieren beispielsweise die Arbeitszufriedenheit der kommunalen Bediensteten. Allerdings lassen sich neben diesen Indikatorensystemen auch andere subjektive und objektive Bewertungskriterien finden. So lässt sich beispielsweise die lokale Effektivität dadurch messen, dass man die Bürger nach der Wirksamkeit einer Maßnahme in einem bestimmten Politikfeld befragt.²⁴¹ Da es bei lokalen partizipativen Arrangements häufig um konkrete Fragen geht, erweist sich ein solches Verfahren häufig dann als effektiv, wenn das jeweilige Problem gelöst werden konnte.²⁴² Und ein weiterer Forschungsstrang prüft die Effektivität eines lokalen partizipativen Verfahrens insofern, als dass gefragt wird, inwieweit das entsprechende Verfahren die öffentlichen Debatten innerhalb der Kommune beeinflusst hat.²⁴³

²³⁹ Vgl. Lijphart, Arend: *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, London 1999, S. 278ff.

²⁴⁰ Vgl. Brigitte Geißel, *Wozu Demokratisierung der Demokratie?*, a.a.O., S. 36.

²⁴¹ Vgl. Cusack, Thomas R./ Bernhard Wessels: *Problemreich und Konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung*, Berlin 1996, S. 38ff.

²⁴² Vgl. Brigitte Geißel, *Wozu Demokratisierung der Demokratie?*, a.a.O., S. 37.

²⁴³ Vgl. Guston, David H.: *Evaluating the first US consensus conference: The impact of the citizens' panel on telecommunications and the future of democracy*, in: *Science, Technology, and Human Values*, Heft 24, Thousand Oaks 1999, S. 476.

6.2.3 Demokratische Qualifizierung der Bürger

Ein anderes Kriterium zur Erfolgsmessung eines partizipativen Verfahrens ist die demokratische Qualifizierung der Bürger. Befürworter der Bürgerbeteiligung betonen nämlich häufig die qualifizierenden Effekte, die aus einem solchen Verfahren resultieren. Ist die Bürgerbeteiligungsmethode insgesamt als erfolgreich zu bewerten, muss somit nachgewiesen werden können, dass auch wirklich die demokratische Qualifizierung der Bevölkerung erfolgte. Durch die Informationen und Diskussionen sollten die Teilnehmer ein differenzierteres Denken erfahren haben und sind daher in der Lage, einzelne Zusammenhänge besser zu verstehen.²⁴⁴ Somit konnten sie also ihre Kenntnisse insgesamt vertiefen und haben darüber hinaus durch die Zusammenarbeit mit anderen Bürgern ihre demokratischen Prinzipien und Werte verinnerlicht und gestärkt. Außerdem sollte durch das politische Engagement bei den Teilnehmern eine Entwicklung von Toleranz gegenüber anderen Bürgern und deren Meinungen nachzuweisen sein, wenn das Verfahren erfolgreich war. Und letztendlich erweist sich die politische Partizipation als effektiv, wenn auch die Teilnahme marginalisierter Gruppen gefördert wurde und sich beispielsweise Personen mit niedrigem Bildungsgrad, Migranten, Senioren oder soziale Schwache beteiligten.²⁴⁵

6.2.4 Bildung von Sozialkapital

Schlussendlich existiert noch ein weiteres Kriterium, mit dessen Hilfe der Erfolg eines partizipativen Verfahrens gemessen werden kann. Die Bürgerbeteiligung kann nämlich außerdem dann als positiv bewertet werden, wenn Sozialkapital innerhalb der Bevölkerung entstanden beziehungsweise gestärkt wurde. Hierbei wird das Sozialkapital definiert als Vertrauen, Reziprozitätsnormen und Netzwerke²⁴⁶ und es wird davon ausgegangen, je höher das Ausmaß des sozialen Kapitals ist, desto erfolgreicher können Probleme gemeinsam mit den Bürgern gelöst werden.²⁴⁷ Allerdings kann nochmals unterschieden werden zwischen dem überbrückenden Sozialkapital und dem bindenden Sozialkapital. Ersterem wird eine demokratiefördernde Bedeutung zugesprochen, „*da es zur Kooperation zwischen Bevölkerungsgruppen führt, während beim bindenden Sozialkapital lediglich bereits bestehende Kontakte innerhalb einer Bevölkerungsgruppe gestärkt werden.*“²⁴⁸ Entscheidend für den Erfolg eines Beteiligungsverfahrens ist allerdings das überbrückende Sozialkapital, da die Zivilgesellschaft be-

²⁴⁴ Vgl. Gunderson, Adolf G.: *The Environmental Promise of Democratic Deliberation*, Madison 1995, S. 6.

²⁴⁵ Vgl. Brigitte Geißel, *Wozu Demokratisierung der Demokratie?*, a.a.O., S. 38f.

²⁴⁶ Vgl. *Ibid.*, S. 39.

²⁴⁷ Vgl. Putnam, Robert D.: *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton 1993.

²⁴⁸ Brigitte Geißel, *Wozu Demokratisierung der Demokratie?*, a.a.O., S. 40.

sonders gestärkt wird, wenn verschiedene Akteure innerhalb der partizipativen Arrangements zusammenarbeiten und Netzwerke bilden. Bei einem effektiven Verfahren sollte die Bildung von Sozialkapital somit sowohl zwischen unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen als auch zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik zutreffend und bestenfalls nachweisbar sein.²⁴⁹

6.3 Praxisbeispiel Betteldorf

6.3.1 Die Ortsgemeinde Betteldorf stellt sich vor

Die Ortsgemeinde Betteldorf liegt im Landkreis Vulkaneifel, im äußersten Norden der Verbandsgemeinde Daun und in der Nähe des Ernstberges.²⁵⁰ Im Westen grenzt sie direkt an die Ortsgemeinde Hohenfels-Essingen, die der Verbandsgemeinde Gerolstein angehört. Die weiteren Nachbarn sind im Süden die Ortsgemeinde Hinterweiler, im Osten die Ortsgemeinde Dockweiler und im Norden die Ortsgemeinde Oberehe-Stroheich, welche in der Verbandsgemeinde Hillesheim liegt. Betteldorf liegt ungefähr 12 Kilometer nordwestlich der Kreisstadt Daun und hat eine Gesamtfläche von 331 ha Katasterfläche.²⁵¹

Insgesamt zählt Betteldorf 283 Einwohner, wovon 142 männlich und 141 weiblich sind. Die Altersgruppenverteilung verzeichnet für diesen Ort 43 Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre, 55 Einwohner von 20 bis 39 Jahre, 105 Personen von 40 bis 59 Jahre und 59 Personen im Alter zwischen 60 und 79. Über 80-Jährige leben in Betteldorf 21. Die Religionszugehörigkeit der dort lebenden Menschen weist ein relativ homogenes Bild auf. Die große Mehrheit der Einwohner gehört der römisch-katholischen Kirche an, 29 sind evangelisch, 46 gemeinschaftslos und lediglich eine Person ist Mitglieder einer sonstigen Religionsgemeinschaft.²⁵²

In Betteldorf amtiert seit 2004 der Ortsbürgermeister Werner Michels, welcher Mitglied der CDU ist. Der Betteldorfer Ortsgemeinderat besteht aus dem ersten und zweiten Ortsbeigeordneten sowie weiteren 6 Ratsmitgliedern, welche allesamt parteilos sind.²⁵³ Je 4 von diesen Mitgliedern bilden den Ausschuss für Jugend und Soziales und den Bauausschuss. Das Ver-

²⁴⁹ Vgl. Brigitte Geißel, Wozu Demokratisierung der Demokratie?, a.a.O., S. 40.

²⁵⁰ Vgl. Verbandsgemeindeverwaltung Daun: Ortsgemeinden – Betteldorf. Online unter: <http://www.vgv-daun.de/InternetDeutsch/med/49c/49c70e7a-e003-ea31-1010-437b988f2ee2,11111111-1111-1111-1111-111111111111.pdf>, [Stand: 23.08.13].

²⁵¹ Vgl. Ibid.

²⁵² Vgl. Gemeindestatistik Betteldorf, Stichtag 31.07.13. Online unter: <http://www.ewois.de/Statistik/user/pdfgen.php?stichtag=31.07.2013&ags=23301006&type=OG&linkags=0723301006>, [Stand: 26.08.2013].

²⁵³ Vgl. Ortsgemeinde Betteldorf: Vorstellung der Ratsmitglieder. Online unter: <http://www.betteldorf.de/buerger/gemorga.html>, [Stand: 26.08.2013].

einsleben der Ortsgemeinde Betteldorf ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern eine Mitgliedschaft in der Freizeitmannschaft, in der Freiwilligen Feuerwehr, im Skatclub, im Landfrauenverband sowie im Junggesellenverein.²⁵⁴ Der wichtigste Wirtschaftszweig ist der Gesteinabbau der Firma Scherer Baustoffe. Die liquiden Mittel der Ortsgemeinde belaufen sich zum 31.12.2012 auf 174.698,16 Euro²⁵⁵.

6.3.2 Vorstellung des Bürgerbeteiligungsprojekts

Das Bürgerbeteiligungsverfahren von Betteldorf ist kein Fallbeispiel, bei welchem die Ortsgemeinde selbst die Initiative zur Partizipation ergriff. Im Jahre 2011 legten die Verbandsgemeinden Daun, Gerolstein, Kelberg und Ulmen gemeinsam ein LEADER-Projekt zur Dorffinanzentwicklung auf, welches den Titel „DIE - Chance für das Dorf“ trägt, um die damalige Problemlage innerhalb der dortigen Dörfer zu beseitigen. Es wurden in dieser Gegend nämlich kaum mehr Abnehmer für Bauplätze gefunden, die älteren Gebäude der Dorfmitte standen ebenso wie Wirtschaftsgebäude und Scheunen immer häufiger leer und man stellte eine Überalterung der Bewohner des Ortskerns fest. Das Ziel dieses Projektes war es somit, in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Plan Lenz GmbH aus Winterspelt Strategien zur Innenentwicklung der Dörfer zu entwickeln und zu erproben.²⁵⁶ Der gesamte Ablauf sollte sich über einen Zeitraum von insgesamt 4 Jahren erstrecken. Das Projekt unterschied zwischen 4 verschiedenen Dorftypen. Unter die erste Rubrik fielen Dörfer mit weniger als 250 Einwohnern, in die zweite Rubrik Dörfer mit 250 bis 499 Einwohnern, in die dritte Rubrik Dörfer mit 500 bis 999 Einwohnern und zu der vierten Rubrik zählten Dörfer mit mehr als 1000 Einwohnern. Das Ziel dieser Typisierung war eine Vergleichbarkeit mit anderen Dörfern des entsprechenden Typs zu ermöglichen. Für diese 4 verschiedenen Dorftypen wurde dann jeweils nach einer vorherigen Bewerbungsphase ein Modelldorf ausgesucht, in welchem dann beispielhaft dieses Projekt durchgeführt werden sollte.²⁵⁷ Nach einer Bestandsaufnahme in allen Ortsgemeinden wählte der Koordinierungsrat des Projektes Betteldorf als Modelldorf des 2. Dorftyps aus, mit der Begründung, dass dieser Ort über eine große Anzahl alter Gebäude verfüge

²⁵⁴ Vgl. Ortsgemeinde Betteldorf: Betteldorf – leben im Herzen der Vulkaneifel, Broschüre, Betteldorf 2011, S. 3ff.

²⁵⁵ Verbandsgemeindeverwaltung Daun, i.A. Dietmar Krämer: Telefonische Auskunft vom 26.08.2013.

²⁵⁶ Vgl. Plan – Lenz GmbH (Hg.): DIE Chance für das Dorf, Flyer, Winterspelt 2012.

²⁵⁷ Vgl. Landkreis Vulkaneifel: Lokale Aktionsgruppe Vulkaneifel – Projekte – Die Chance für das Dorf. Online unter: <http://www.leader-vulkaneifel.de/projekte/die-projekt>, [Stand: 25.09.2013].

und dort in den kommenden 15 Jahren sehr viele Leerstände zu erwarten seien, was ein präventives Vorgehen erfordere.²⁵⁸

Das DIE-Projekt innerhalb der einzelnen Ortsgemeinden erinnert vom methodischen Ablauf her sehr an das Beteiligungsverfahren Perspektivenwerkstatt, wurde allerdings vom zuständigen Planungsbüro Lenz als Dorfwerkstatt bezeichnet. Die Leitung in Betteldorf übernahm die Chefin des Planungsbüros Frau Rosemarie Bitzigeio.

Mit der Auftaktveranstaltung am 07.11.2012 wurde die Dorfwerkstatt nun offiziell in der Gemeindehalle eröffnet. Hierzu waren im Voraus alle Bürger der Ortsgemeinde eingeladen worden sowohl durch eine Bekanntmachung im Trierischen Volksfreund²⁵⁹ als auch im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Daun.²⁶⁰ Zunächst erhielten die Bürger auf dieser Veranstaltung in Form von einer Präsentation allgemeine Informationen zum DIE-Projekt und dessen Ziele. Im zweiten Teil wurde der Fokus dann speziell auf die Ortsgemeinde Betteldorf gelegt und Frau Bitzigeio stellte den Teilnehmern die Ergebnisse der Bestandsaufnahme vor. Hierzu zählte beispielsweise die damalige Altersstruktur, die Gebäudenutzung, der Vergleich zu anderen Dörfern desselbigen Dorftyps und positive wie auch negative Eindrücke und Fotos aus Betteldorf. Des Weiteren präsentierte Frau Bitzigeio einen Blick in die Zukunft in Form von einer Worst-Case-Prognose für das Jahr 2025.

Nach dieser reinen Präsentationsphase begann nun die Arbeit in den Gruppen. Die insgesamt 40 Bürger teilten sich auf in 5 Gruppen aus je 7 Personen und sammelten dort gemeinsam Antworten auf die Fragen:

1. Was ist für mich der Wert des ländlichen Raumes, warum lebe ich im ländlichen Raum?
2. Was hält mich ganz konkret in Betteldorf?
3. Gegebenenfalls: Was hat mich dazu gebracht, ein altes Haus zu übernehmen?

²⁵⁸ Vgl. Meißner, Maren: Die Jungen gehen, die Alten bleiben, in: Trierischer Volksfreund Online vom 21.10.12. Online unter: <http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/daun/aktuell/Heute-in-der-Dauner-Zeitung-Die-Jungen-gehen-die-Alten-bleiben;art751,3319650>, [Stand: 02.09.2013].

²⁵⁹ Vgl. Trierischer Volksfreund: Betteldorfer sammeln Ideen für ihren Ort, in: Trierischer Volksfreund Online vom 06.11.2012. Online unter: <http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/daun/kurz/Kurz-Betteldorfer-sammeln-Ideen-fuer-ihren-Ort;art789,3335762>, [Stand: 03.09.2013].

²⁶⁰ Vgl. Verbandsgemeinde Daun: Bekanntmachung für die Ortsgemeinde Betteldorf: DIE - Chance für das Dorf, in: Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Daun vom 26.10.2012. Online unter: [http://www.wittich.de/index.php?id=232&tx_lw_pi2\[heftnr\]=714&tx_lw_pi2\[ort\]=Betteldorf&tx_lw_pi2\[nav\]=archiv&tx_lw_pi2\[archivausgaben\]=43-12&tx_lw_pi2\[searchtype\]=kw&tx_lw_pi2\[uid\]=118912104520](http://www.wittich.de/index.php?id=232&tx_lw_pi2[heftnr]=714&tx_lw_pi2[ort]=Betteldorf&tx_lw_pi2[nav]=archiv&tx_lw_pi2[archivausgaben]=43-12&tx_lw_pi2[searchtype]=kw&tx_lw_pi2[uid]=118912104520), [Stand: 03.09.2013].

Nach 20 Minuten wurden nun die Ergebnisse der Gruppenarbeit im gesamten Plenum vorgestellt. So wurde auf die erste Frage geantwortet, dass der Wert des ländlichen Raumes beispielsweise die Natur, die Dorfgemeinschaft, die gute Nachbarschaft oder das gesunde Klima sei. Die Antworten der Teilnehmer auf die zweiten Frage waren unter anderem, dass sie die Familie in Betteldorf halte, die Nähe zur Arbeitsstätte, das Wohneigentum, die gute Nachbarschaftshilfe, die Freizeitangebote im Umkreis oder die günstige Verkehrsanbindung. Die Ergebnisse der dritten Frage zeigten, dass diejenigen Teilnehmer, die ein altes Haus übernommen hatten, dies beispielsweise deshalb getan hatten, weil es eine Kostenersparnis bedeutete, sie die Nostalgie und den Baustil schätzten oder sie die Bürger von Betteldorf sympathisch fanden und somit vor allem in dieser Ortsgemeinde leben wollten.

Den Abschluss dieser Auftaktveranstaltung bildete ein inhaltlicher und prozessualer Ausblick auf die Arbeit in Betteldorf.²⁶¹

Die erste offizielle Dorfwerkstattssitzung fand am 23.03.2013 in Form eines ganztägigen Workshops statt. Zunächst stellte Frau Bitzigeio dort Best-Practice-Beispiele vor, was Konzepte zur Ortskernentwicklung betrifft oder aber auch die Umnutzung leerstehender Bausubstanz und im nächsten Schritt vertiefte sie die bereits in der Auftaktveranstaltung angerissenen Ergebnisse der Betteldorfer Bestandsaufnahme. Im Anschluss daran fand ein Rundgang der gesamten Teilnehmer durch den Ort statt, bei dem vor allem die Analyse des Ortskerns im Fokus stand. Zurück im Gemeindesaal begann daraufhin die Gruppenarbeitsphase, in der die Teilnehmer Entwürfe für die zukünftige Gestaltung des Ortskerns konzipierten. Zurück im ganzen Plenum wurden diese nun vorgestellt, erste Strategien entwickelt und gemeinsam Umsetzungsüberlegungen gesammelt.²⁶²

Die zweite Dorfwerkstattssitzung am 10.04.2013 wurde in Form von Gruppenarbeit durchgeführt. Hierbei beschäftigte sich die eine Gruppe zum einen mit der Herausforderung, die Lebensqualität aller Altersgruppen zu erhöhen und zum anderen damit, das Image der Ortsgemeinde sowohl nach innen als auch nach außen zu verbessern. Hierzu wurden innerhalb dieser Gruppe verschiedene Maßnahmenvorschläge erarbeitet. Zu diesen Ideen zählte beispielsweise die Gründung einer Hausbrandgemeinschaft, bei welcher junge und alte Bürger gemeinsam Brennholz machen und dies dann auch für solche Bürger zur Verfügung gestellt wird, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr dazu in der Lage sind. Ein anderer Maß-

²⁶¹ Vgl. Plan – Lenz GmbH (Hg.): Auftaktveranstaltung Betteldorf – Fotodokumentation vom 15.11.2012, Winterspelt 2012, S.1ff.

²⁶² Vgl. Plan – Lenz GmbH (Hg.): Dorfwerkstatt-Protokoll vom 23.03.2013, Winterspelt 2013, S. 1f.

nahmenvorschlag war die Verbesserung der Verkehrsanbindung durch eine Neugestaltung der Haltestelle, oder die Errichtung eines Infocenters für Anschlagmöglichkeiten der Bürger, für Wanderkarten oder Informationen der Vereine. Eine weitere Idee war die Errichtung eines öffentlichen Wohnzimmers für gemeinsames Beisammensein, Krabbelgruppentreffen, Kreativarbeit in der Gemeinschaft oder Infoabende. Die zweite Gruppe beschäftigte sich mit der Entwicklung einer Strategie, mit deren Hilfe man die Bevölkerung für die zu erwartenden Probleme sensibilisieren kann. Hierfür schlug die Gruppe folgende Maßnahmen vor: Ein Schreiben an alle Haushalte mit einer Darstellung der aktuellen problematischen Situation und eventuellen Nutzungsmöglichkeiten, des Weiteren gemeinsame Besichtigungsfahrten zu Modellprojekten und schlussendlich die Inangriffnahme eines Zukunftsprojektes für eine Wohn-gemeinschaft 50 plus.²⁶³

Die dritte Dorfwerkstattssitzung fand am 15.05.2013 statt. Im Mittelpunkt des Treffens stand diesmal die Entwicklung zweier Zukunftsvisionen. Zum einen wurde im Plenum gemeinsam erarbeitet, dass es 2030 möglichst keinen Leerstand mehr im Dorf geben sollte. Als potenzielle Strategien hierfür wurde folgende erarbeitet: Stärkung der Identifikation mit dem Dorf, häufigere Aktionen der Dorfgemeinschaft, intensivere Ortsbildpflege und eine Verbesserung der Betteldorfer Internethomepage. Die zweite entwickelte Zukunftsvision war eine Stärkung des Miteinanders und Füreinanders von Jung und Alt. Zu diesem Zweck entwickelten die Teilnehmer folgende Maßnahmen und Strategien: Das Anbieten von Patenschaften z.B. für die Denkmalpflege oder aber gemeinsame Aktionen, bei denen beispielsweise Zäune repariert oder Vorgärten älterer Mitbürger gepflegt werden könnten.²⁶⁴

Sowohl in der vierten als auch in der fünften Dorfwerkstattssitzung wurde gemeinsam im Plenum zum einen das Leitbild „Betteldorf – Leben und Wohnen mit Zukunft“ erstellt und zum anderen diskutierten die Teilnehmer über konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der bisher entwickelten Ideen.²⁶⁵ Dies soll in der nächsten Sitzung im September fortgesetzt und beendet werden. Dort wird dann auch von den Teilnehmern die abschließende Bürgerversammlung geplant.²⁶⁶

²⁶³ Vgl. Plan – Lenz GmbH (Hg.): Dorfwerkstatt-Protokoll vom 10.04.2013, Winterspelt 2013, S. 1f.

²⁶⁴ Vgl. Plan – Lenz GmbH (Hg.): Dorfwerkstatt-Protokoll vom 15.05.2013, Winterspelt 2013, S. 1f.

²⁶⁵ Vgl. Plan – Lenz GmbH (Hg.): Einladung zur Dorfwerkstatt am 08.08.2013, Winterspelt 2013.

²⁶⁶ Vgl. Plan – Lenz GmbH (Hg.): Einladung zur Dorfwerkstatt am 04.09.2013, Winterspelt 2013.

6.3.3 Theoretische Einordnung des Bürgerbeteiligungsprojekts

Bei der theoretischen Einordnung des Projektes „DIE – Chance für das Dorf“ ist ein partizipatorisch demokratiethoretischer Charakter auszumachen.

Ziel des Projektes ist es durch eine Bürgerbeteiligung besonders den Herausforderungen des demografischen Wandels und möglicher Landflucht der Bevölkerung durch Einbeziehung der Bürger entgegenzuwirken. Den Bürgern wird Gelegenheit gegeben, Handlungsvorschläge und Leitbilder zu entwickeln, welche als Input für die zukünftigen Gemeinderatsbeschlüsse anzustrebende Ziele darstellen. Dieses Projekt ermöglicht eine politische Mitwirkung der Einwohner ohne zwingend zu sein. Es ist somit als ein partizipatorisches Demokratiemodell einzuordnen.

Im Speziellen verfolgt es durch die Schaffung eines institutionellen Rahmens in Form der durch das Planungsbüro organisierten Treffen und Sitzungen den philosophischen Ansatz, da besonderen Wert auf einen offenen Diskurs zwischen den Teilnehmern gelegt wurde. Dennoch fehlt es, anders als von Habermas gefordert, auch hier an einer Verbindlichkeit der getroffenen Beschlüsse und Konzepte für den Gemeinderat. Dies lässt auch den ideengeschichtlichen Ansatz Patemans grundsätzlich ausscheiden, wobei auch in Betteldorf eine Einbeziehung der Bürger die nötigen Entscheidungen besser von diesen akzeptierbar machen sollen.

Die „DIE – Chance für das Dorf“-Projekte zielen gerade darauf ab, die Probleme des demografischen Wandels wie Leerstand von Immobilien abzumildern. Insofern sind diese grundsätzlich anwendungsbezogen, da thematisch ein klarer Rahmen abgesteckt ist. Anders als zur Lösung eines speziellen, singulären Problems, wofür der partizipatorisch, anwendungsorientierte Ansatz solche Maßnahmen als besonders geeignet ansieht, sind die Herausforderungen in diesem Beispiel jedoch insgesamt zu umfangreich.

Bei der Verfolgung spezieller Demokratisierungsstrategien zeigt sich folgendes Bild: Zwar sieht die expansive Demokratisierungsstrategie keine Anwendungsmöglichkeit auf kommunaler Ebene, jedoch werden in Betteldorf alle verfügbaren Handlungsspielräume der kommunalen Selbstverwaltung sowohl personell, planerisch, als auch finanziell und durch externe Förderungen durch die Verbandsgemeinde sowie dem Land ausgenutzt, um durch eine partizipative Lösungsfindung, den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Insofern wird dennoch ebendiese expansive Demokratisierungsstrategie verfolgt.

Für einen integrativen Demokratisierungsansatz müsste durch das Projekt eine soziale Integration politisch gefordert werden. Bei einem solchen einmaligen Projekt nehmen nur ohnehin politisch interessierte Bürger daran Teil. Eine Integration politisch Uninteressierter kann zunächst nicht erfolgen. Mit einem erfolgreichen Verlauf des Projektes ist jedoch eine Verbreitung durch Mund-zu-Mund-Propaganda dieser Beteiligungsform durch Erfahrungsberichte der Beteiligten auch bei bisher politisch Uninteressierten sehr gut denkbar. Eine aktivere Beteiligung der gesamten Dorfbevölkerung ist möglich.

Eine Effizienzsteigerung des Projekts im Bezug auf Informations-, Koordinierungs- sowie Verhandlungskosten wird hingegen nicht erreicht. Die Kosten für die Betreuung des Projektes durch das externe Planungsbüro sind von der Ortsgemeinde Betteldorf alleine nicht aufzubringen und es bedarf der Subventionierung durch die Verbandsgemeinde und dem Land Rheinland-Pfalz.

6.3.4 Erfolgsmessung

Zunächst ist es für eine objektive Messung des Erfolgs einer solchen partizipativen Bürgerbeteiligung notwendig, einem festen Analyserahmen zu folgen. Hier werden die von Brigitte Geißel aufgestellten Kriterien geprüft. In Betteldorf wurden 15 der ca. 20 Teilnehmer befragt.

Für die Betrachtung der Inputlegitimität ist danach zu fragen, ob das Projekt die Partizipation isolierter Gruppen fördert. Hier kämen Neubürger der Ortsgemeinde aber auch Jugendliche in Betracht. Zwar gab es bei der Auftaktveranstaltung mit knapp 40 Besuchern ein reges Interesse, bei den weiteren Veranstaltungen konnten knapp 20 Bürger für eine Teilnahme gewonnen werden. Unter den Befragten lag das Durchschnittsalter mit 55,93 Jahren über dem Dorfdurchschnitt. Der jüngste Teilnehmer war 44 Jahre alt. 26,7% der Teilnehmer waren weiblich.²⁶⁷ 46,7% der Beteiligten waren im Angestelltenverhältnis tätig.²⁶⁸ Somit kann festgestellt werden, dass das Projekt in Betteldorf gerade die jüngere Bevölkerung und auch Frauen nicht erreichen konnte. Eine stärkere Partizipation dieser Gruppen ist somit nicht festzustellen. In dem von mir mit dem Ortsbürgermeister geführten Interview wird von diesem jedoch besonders herausgehoben, dass auch viele Neuzugezogene sich an der Dorfwerkstatt beteiligt hätten.

²⁶⁷ Eigene Erhebung: Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 1 und 2.

²⁶⁸ Eigene Erhebung: Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 14.

ten, was für eine verstärkte Partizipation dieser Bürger sprechen würde.²⁶⁹ In der empirischen Untersuchung zeigt sich jedoch, dass von den befragten Personen nur eine weniger als 20 Jahre in der Ortsgemeinde lebt und der Mittelwert bei 47,93 Jahren Wohndauer in der Ortsgemeinde liegt. Diese Einschätzung hält somit der empirischen Überprüfung nicht stand. Die in Betteldorf durchgeführte Dorfwerkstatt fördert somit nicht die Partizipation isolierter Gruppen.

Für die Messung der informellen und auch formellen Qualität der Maßnahme bedarf es eines fairen Ablaufs und nötiger Transparenz. Was letztere anbelangt so ist festzustellen, dass das gesamte Verfahren durchweg möglichst transparent gestaltet wurde. Das betreuende Planungsbüro erstellte Zusammenfassungen jeder Zusammenkunft und fasste Zwischenergebnisse ab. Selbige wurden sodann sowohl auf der Internetseite der Ortsgemeinde²⁷⁰, als auch in Ausschnitten im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Daun veröffentlicht.

Was den Ablauf anbelangt so zeigt sich, dass bereits 80% der Befragten zufrieden oder recht zufrieden sind.²⁷¹ Besonders auf die eigenen Meinungen wurde nach Angabe der Befragten Rücksicht genommen. 93,3% der Befragten sehen diese zumindest recht gut berücksichtigt.²⁷² Der Ablauf wurde somit in ganz überwiegender Mehrheit als gelungen bezeichnet. Dies spiegelt sich auch in den Einschätzungen des Ortsbürgermeisters wider.²⁷³

Fraglich ist jedoch, ob die Dorfwerkstatt Betteldorf auch eine effektive Leistungserbringung aufweist. Die genauen Kosten des Projektes sind intransparent, da die Dorfwerkstatt durch das DIE-Projekt gefördert wird.²⁷⁴ Vergleichbare Projekte wie das Projekt in Katzwinkel belaufen sich jedoch auf ca. 12.000 Euro. Der staatliche Aufwand ist somit beträchtlich. Als verzei-chenbarer Output demgegenüber steht zunächst eine bisher nur teilweise umgesetzte Prioritätenliste, wobei das Verfahren auch noch nicht ganz abgeschlossen ist. Ein Dorfwohnzimmer ist geplant und ein Leitbild für die Ortsgemeinde wurde erstellt. Das von vielen Beteiligten gewünschte Ziel, Betteldorf an die Buslinie 300 anbinden zu können, ist noch nicht erreicht worden.²⁷⁵ Hierfür fehlt es der Ortsgemeinde selbst jedoch an den nötigen Kompetenzen.

²⁶⁹ Vgl. Michels, Werner: Interview vom 25.08.2013, Anhang, Anlage 1, Betteldorf 2013, S. 2 (im Folgenden zitiert als: Werner Michels).

²⁷⁰ Vgl. Ortsgemeinde Betteldorf: Projektvorstellung DIE Chance für das Dorf. Online unter: <http://www.betteldorf.de/aktuell/DIE/DIE.html>, [Stand 25.09.2013].

²⁷¹ Eigene Erhebung: Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 7.

²⁷² Eigene Erhebung: Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 9.

²⁷³ Vgl. Werner Michels, a.a.O., S. 2.

²⁷⁴ Verbandsgemeindeverwaltung Daun, i.A. Matthias Brauns: Telefonische Auskunft vom 26.09.2013.

²⁷⁵ Vgl. Ibid, S. 3.

Folglich ist eine abschließende Betrachtung noch nicht möglich. Aus den Umfragen lässt sich diesbezüglich ableiten, dass 26,6% der Beteiligten nicht oder nur sehr mäßig von den bisherigen Ergebnissen überzeugt sind.²⁷⁶ Auch der Ortsbürgermeister ist zwar zufrieden mit den bisherigen Ergebnissen, jedoch skeptisch, ob alle gesteckten Ziele erreicht werden können.²⁷⁷ Eine effektive Leistungserbringung ist vor dem Hintergrund der hohen Kosten der Dorfwerkstatt und der teilweise nicht im Handlungsfeld der Ortsgemeinde liegenden Ziele, daher nicht zu erwarten. Dennoch würden 80% der Befragten erneut an einem solchen Projekt teilnehmen, wobei eine Mehrheit von 60% angibt, dass es keiner zusätzlichen Bürgerbeteiligungsprojekte bedürfe.²⁷⁸

Hervorzuheben ist dennoch, dass besonders im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Verwaltung, - die Initiative zum DIE-Projekt stammt wie bereits erläutert aus der Verbandsgemeindeverwaltung - Kommunalpolitik und den Bürgern Betteldorfs eine Stärkung des Sozialkapitals entsteht. Zudem wurden die Bürger für die Probleme des demographischen Wandels sensibilisiert. In der Auswertung der Einschätzungen des Ortsbürgermeisters und der befragten Teilnehmer zeigt sich zudem, dass 86,7% angeben, durch die Dorfwerkstatt eher toleranter im Bezug auf andere Meinungen und Anliegen geworden zu sein.²⁷⁹ Das Projekt in Betteldorf fördert somit nachweislich die demokratische Qualifizierung seiner Teilnehmer. Es schöpft Sozialkapital, bleibt jedoch bei einer effektiven Leistungserbringung hinter den geforderten Zielen zurück.

6.4 Praxisbeispiel Katzwinkel

6.4.1 Die Ortsgemeinde Katzwinkel stellt sich vor

Die Ortsgemeinde Katzwinkel liegt ebenfalls wie die zuvor vorgestellte Ortsgemeinde im Landkreis Vulkaneifel, allerdings im Südwesten der Verbandsgemeinde Kelberg. Direkt nördlich von Katzwinkel liegt die Stadt Kelberg, der östliche Nachbar ist die Ortsgemeinde Ueß und im Süden liegt die Ortsgemeinde Hörschhausen. Westlich grenzt Katzwinkel an Beinhäusen und Sarmersbach. Letztere Ortsgemeinde ist allerdings Teil der Verbandsgemeinde Daun. Die nächst größeren Städte in der Umgebung von Katzwinkel sind zum einen die Kreisstadt Daun mit einer Entfernung von ca. 14 Kilometern, die Stadt Cochem ist ca. 43 Kilometer ent-

²⁷⁶ Eigene Erhebung: Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 7.

²⁷⁷ Vgl. Werner Michels, a.a.O., S. 4.

²⁷⁸ Eigene Erhebung: Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 11 und 12.

²⁷⁹ Eigene Erhebung: Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 10.

fernt und bis nach Mayen sind es ungefähr 48 Kilometer. Die Gemarkung von Katzwinkel umfasst insgesamt 385 Hektar, wovon mehr als ein Drittel Waldgebiet ist und 145 Einwohner leben momentan in der Ortsgemeinde, 81 männliche und 64 weibliche. Die Altersgruppenstatistik verzeichnet derzeit folgende Verteilung: 26 Kinder und Jugendliche, welche bis zu 19 Jahre alt sind, leben in Katzwinkel. 30 Einwohner sind zwischen 20 und 39 Jahre alt, 48 zwischen 40 und 59 Jahre sowie 32 Einwohner zwischen 60 und 79 Jahre. 9 Bürger sind aktuell älter als 80 Jahre.²⁸⁰

Der Ortsbürgermeister von Katzwinkel ist Manfred Lenartz, welcher bereits seit 2 Legislaturperioden im Amt ist. Der Ortsgemeinderat setzt sich aus einem Beigeordneten sowie 5 weiteren Ratsmitgliedern zusammen. Die Vereinskultur der Ortsgemeinde Katzwinkel bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich im ortsansässigen Musikverein, in der Feuerwehr oder in der Gymnastikgruppe zu engagieren. Ebenso wird im Gemeindesaal regelmäßig seit 1979 an jedem ersten Mittwochnachmittag im Monat für die Frauen aus der Ortsgemeinde ein Kaffeetreff organisiert. Speziell die Dorfjugend wird in das Ortsleben integriert, indem man traditionell die Brauchtümer des Dorfes gemeinsam fortführt. Hierzu zählt beispielsweise unter anderem das gemeinsame Maibaumaufstellen, das Eiersingen an Pfingsten oder die Organisation des Martinsfeuers am 11. November.²⁸¹ Die liquiden Mittel der Ortsgemeinde Katzwinkel belaufen sich zum 31.12.2012 auf 90.626,70 Euro²⁸².

6.4.2 Vorstellung des Bürgerbeteiligungsprojekts

Bereits seit dem Jahre 1999 verfügt die Ortsgemeinde Katzwinkel über ein qualifiziertes Dorferneuerungskonzept. Gemeinsam mit dem Planungsbüro Stadt-Land-Fluss wurde damals ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, welcher sich vor allem auf die Schwerpunktbereiche „Straße und Wege, öffentliche Einrichtungen, Anlagen und Freiflächen“, „Begrünung und Dorfökologie“, „Erhaltung der charakteristischen Baustruktur“ sowie „Maßnahmen im kulturellen und sozialen Bereich“ bezieht. Hiermit wurde die Ortsgemeinde in das Dorferneuerungsprogramm des Bundeslandes Rheinland-Pfalz aufgenommen und innerhalb von 10 Jahren konnten bereits 8 Punkte des Maßnahmenkataloges umgesetzt werden.

²⁸⁰ Vgl. Gemeindestatistik Katzwinkel, Stichtag 31.07.13. Online unter: <http://www.ewois.de/Statistik/user/pdfgen.php?stichtag=31.07.2013&ags=23304037&type=OG&linkags=0723304037>, [Stand: 26.08.2013].

²⁸¹ Vgl. Ortsgemeinde Katzwinkel: Der Ort – Gemeinderat. Online unter: http://www.katzwinkel-vulkaneifel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=109&Itemid=71, [Stand: 26.09.2013].

²⁸² Verbandsgemeindeverwaltung Kelberg, i.A. Karin Ternes: Telefonische Auskunft vom 26.08.2013.

2011 wurde dann vom Ortsgemeinderat beschlossen, eine Dorfmoderation durchzuführen, um zukünftige Maßnahmenprioritäten gemeinsam mit den Bürgern zu erarbeiten. Dieses Beteiligungsprojekt wurde ebenfalls vom Bundesland Rheinland-Pfalz gefördert und es galt zunächst, die Interessenschwerpunkte der Bürger zu erfragen, Probleme und Defizite aufzudecken und letztendlich einzelne Lösungsansätze zu prüfen. Hierbei sollte besondere Aufmerksamkeit den Kindern und Jugendlichen sowie den Senioren gewidmet werden. Durchgeführt wurde diese Moderation von der Diplom-Ingenieurin Claudia Kolle, die als Raum- und Umweltplanerin für das Ingenieur- und Stadtplanungsbüro Dr. Sprengnetter und Partner arbeitet.

Mit der Auftaktveranstaltung am 29.11.2011 begann das Bürgerbeteiligungsverfahren in Katzwinkel. Gemeinsam mit allen Anwesenden wurden dort zunächst die subjektiv empfundenen Schwächen und Stärken der Ortsgemeinde gesammelt, worauf im nächsten Schritt die Ermittlung der Themenschwerpunkte der Bürger folgen konnte. Auch die Kinder wurden hierbei in die Zusammenarbeit miteinbezogen. Diese gesammelten Themenfelder wurden einzelnen Arbeitskreisen zugeordnet und die Anwesenden konnten demnach frei entscheiden, mit welchem Schwerpunkt sie sich in der folgenden Gruppenarbeitsphase näher beschäftigen wollten. Dort galt dann der Arbeitsauftrag, die erhobenen Schwächen und Stärken zu analysieren und diesbezüglich Lösungsansätze zu erörtern. Insgesamt bildeten sich in dieser Phase 4 verschiedene Arbeitskreise:

- Arbeitskreis 1 Kinder und Jugend
- Arbeitskreis 2 Ortsbild, Wohnen und Sonstiges
- Arbeitskreis 3 Freizeit und Vereine, Natur und Landschaft
- Arbeitskreis 4 (Nah-) Verkehr, Infrastruktur, Senioren

Nach dieser Auftaktveranstaltung fanden bis zum Juni 2012 insgesamt 7 Veranstaltungen jeweils zu einem dieser Arbeitskreise statt, in denen sich die Bürger themenspezifisch aktiv einbringen konnten.

So trafen sich zunächst am 17.01.2012 die Teilnehmer des Arbeitskreises 1, um gemeinsam zum Thema „Kinder und Jugend“ eine Bestandsaufnahme der Interessenschwerpunkte durchzuführen. Dort wurde in Zusammenarbeit mit den Kindern und Jugendlichen aus Katzwinkel der Handlungsbedarf geklärt. In einer weiteren Veranstaltung zu diesem Arbeitskreis fand dann am 15.03.2012 ein Arbeits-Workshop zum Thema „Organisation von Jugendraum und

Brauchtumsfesten“ statt. Auch hier wurden die Jugendlichen wieder in die Ideensammlung miteinbezogen.

Der Arbeitskreis 3 traf sich zum ersten Mal am 28.02.2012. Dort bewerteten die Teilnehmer die gesammelten Anregungen aus der Auftaktveranstaltung und erarbeiteten einzelne Projektideen zum Thema „Freizeit und Vereine, Natur und Landschaft“. Ein zweites Mal traf sich dieser Arbeitskreis am 19.04.2012 zum Planungs-Workshop „Freizeitrelevante Einrichtungen und Veranstaltungen“.

Der Arbeitskreis 4 „(Nah-) Verkehr, Infrastruktur, Senioren“ bewertete die Anregungen aus der Auftaktveranstaltung am 02.02.2012 und erarbeitete ebenso wie die anderen Arbeitskreise erste Lösungsansätze. In diesem Rahmen wurde dann zur sozialen Daseinsvorsorge eine Seniorenbefragung vorbereitet. Innerhalb der zweiten Veranstaltung dieses Arbeitskreises am 21.06.2012 wurde die inzwischen durchgeführte Befragung ausgewertet und hieraus Projektideen abgeleitet.

Der Arbeitskreis 2, gegründet bezüglich des Themas „Ortsbild, Wohnen und Sonstiges“ traf sich zum ersten Mal am 10.04.2012. Im Rahmen einer Ortsbegehung konnten unterschiedliche Maßnahmenideen geklärt und Handlungsansätze von den Teilnehmern geprüft werden. Währenddessen wurden Projektideen gesammelt.

Der Ortsgemeinderat beschäftigte sich parallel zum Moderationsverfahren vor allem mit den Ergebnissen der Umfrage zur sozialen Daseinsvorsorge, so wurden diese nämlich in einer Gemeinderatsitzung am 04.06.2012 erörtert. Die Dorfmoderatorin systematisierte die bisherigen Zwischenergebnisse und stellte aus diesen ein Maßnahmenkonzept zusammen, welches der Ortsgemeinderat von Katzwinkel am 26.09.2012 erörterte.

Am 22.11.2012 wurden den Dorfbewohnern in einer Abschlussveranstaltung zunächst die Maßnahmen und Ideen aus den Arbeitskreisen vorgestellt. In einem weiteren Schritt konnten die anwesenden Bürger diese dann mittels einer Punktbewertung gewichten. Hieraus ergab sich folgende Prioritätenliste für kurzfristig realisierbare Handlungsfelder:

1. Dörfliche Veranstaltungen (Traditionspflege, Spiel, Spaß, Geselligkeit)
2. Schaffung eines Feuchtwiesenbereiches
3. Stärkung und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit
4. Neugestaltung des „Rondells“ (in der Ortsmitte)
5. mehr Jugendarbeit

Daraus ergaben sich dann wiederum Hinweise für den Ortsgemeinderat bezüglich der Interessenlage innerhalb der allgemeinen Bevölkerung.²⁸³

6.4.3 Theoretische Einordnung des Bürgerbeteiligungsprojekts

Um für das Beteiligungsprojekt in Katzwinkel zunächst ganz generell eine partizipatorisch demokratiethoretische Einordnung treffen zu können müsste dieses Projekt gerade die politische Einflussnahme der Bürger auf Entscheidungsprozesse steigern.

Vorliegend sollte durch die Bildung von Arbeitskreisen und den hierin gefundenen Ergebnissen dem Ortsgemeinderat und der Ortsgemeinde ganz allgemein ein Handlungsvorschlag gemacht werden. Diese Vorschläge stellen gerade einen politischen Input durch die Bürger im Bezug auf den Ortsgemeinderat dar, ohne jedoch selbst zwingend sein zu können. Die so gefundenen Ergebnisse stellen mithin eine partizipatorische Einflussnahmemöglichkeit dar. Ordnet man nun das Bürgerbeteiligungsprojekt der Ortsgemeinde Katzwinkel in den zu Beginn vorgestellten theoretischen Rahmen der partizipativen Demokratietheorie ein, so kann festgehalten werden, dass in diesem Fallbeispiel der philosophische Ansatz zumindest tendenziell verfolgt wurde. Die Ergebnisse entstanden nämlich zum einen aus einem diskursiven gesellschaftlichen Prozess heraus. Zum anderen war dieser Diskurs offen gestaltet, da gleich zu Beginn eine Auftaktveranstaltung einberufen wurde, zu der jeder einzelne Bürger, einschließlich den Kindern und Jugendlichen, eingeladen war. Diese konnten sich dann bei den folgenden Arbeitskreisen engagieren und somit an den themenspezifischen Diskursen vollkommen gleichberechtigt teilnehmen. Dass Jürgen Habermas Konzept allerdings nur teilweise angewandt worden ist, beruht schon allein auf der Tatsache, dass der Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Katzwinkel nicht an die Ergebnisse aus dem Verfahren gebunden ist und es sich grundlegend lediglich um eine umfangreichere Meinungsumfrage innerhalb der Bevölkerung handelt.

Was den anwendungsorientierten Ansatz betrifft, so lässt dieser im Beteiligungsverfahren von Katzwinkel wenig Parallelen erkennen. Es ist zwar insofern fallbezogen, als dass es sich thematisch um das Dorferneuerungsprogramm dieser einzelnen Ortsgemeinde handelt, allerdings geht es in diesem Rahmen keineswegs um ein spezielles Handlungsprojekt. Selbst wenn man das Projekt, wohl lebensfern und rein dogmatisch, aus Einzelprojekten, bestehend aus den

²⁸³ Vgl. Dr. Sprengnetter und Partner (Hg.): Abschlussbericht zur Dorfmoderation in der Ortsgemeinde Katzwinkel, Brohl-Lützing 2012, S. 2ff.

jeweiligen Arbeitskreisen zusammensetzt, so lassen die Themen großen Freiraum zur Ideensammlung und die Bürger können allgemeine Umgestaltungsmöglichkeiten in die Diskussionen einbringen. Dies ist auch ersichtlich an den letztendlichen Ergebnissen aus den Arbeitskreisen. Hier zeigt sich nämlich ein breites Spektrum an unterschiedlichen Handlungsfeldern und es geht nicht um die Lösung eines spezifischen Problems, welches es in Katzwinkel zu beseitigen galt.

Der ideengeschichtliche Ansatz nach Carole Pateman kann schon allein aus dem Aspekt nicht als theoretisches Vorbild gegolten haben, da die Mitglieder des Ortsgemeinderates von Katzwinkel, wie bereits erwähnt, in keinem Fall an die Ergebnisse der Arbeitskreise gebunden sind. Es findet jedoch gerade Patemans Ansatz einer besseren Vermittelbarkeit der Entscheidungen zwischen Staat und Bürger statt, da die Bürger, genau wie von ihr gefordert, stärker in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Was die Einordnung in die drei verschiedenen Demokratisierungsstrategien betrifft, so könnte die expansive Demokratisierungsstrategie grundsätzlich von vornherein ausgeschlossen werden. Diese sieht nämlich derzeit keinerlei Anwendung auf der kommunalen Ebene vor, da das politische System den einzelnen Ortsgemeinden zu geringe Möglichkeiten zur kollektiven Selbstbestimmung einräumt. Jedoch sind gerade in dem, wenn auch kleinen, Bereich der kommunalen Selbstverwaltung eine Demokratisierung und eine politische Partizipation auf rationaler Basis möglich. Dies zeigt sich am Beispiel Katzwinkels. Im Rahmen der finanziellen und kompetenzrechtlichen Spielräume der Ortsgemeinde, werden so Projekte bewusst mittels partizipativer Lösungen durchgeführt. Es findet also mithin, wenn auch in kleinem Maße, eine expansive Demokratisierung statt.

Einzigster Anhaltspunkt für eine integrative Demokratisierungsstrategie wäre, dass eine soziale Integration politisch gesteuert worden wäre. Die Teilnehmer des Projektes sind zwar insofern heterogen, als dass sie in ihren verfolgten Zielen und Erwartungen an das Projekt höchst unterschiedlich sind. Dennoch ist ihnen das Interesse an der Gestaltung Katzwinkels gemein. Eine Integration uninteressierter Bürger findet durch ein solch einmaliges Projekt gerade nicht statt. Für weitere Projekte ähnlicher Art ist dieses jedoch nicht auszuschließen.

Fraglich ist weiter, ob auch eine effizienzorientierte Demokratisierung auszumachen ist. Hierfür wäre die Senkung von Informations-, Verhandlungs- sowie Koordinationskosten notwendig. Das Projekt in Katzwinkel ist jedoch zum einen kostenintensiv, zum anderen werden die Entscheidungsfindungen gerade nicht verkürzt. Ohne eine solche Beteiligung der Bürger wäre

lediglich ein Beschluss des Ortsgemeinderates notwendig. Eine Effizienzsteigerung im Hinblick auf die Demokratisierung ist somit nicht erkennbar.

6.4.4 Erfolgsmessung

Das Bürgerbeteiligungsprojekt in Katzwinkel erfreute sich bei seiner Auftaktveranstaltung ganz außerordentlicher Beliebtheit. Von den etwa 150 Einwohnern sind hier fast 60 Interessierte vor Ort gewesen. Zu den darauffolgenden Veranstaltungen trafen sich in den gebildeten Arbeitskreisen ca. 20 Teilnehmer von denen 14 befragt werden konnten. Bei einer objektiven Erfolgsmessung zeigt sich hierbei folgendes Ergebnis.

Erfolgreiche partizipative Beteiligungsinstrumente sollten zunächst eine hohe Inputlegitimität aufweisen. Auch bei diesem Projekt müsste somit gerade die Partizipation isolierter Bevölkerungsschichten gefördert werden. Auf kommunalpolitischer Ebene kommen hier wieder besonders Neubürger der Ortsgemeinden sowie die Dorfjugend in Betracht. Die befragten Teilnehmer waren im Schnitt 44,79 Jahre alt²⁸⁴ und nur 35,7% der Teilnehmer waren weiblich²⁸⁵. Bemerkenswert ist jedoch, dass 28,6% der Beteiligten nicht älter als 20 Jahre waren.²⁸⁶ Das Projekt in Katzwinkel hat hier mit seinem Arbeitskreis 1 „Kinder und Jugend“ einen Schwerpunkt auf die Beteiligung der Jugend gelegt. Diese wurde auch in die Umsetzung der Ziele aus dem Projekt, zum Beispiel der Ausrichtung eines Polterabends gezielt eingebunden. Zudem nahm auch ein zugezogener Niederländer an der Moderation teil.²⁸⁷ Zumindest bei diesen Gruppen gelingt es, diese für eine Dorfmoderation einbinden zu können. Dennoch liegt die durchschnittliche Wohndauer der Teilnehmer in Katzwinkel bei immer noch 28,79 Jahren.²⁸⁸ Festzustellen ist zudem, dass nach Einschätzung des Ortsbürgermeisters bisher unbeteiligte Dritte wohl auch nicht für ein ähnliches Projekt gewonnen werden können.²⁸⁹ Das Beteiligungsprojekt in Katzwinkel fördert somit zumindest im Bezug auf die Jugend und die Zugezogenen die Partizipation.

Was die informelle und auch formelle Qualität der Dorfmoderation anbelangt, so sollte auch hier für einen Erfolg ein fairer Ablauf mit der nötigen Transparenz erfolgt sein.

²⁸⁴ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 2.

²⁸⁵ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 1.

²⁸⁶ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 2.

²⁸⁷ Vgl. Lenartz, Manfred: Interview vom 01.09.2013, Anhang, Anlage 1, Katzwinkel 2013, S. 4 (im Folgenden zitiert als: Manfred Lenartz).

²⁸⁸ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 3.

²⁸⁹ Vgl. Manfred Lenartz, a.a.O., S. 5.

Das Dorfmoderationsverfahren in Katzwinkel zeigt sich, wie auch schon die Maßnahme in Betteldorf, als sehr transparent. Das begleitende Ingenieurbüro Dr. Sprengnetter & Partner fertigte wiederum umfangreiches Infomaterial zur Moderation und den Ergebnissen an. Dieses Material stand sodann zur freien Ansicht auf der Homepage der Ortsgemeinde und wurde teilweise über zweitausend Mal abgerufen.²⁹⁰ Zudem wurde es in Auszügen im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Daun abgedruckt.

Was den Ablauf anbelangt so zeigt sich, dass 71,1% der Befragten mit dem Ablauf zufrieden oder recht zufrieden sind.²⁹¹ Auf die eigenen Meinungen wurde nach Angabe der Befragten Rücksicht genommen. 85,7% der Befragten sehen diese zumindest recht gut berücksichtigt.²⁹² Eine rationale Debatte war somit größtenteils möglich, wobei in einigen Punkten auch keine Einigkeit erzielt werden konnte. Besonders in dem Arbeitskreis „Senioren“ gab es von den eigentlich Betroffenen nur wenig Rückantwort.²⁹³ Die deliberative Qualität der Dorfmoderation konnte so nicht die zu anfangs gestellten, teilweise als euphorisch beschriebenen Ansprüche in Gänze erfüllen.²⁹⁴

Mit Blick auf die Effektivität der Leistungserbringung durch das Instrument der Dorfmoderation in Katzwinkel muss zunächst festgestellt werden, dass sich die Gesamtkosten auf 12.000€ belaufen. Hiervon werden 3.000€ von der Ortsgemeinde selbst getragen.²⁹⁵ Der staatliche finanzielle Aufwand ist auch hier beträchtlich. Als Ergebnis aus der am 22.11.2012 abgeschlossenen Dorfmoderation liegt zunächst ein mehrere Seiten starker Maßnahmenkatalog für die Ortsgemeinde Katzwinkel vor, der in den einzelnen Arbeitskreisen ausgearbeitet wurde mit mehr als 20 Einzelvorschlägen. Zudem wurde ein Motto und Leitbild für die zukünftige Dorfentwicklung gefasst – „Leben unter Freunden“. 64,3% der Teilnehmer sind mit dem Ergebnis zumindest grundsätzlich zufrieden, während 78,6% der Befragten sich vorstellen könnten erneut an einem solchen partizipatorischen Beteiligungsprojekt teilnehmen zu können.²⁹⁶ 42,9% der Befragten forderten keine zusätzlichen partizipatorischen Beteiligungsmöglichkeiten.²⁹⁷

²⁹⁰ Vgl. Ortsgemeinde Katzwinkel: Dorfmoderation – Dorfentwicklung. Online unter: http://www.katzwinkel-vulkaneifel.de/index.php?option=com_content&view=category&id=57&Itemid=129, [Stand 25.09.2013].

²⁹¹ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 7.

²⁹² Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 9.

²⁹³ Vgl. Manfred Lenartz, a.a.O., S.3.

²⁹⁴ Vgl. Ibid, S.4.

²⁹⁵ Vgl. Ibid. S.5.

²⁹⁶ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 8, 11.

²⁹⁷ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 12.

Bei genauerer Betrachtung dieser Ergebnisse zeigt sich jedoch, dass mehr als 10 Monate nach Abschluss der Moderation grundsätzlich bis auf eine von der Dorfjugend mitgestaltete Dorfchronik, die teilweise bereits während den Arbeitskreistreffen begonnen wurde, keiner dieser Vorschläge umgesetzt worden ist. Lediglich ein Polterabend wurde im Rahmen der Brauchtumspflege nach 12 Jahren nochmals durch die Dorfgemeinschaft mitgestaltet. Weder die Vorschläge zur Verbesserung des Ortsbildes, der Vereinslandschaft, Infrastruktur oder der Freizeitangebote konnten realisiert werden. Viele der gefassten Vorschläge sind nach Angabe des Maßnahmenkataloges nur durch Fachplanung umzusetzen. Keiner der Vorschläge enthält zudem Finanzierungsaspekte. Es wurde „*viel Gedankengut gesammelt*“²⁹⁸, dessen Umsetzung lässt sich jedoch bei genauer Betrachtung als ungewiss bezeichnen. Mit diesem Hintergrund ist daher eine effektive Leistungserbringung durch die Dorfmoderation in weite Ferne gerückt.

Zwar wird auch die Dorfmoderation in Katzwinkel durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert, sodass die Zusammenarbeit der Ortsgemeinde mit anderen Stellen der Verwaltung gefördert wird und es zu einer Stärkung des Sozialkapitals bei den Beteiligten kommt. Jedoch geben nur 42,9% der befragten Teilnehmer an, dass sie im Bezug auf andere Meinungen zumindest eher toleranter durch die Dorfmoderation geworden seien.²⁹⁹

Somit ist der Erfolg der Dorfmoderation in Katzwinkel aus Sicht einer Steigerung der demokratischen Qualifizierung der Teilnehmer ebenfalls nur sehr mäßig und bleibt bei der objektiven Zielerreichung gänzlich hinter den Erwartungen zurück. Dies spiegelt sich bemerkenswerter Weise nur mit einiger Diskrepanz in der subjektiven Erfolgseinschätzung seiner Teilnehmer wieder.

6.5 Praxisbeispiel Strohn

6.5.1 Die Ortsgemeinde Strohn stellt sich vor

Die Ortsgemeinde Strohn mit ihren beiden Ortsteilen Sprink und Trautzberg liegt im Landkreis Vulkaneifel, im Südosten der Verbandsgemeinde Daun. Direkt im Norden grenzt sie an die Ortsgemeinde Gillenfeld, im Osten an die Ortsgemeinde Strotzbüsch und im Süden an die Ortsgemeinde Mückeln. Westlich von Strohn ist die Ortsgemeinde Wallscheid gelegen, wel-

²⁹⁸ Manfred Lenartz, a.a.O., S. 4.

²⁹⁹ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 10.

che allerdings dem Landkreis Bernkastel-Wittlich angehört. Strohn liegt ungefähr in der Mitte der beiden Kreisstädte Wittlich und Daun. So ist die Ortsgemeinde ca. 20 Kilometer von ersterer entfernt und bis nach Daun sind es ungefähr 23 Kilometer Fahrt. Die Gesamtfläche von Strohn beträgt 860 Hektar.³⁰⁰

Innerhalb dieser Ortsgemeinde leben aktuell 512 Einwohner, wovon 261 männlich und 251 weiblich sind. 87 Kinder und Jugendliche bis zu 19 Jahre leben hier. 105 Einwohner sind zwischen 20 und 39 Jahre, 155 zwischen 40 und 59 Jahre und 137 zwischen 60 und 79 Jahre. Über 80-jährige Bürger leben in Strohn zurzeit insgesamt 28. Was die Religionszugehörigkeit der Menschen betrifft, so zeichnet sich auch in dieser Ortsgemeinde ein relativ homogenes Bild. Die absolute Mehrheit von 440 Einwohnern gehört der römisch-katholischen Kirche an, 30 Bürger sind evangelisch, 40 gemeinschaftslos und nur 2 Personen gehören einer sonstigen Kirche an.³⁰¹

Der jetzige Ortsbürgermeister Alois Pohlen ist bereits seit 4 Legislaturperioden im Amt. Der Ortsgemeinderat besteht aus den ersten und zweiten Beigeordneten, Alois Hayer und Dietmar Daniel, sowie 10 weiteren Ratsmitglieder. Die Vereinslandschaft von Strohn bietet den Bürgern vielfältige Möglichkeit, sich innerhalb der Ortsgemeinde zu engagieren. So findet man hier beispielsweise eine Square Dance Gruppe, einen Bauern- sowie einen Wasser- und Bodenverband, den Eifelverein, die Freiwillige Feuerwehr mit ihrer Jugendfeuerwehr, die Karnevalsgesellschaft Strohn, den Landfrauenverband, den Männergesangverein Liederkranz, den Möhnenverein, einen Radfahrertreff sowie den Sportverein Grün-Weiß-Strohn.³⁰² Die liquiden Mittel der Ortsgemeinde Strohn belaufen sich zum 31.12.2012 auf 2.985.401,51 Euro³⁰³. Wichtigster Wirtschaftszweig von Strohn ist eindeutig der Lavaabbau, weswegen die Ortsgemeinde auch unter dem Namen das *Lavadorf* bekannt ist.³⁰⁴ Des Weiteren gibt es in Strohn den Bauernhof Otten mit seinem Hofladen, das Bistro *Vulkanhaus*, das IT-Unternehmen *correctIT*, eine Hundezucht, eine Fußpflege, das Gasthaus Zur Linde, eine Imkerei, einen Reifenhändler, einen Multimedia-Service sowie eine Blumenbinderei.³⁰⁵ Aus der bereits angedeuteten Lage Strohns in die Lavaberge resultiert auch eine weitere wichtige Einnahmequelle des

³⁰⁰ Vgl. Verbandsgemeindeverwaltung Daun: Ortsgemeinden – Strohn., Online unter: <http://www.vgv-daun.de/InternetDeutsch/med/3a6/3a609908-c410-8113-780e-5164c48b23a9,11111111-1111-1111-1111-111111111111.pdf>, [Stand: 26.08.13] (im Folgenden zitiert als: Verbandsgemeindeverwaltung, Strohn).

³⁰¹ Vgl. Gemeindestatistik Strohn, Stichtag 31.07.13. Online unter: <http://www.ewois.de/Statistik/user/pdfgen.php?stichtag=31.07.2013&ags=23301070&type=OG&linkags=0723301070>, [Stand: 26.08.2013].

³⁰² Vgl. Ortsgemeinde Strohn: Vereine. Online unter: <http://strohn.de/navigation/index.php>, [Stand: 26.08.13].

³⁰³ Verbandsgemeindeverwaltung Daun, i.A. Dietmar Krämer: Telefonische Auskunft vom 26.09.2013.

³⁰⁴ Vgl. Verbandsgemeindeverwaltung, Strohn, a.a.O.

³⁰⁵ Vgl. Ortsgemeinde Strohn: Wirtschaft. Online unter: <http://strohn.de/navigation/index.php>, [Stand: 26.08.13].

Dorfes, nämlich der Tourismus. So können heute noch Relikte aus der Zeit der Vulkantätigkeit vor ungefähr 12.000 Jahren besichtigt werden, beispielsweise die 120 Tonnen schwere Lavabombe, die Lavaspaltenwand, die *Strohner Schweiz* und das *Strohner Märchen*, welches in dieser Art deutschlandweit das einzige Hochmoor ist.³⁰⁶ Insgesamt 8 Ferienwohnungen und Gästehäuser bieten den Besuchern der Region Unterkunftsmöglichkeiten.³⁰⁷

6.5.2 Vorstellung des Bürgerbeteiligungsprojekts

Beim Bürgerbeteiligungsverfahren in der Ortsgemeinde Strohn war es der Ortsgemeinderat, der die Initiative ergriff und von dem der Vorschlag gemacht wurde, die Bürger bei einer anstehenden Planung des Projektes und bei dessen Umsetzung partizipieren zu lassen. So wurde innerhalb des Ortsgemeinderates bereits seit längerem über eine Erneuerung des Spielplatzes diskutiert. Die damaligen Spielgeräte erfüllten nicht mehr die nötigen Sicherheitsstandards und somit stand bereits fest, dass in naher Zukunft Investitionen in dieses Projekt getätigt werden mussten. Lediglich über die genaue Gestaltung des neuen Spielplatzes herrschte Unsicherheit unter den Mitgliedern und somit entschieden sie sich dafür, zu einer Zukunftswerkstatt einzuladen und die Ausgestaltung gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen zwischen 3 und 12 Jahren sowie deren Eltern zu planen.³⁰⁸

Die erste Sitzung der Zukunftswerkstatt fand am 18.10.2013 statt und neben 30 interessierten Kindern, Eltern und Großeltern waren außerdem der Ortsbürgermeister Herr Alois Pohlen und Herr Alois Hayer anwesend, die beide stellvertretend für den eigens gegründeten Spielplatz-Ausschuss teilnahmen.

Zunächst unternahm das gesamte Plenum einen gemeinsamen Spaziergang zum Spielplatz, um vor Ort die bestehende Situation zu betrachten.³⁰⁹ Die Kinder konnten Lieblingsspielgeräte benennen und die Erwachsenen äußerten ebenfalls erste Wünsche, wie beispielsweise einen Sandkasten mit Sonnensegel, welches man gegebenenfalls auch als Abdeckung nutzen kann. Zurück im Bürgerhaus bildeten die Teilnehmer vier Gruppen bestehend aus je ca. 8 Kindern, Eltern und Ausschussmitgliedern und auf großen Plakaten malten und entwarfen sie ihre Ideen. Nach dieser Kreativphase präsentierten die Gruppen ihre Vorschläge vor dem gesam-

³⁰⁶ Vgl. Ortsgemeinde Strohn: Tourismus. Online unter: <http://strohn.de/navigation/index.php>, [Stand: 25.09.2013] (im Folgenden zitiert als: Ortsgemeinde Strohn, Tourismus).

³⁰⁷ Vgl. Strohn, Tourismus, a.a.O.

³⁰⁸ Vgl. Pohlen, Alois: Interview vom 07.08.2013, Anhang, Anlage 1, Strohn 2013, S. 2 (im Folgenden zitiert als: Alois Pohlen).

³⁰⁹ Vgl. Alois Pohlen, a.a.O., S. 2.

ten Plenum. Hierbei zählten zu den Wünschen beispielsweise eine Tischtennisplatte, viele Klettermöglichkeiten, eine Rutschbahn, einfache Schaukelsitze und zusätzliche Vogelnestschaukeln, ein Karussell, ein Sandkasten mit Sonnensegel, eine Rasenfläche, Rindenmulch als Fallschutz sowie eine Seilbahn.³¹⁰ Diese Vorschläge wurden auf einer Prioritätenliste festgehalten, welche in der nächsten Sitzung des Ortsgemeinderates zur Diskussion stand. Die Ratsmitglieder versuchten auf diese Vorschläge so gut es ging einzugehen, jedoch dabei gleichzeitig die vorgegebenen Sicherheitsstandards zu beachten. Nachdem der Spielplatz-Ausschuss Hersteller-Angebote eingeholt hatte, wurde im Rat über die Erneuerung abgestimmt und beschlossen. Das Besondere am Strohner Beispiel ist, dass die Bürger hier nicht nur an der Projektplanung, sondern darüber hinaus auch an der Umsetzung beteiligt wurden. So trafen sich die Teilnehmer der Zukunftswerkstatt auch ein weiteres Mal und halfen beim Bau des Spielplatzes mit. Kinder schaufelten Sand und die Erwachsenen bauten die Geräte, welche nicht vom Hersteller selbst vorschriftsmäßig montiert werden mussten, in Eigeninitiative auf.³¹¹

6.5.3 Theoretische Einordnung des Beteiligungsprojekts

Die Zukunftswerkstatt der Ortsgemeinde Strohn präsentiert sich ebenfalls als partizipativ demokratiethoretisches Modell. Die Bürger können durch die Teilnahme an dem Projekt unmittelbar Einfluss auf geplante Investitionen der Ortsgemeinde nehmen und ihre Vorstellungen und Bedürfnisse äußern. Es ermöglicht breite Beteiligungschancen am gesamten Prozess der zu lösenden Herausforderungen.

Ebenso lässt sich wiederum der philosophische Ansatz im Verlauf der Zukunftswerkstatt nachzeichnen. Von allen vorgestellten Projekten ist der gesellschaftliche Diskurs, welcher durch die Maßnahme gefördert wird, der breiteste. Neben Ratsmitgliedern und engagierten Bürgern wird der Schulterschluss zu Vereinen der Dorfgemeinschaft gesucht und sogar die Jugend mit eingebunden und nach ihren Vorstellungen und Wünschen gefragt, wobei die Anregungen für den Ortsgemeinderat wiederum nicht bindend sind.

Das Fallbeispiel zeigt sich besonders im Bezug auf die Lösung des Problems „Neugestaltung des Kinderspielplatzes“ projektfokussiert. Ein theoretisch anwendungsorientierter Ansatz wird in dessen Umsetzung auch praktisch in der gemeinsamen Gestaltung des Kinderspiel-

³¹⁰ Vgl. Ortsgemeinde Strohn: Dokumentation Zukunftswerkstatt Spielplatz, Strohn 2012, S. 1f.

³¹¹ Vgl. Alois Pohlen, a.a.O., S. 3.

platzes durch die Beteiligten verfolgt. Ebenso soll ideengeschichtlich den Bürgern durch die Teilnahme an der Zukunftswerkstatt die Möglichkeit der Einflussnahme auf Projektumsetzungen durch den Ortsgemeinderat geboten werden. Mit einer gemeinsamen Umsetzung der Baumaßnahme wird darüber hinaus versucht neben der generellen Zustimmung zu dem Projekt auch eine Identifikation mit dem selbst Geschaffenen zu erreichen. Die Entscheidung zwischen Staat und Bürger wird im besten Falle zu einer gemeinsamen Entscheidung verschmolzen.

Für die expansive Demokratisierungsstrategie, welche grundsätzlich auf kommunaler Ebene mangels politischen Entscheidungsspielraums keine Anwendung finden kann, stellt Strohn einen Ausnahmefall dar. Durch eine hervorragende Haushaltssituation der Ortsgemeinde Strohn mit ganz erheblichen Rücklagen in Millionenhöhe kann die kommunale Selbstverwaltung bis an ihre Grenzen ausgenutzt werden. Die Finanzierung der Zukunftswerkstatt und die Umsetzung der durch diese gefundenen Ergebnisse stellen kein Problem dar. Ein Abweichen des Ortsgemeinderates von den gefundenen Ergebnissen aus rein finanziellen Gründen ist daher nicht erforderlich. Eine kollektive Selbstbestimmung in der Kommune ist möglich. Dies ermöglicht eine expansive Demokratisierungsstrategie.

Darüber hinaus fördert die Zukunftswerkstatt Strohn mit ihrem Spielplatzprojekt neben dem breiten gesellschaftlichen Diskurs auch die Integration möglichst vieler Bürger. Durch die Einbeziehung von Vereinen in die Umsetzung des Projektes³¹² werden auch politisch weniger Interessierte erreicht, welche sonst nicht an der Zukunftswerkstatt teilgenommen hätten. Ebenso wird die Gruppe der Kinder und Jugendlichen angesprochen und gerade Letzteren die Wichtigkeit der Teilnahme an politischen Meinungsbildungsprozessen vorgeführt, da eigene Vorschläge wirklich zur Umsetzung gelangen. Die Ortsgemeinde Strohn verfolgt eine effizienzorientierte Demokratisierung mit ihrem Projekt.

6.5.4 Erfolgsmessung

Für eine Erfolgsmessung der Strohner Zukunftswerkstatt konnten 17 Teilnehmer befragt werden, die an allen Treffen teilgenommen haben.

Das Strohner Projekt zeichnet sich durch eine hohe Inputlegalität aus, da es durchweg gelingt, isolierte Gruppen mit einzubinden. Bereits zur Auftaktveranstaltung, welche die Neugestal-

³¹² Vgl. Alois Pohlen, a.a.O., S. 3.

tung des Spielplatzes zum Thema hatte, wurden bewusst Kinder mit ihren Eltern eingeladen und erschienen auch zahlreich.³¹³ Das Durchschnittsalter der Befragten liegt zwar bei immer noch 42,59 Jahren³¹⁴, jedoch waren gerade bei der späteren Umsetzung der Baumaßnahmen einige Eltern mit ihren Kindern vor Ort, die tatkräftig Unterstützung leisten durften. 58,8% der Befragten waren weiblich.³¹⁵ 41,2% waren im Angestelltenverhältnis tätig.³¹⁶ Auch die Neuzugezogenen konnten erreicht werden. Der Anteil der Befragten, die höchstens zehn Jahre in der Ortsgemeinde lebten, liegt bei 17,6%.³¹⁷ Eine stärkere Partizipation dieser Gruppen ist somit eindeutig auszumachen. Dieses empirisch ermittelte Bild deckt sich auch mit den Einschätzungen des Ortsbürgermeisters, wonach gerade auch die sonst kommunalpolitisch nur wenig Interessierten teilnahmen.³¹⁸

Für die Messung der informellen und auch formellen Qualität der Maßnahme bedarf es eines fairen Ablaufs und nötiger Transparenz. In Strohn konnte durch die Veröffentlichung der einzelnen Projektabschnitte der Zukunftswerkstatt im monatlich erscheinenden „Strohner Dorfblättchen“ für jeden Interessierten Einblick ermöglicht werden. Um den Ablauf möglichst fair zu halten, wurde zudem durch den Ortsgemeinderat die Zukunftswerkstatt in jedem Abschnitt so gestaltet, dass besonderes Augenmerk auf die Interessen und Meinungen der Teilnehmer gelegt werden sollte. Die Idee dahinter war es, die von dem Spielplatz Betroffenen gerade mit Vorschlägen in die Planung mit einzubeziehen, um nicht am Bedarf vorbeizuplanen.³¹⁹ Alle Befragten sind mit dem Ablauf des Projektes zumindest recht zufrieden und 52,9% der Befragten sind sogar sehr zufrieden.³²⁰ Dazu passt, dass auch 29,4% der Befragten ihre Meinung sehr gut berücksichtigt fanden, keiner der Befragten hatte das Gefühl bei der Meinungsfindung nicht oder nur mäßig berücksichtigt worden zu sein.³²¹ Dieses Bild vermittelten auch die Einschätzungen des Ortsbürgermeisters während des Interviews.³²² Der Ablauf des Projektes kann als sehr gut umgesetzt bezeichnet werden.

Aus Sicht einer effektiven Leistungserbringung ist die Zukunftswerkstatt ebenfalls als vorbildlich einzuschätzen. Die Planung wurde nicht durch Externe durchgeführt, sondern ehrenamtlich von den Mitgliedern der Zukunftswerkstatt ausgeführt. Bei der Umsetzung der Maß-

³¹³ Vgl. Alois Pohlen, a.a.O., S. 3.

³¹⁴ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 2.

³¹⁵ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 1.

³¹⁶ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 14.

³¹⁷ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 3.

³¹⁸ Vgl. Alois Pohlen, a.a.O., S. 3.

³¹⁹ Vgl. Ibid, S. 2.

³²⁰ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 7.

³²¹ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 9.

³²² Vgl. Alois Pohlen, a.a.O., S. 4.

nahme, dem Bau des Spielplatzes, konnte durch die Arbeitsleistung der Teilnehmer sogar eine Kostenersparnis erzielt werden. Als verzeichnenbarer Output steht ein Spielplatz der bedarfsgerecht geplant und überwiegend in Eigenleistung umgesetzt wurde. 70,6% der Teilnehmer sind sehr zufrieden mit dem Ergebnis.³²³ Einzig anzumerken ist, dass die Ortsgemeinde die Spielgeräte aus Eigenmitteln zahlen musste. Ein Mehrpreis der Zukunftswerkstatt hat dies dennoch nicht zur Folge, denn sie stellen reine Materialkosten dar.

Alle Befragten würden sich zudem erneut an einem solchen Projekt beteiligen und 88,2% der Befragten wünschten sich mehr derartige Beteiligungsmöglichkeiten in Strohn.³²⁴

Was eine Bildung von Sozialkapital durch die Zukunftswerkstatt Strohn angeht, so ist zwar festzustellen, dass die Verwaltung nicht einbezogen wurde, jedoch der Ortsgemeinderat zusammen mit den Bürgern aus verschiedenen Alters- und Bevölkerungsschichten, sodass auch hier ein Teilerfolg verzeichnet werden kann.

Eine demographische Qualifizierung der Teilnehmer wird dadurch erreicht, dass marginalisierte Gruppen, besonders die Kinder, welche nur selten kommunalpolitisches Gehör finden, mit eingebunden und direkt nach ihren Wünschen befragt werden. 82,4% der Befragten geben zudem an, durch die Zukunftswerkstatt toleranter im Hinblick auf andere Meinungen geworden zu sein und jeder geht sogar davon aus, dass dies zumindest in Teilen geschehen ist.³²⁵

Zusammenfassend stellt sich die Zukunftswerkstatt Strohn mit ihrem Spielplatzprojekt als durchweg erfolgreich heraus. Es fördert die demokratische Qualifizierung der Beteiligten, bindet auch die Jugend und Neubürger in überdurchschnittlichem Maße ein und bietet durch die am wirklichen Bedarf orientierte Projektumsetzung auch eine echte Gestaltungsmöglichkeit. Vorbildlich ist, dass durch die eigenhändige Durchführung auch eine effiziente Leistungserbringung erzielt wird.

³²³ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 7.

³²⁴ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 11, 12.

³²⁵ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 10.

7 Auswirkungen partizipativer Beteiligung auf die repräsentative Demokratie

Nach einer Bewertung der einzelnen partizipativen Bürgerbeteiligungsmodelle in Betteldorf, Katzwinkel und Strohn nach Erfolgsgesichtspunkten ist nun deren Einfluss auf die repräsentative Demokratie zu untersuchen. Es gilt nachzuweisen, ob erfolgreiche partizipative Beteiligungen der Bürger der Krise der repräsentativen Demokratie gezielt entgegenwirken können, oder ob bei möglichen Einflüssen diese unabhängig von dem gemessenen Erfolg der Maßnahmen sind.

Die Frage, ob die Teilnehmer der Projekte in Betteldorf, Strohn und Katzwinkel nach ihrer Teilnahme sich allgemein besser durch den Ortsgemeinderat vertreten fühlen, zielt gerade darauf ab, eine subjektive Einschätzung der Bürger zur repräsentativen Demokratie auf kommunaler Ebene zu bekommen. Die Strohner Befragten fühlen sich zu 76,5% nach der Zukunftswerkstatt vom Ortsgemeinderat besser oder sogar sehr viel besser durch diesen vertreten.³²⁶ In Katzwinkel geben dies 57,1% und in Betteldorf nur 40% der Befragten an.³²⁷ Niemand der befragten Teilnehmer in Strohn³²⁸, jedoch 28,6% der Katzwinkler³²⁹ und 13,3% der Betteldorfer³³⁰ hingegen sehen wenig bis gar keinen Einfluss der partizipativen Beteiligungsmöglichkeit auf eine bessere Repräsentation der Bürger durch den Ortsgemeinderat. Das Strohner Projekt zeichnet sich sowohl aus partizipativ demokratischen Erfolgsgesichtspunkten, als auch bei der Förderung der repräsentativen Demokratie nach Einschätzung der Befragten als sehr erfolgreich aus. Die Dorfmoderation in Katzwinkel hat bei der Erfolgsmessung als schlechtestes partizipatives Instrument der Beispiele abgeschnitten, ist jedoch in der Wirkung auf die Verbesserung der Akzeptanz repräsentativer Demokratie besser als die Betteldorfer Dorfwerkstatt.

Um der viel zitierten Politikverdrossenheit der Bürger entgegenwirken zu können, also einen Beitrag zur Krisenlösung der repräsentativen Demokratie beitragen zu können, dürfte nicht nur an den Symptomen, sondern an deren Ursachen angesetzt werden. Die partizipativen Beteiligungsinstrumente müssten gerade hier nachweisbar positive Veränderungen herbeiführen, um als nützliches Instrument wirken zu können. Nur wenn erfolgreiche partizipative Bürgerbeteiligung auch erfolgreich im Bezug auf eine Förderung der repräsentativen Demokratie ist, kann dies ein Krisenlöser sein.

³²⁶ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 13.

³²⁷ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 13; Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 13.

³²⁸ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 13.

³²⁹ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 13.

³³⁰ Eigene Erhebung: Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 13.

Eine Ursache der Krise der repräsentativen Demokratie ist, dass die Selektivität der Beteiligung in der Bürgerschaft immer mehr zunimmt und hierdurch die repräsentative Demokratie gerade ihre Repräsentation verliert.³³¹ Erfolgreiche partizipative Bürgerbeteiligungsprojekte zeichnen sich jedoch gerade dadurch aus, dass sie auch marginalisierte Gruppen erfassen. Diese werden für die Meinungsfindung wieder erreicht. Auch hier ist das Strohn Projekt erfolgreich, indem besonders die Jugend und Neubürger einbezogen werden. Bemerkenswert ist zudem, dass die ansonsten eher glücklose Dorfmoderation in Katzwinkel in diesem Punkt durch die Einbeziehung der Jugend im Dorf ebenfalls erfolgreich sein kann. Dies erklärt auch, dass die Dorfwerkstatt in Betteldorf zwar bei der partizipativ-demokratischen Erfolgsmessung besser abschneiden konnte, jedoch bei positiven Impulsen zur Förderung der repräsentativen Demokratie am schlechtesten abschneidet.

Im Bezug auf eine Steigerung der Wahlbeteiligung mit solch partizipativen Beteiligungsinstrumenten, oder einem vermehrtem Interesse an Parteipolitik und einer Parteimitgliedschaft im Allgemeinen, welches alles wünschenswerte Ursachenbekämpfung einer Krise der repräsentativen Demokratie wäre, gibt es keine empirisch belastbaren Nachweise. Sie stellen keine Kriterien bei der Erfolgsmessung eines demokratischen Partizipationsverfahrens dar. Sollte hier eine Korrelation nachweisbar sein, so ist dies nur ein Nebeneffekt der einzelnen Beteiligungsmöglichkeiten, jedoch nicht Erfolgsmerkmal einer partizipativen Beteiligungsmöglichkeit im Allgemeinen. Eine Wechselwirkung zwischen partizipativen Bürgerbeteiligungen und einem erfolgreichem Entgegenwirken bei den Ursachen der Krise der repräsentativen Demokratie ist somit kein Ausfluss des Erfolgs eines partizipativen Instruments.

Ebenfalls als Ursache der Krise ausgemacht ist das Vorliegen einer gewissen Disparität bei der Vermittlung und Durchsetzung verschiedener gesellschaftlicher Anliegen.³³² Besonders die gut situierten Bürger der oberen Gesellschaftsschichten finden bei politischen Entscheidungen mit ihren Anliegen Berücksichtigung. Mit Blick auf die einzelnen Projekte und die Auswertung der Befragung zeigt sich jedoch, dass in allen drei Projekten die Befragten nicht schwerpunktmäßig einer besonderen, privilegierten Berufsgruppe zuzuordnen wären.³³³ Vielmehr sind die Teilnehmer quer durch alle Berufsschichten vertreten, sodass eine Disparität bei der Vorbringung der Anliegen nicht erkennbar ist. Eine erfolgreiche partizipative Bür-

³³¹ Vgl. Merkel, *Steckt die Demokratie in einer Krise?*, a.a.O., S. 18.

³³² Vgl. Schattschneider, *The Semi-Sovereign People*, a.a.O., S. 34f.

³³³ Eigene Erhebung: Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 14; Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 14; Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 14.

gerbeteiligung zeichnet sich zum einen in der Inputlegitimität und bei der Bildung von Sozialkapital auch hierin aus. Sie wirkt somit den Ursachen der Krise direkt entgegen.

Ein weiterer Krisenfaktor ist, dass die Bürger ihre Ansprüche und Meinungen als nicht ausreichend in der politischen Diskussion repräsentiert sehen. Es kommt zu einer Legitimitätskrise.³³⁴ Für ein erfolgreiches partizipatives Bürgerbeteiligungsprojekt bedarf es jedoch gerade der nötigen Inputlegitimität in der Gestalt, dass auf die eigene Meinung hinreichend eingegangen wird. Die hierin besonders erfolgreichen Projekte, wie in diesem Beispiel Strohn, wirken somit der Legitimitätskrise direkt entgegen.

Als Zwischenergebnis lässt sich somit festhalten, dass eine erfolgreiche partizipative Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene den Ursachen der Krise der repräsentativen Demokratie in vielfältiger Weise entgegenwirkt.

8 Anwendbarkeit partizipativer Demokratie

Wenn nun also die Auswirkungen einer nach objektiven Kriterien erfolgreichen partizipativen Bürgerbeteiligung auf die repräsentative Demokratie als positiv zu verzeichnen sind, so stellt sich im Kern ein abschließendes Problem. Wenn sich durch die partizipative Bürgerbeteiligung derart positive Effekte erzielen lassen, ist es fraglich, dass es nur im Strohn Projekt gelingt eine erfolgreiche partizipative Bürgerbeteiligung zu schaffen. Weder das Projekt in Betteldorf noch das in Katzwinkel konnten hier bei der Erfolgsmessung ein positives Ergebnis erzielen.

Abstrakt gesehen stehen demokratische Systeme wie das der repräsentativen Demokratie immer im Spannungsfeld zweier Pole, zum einen dem Legitimitätspol, also der Frage nach der Akzeptanz demokratischer Entscheidungen in der Gesellschaft, und zum anderen dem Effizienzpol, der die Performanz demokratischer Politik misst, also deren Fähigkeit adäquate Problemlösungen zu präsentieren.³³⁵

Was ersteren anbelangt so wird bei normativem Verständnis der Demokratie immer versucht Legitimation durch Partizipation erzeugen zu können.³³⁶ Erfolgreiche partizipative Bürgerbe-

³³⁴ Vgl. Thaa, Krise und Repräsentation, a.a.O., S. 22.

³³⁵ Vgl. Sandschneider, Eberhard: Transformation, Globalisierung und die Zukunft der repräsentativen Demokratie, in: Karl Schmitt (Hg.): Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Berlin 2003, S. 41 (im Folgenden zitiert als: Eberhard Sandschneider: Zukunft der repräsentativen Demokratie).

³³⁶ Vgl. Katja Pähle, Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, a.a.O., S. 254.

teiligung erhöht, empirisch in den betrachteten Beispielen nachgewiesen, die Akzeptanz der Entscheidungen. Wenn aber die politischen Entscheidungen aus der Partizipation möglichst aller Bürger hervorgehen sollen, dann setzt dies ein Interesse an eben dieser politischen Beteiligung des Einzelnen voraus. Das Bürgerbild, welches den partizipativen Demokratietheorien zugrunde liegt, geht somit davon aus, dass der durchschnittliche Bürger zu mehr und besserer Beteiligung befähigt ist oder befähigt werden könne.³³⁷ Fraglich ist, ob dies der empirischen Untersuchung standhalten kann. Die Teilnehmer aller Projekte wurden hierzu nach ihrer Motivation zum Mitmachen an den Projekten befragt. Es bestand eine freie Antwortmöglichkeit.

Bei der Dorfmoderation in Katzwinkel wurde hier besonders das allgemeine Interesse am Dorf, der Wunsch nach Gesellschaft, als auch die Stärkung der Ortsgemeinde für die Zukunft als Motivation zur Teilnahme angegeben.³³⁸ Bei der Dorfwerkstatt Betteldorf ging es den Teilnehmern überwiegend darum, durch ihr Engagement wiederum die Zukunft der Ortsgemeinde zu verbessern, aber auch wegen eines eigenen betroffenen Anwesens, welches im Zuge der Dorfwerkstatt betroffen sein könnte, an dieser teilzunehmen.³³⁹ Für die Zukunftswerkstatt Strohn mit ihrem Spielplatzprojekt interessierten sich die Teilnehmer besonders, da sie etwas für die Kinder oder Enkel schaffen wollten, aber auch aus Verschönerungsinteresse am Dorf selbst.³⁴⁰

Die Frage nach der Motivation für das politische Engagement beantwortet mithin keiner der Befragten mit universellem politischem Interesse. Jeder Einzelne gibt hier für seine Teilnahme eine persönliche Begründung an. Es ist, und das wird auch in den Gesprächen mit den Ortsbürgermeistern bewusst, eine positive Begründung für jeden Einzelnen zur Teilnahme nötig. Hierdurch konkurriert das Interesse an einer Teilnahme dann aber auch mit einer Vielzahl relevanter anderer Interessen. Es ist festzustellen, dass das Interesse der überwiegenden Zahl der Befragten außerordentlich projektbezogen zu verorten ist. Am deutlichsten wird dies in Strohn. Die Mehrzahl der Teilnehmer ist durch den geplanten Spielplatzbau selbst betroffen, sie haben eigene Kinder oder Enkel. Auch in Betteldorf war die hohe Teilnehmerzahl im ersten Termin des Projektes dadurch bedingt, dass die Anwesenden sich Zuschüsse zu Baumaßnahmen erhofften.³⁴¹ Die Dorfmoderation in Katzwinkel mit ihrem recht abstrakten Ziel ein Leitbild des Dorfes und einen Maßnahmenkatalog zu erstellen weist folgerichtig auch das geringste projektbezogene Interesse auf. Empirisch kann somit nachgewiesen werden, dass

³³⁷ Vgl. Manfred Schmidt, *Demokratietheorien*, 4. Auflage, a.a.O., S. 240f.

³³⁸ Eigene Erhebung: Befragung Katzwinkel, Anhang, Anlage 7, Frage Nr. 6.

³³⁹ Eigene Erhebung: Befragung Betteldorf, Anhang, Anlage 6, Frage Nr. 6.

³⁴⁰ Eigene Erhebung: Befragung Strohn, Anhang, Anlage 8, Frage Nr. 6.

³⁴¹ Vgl. Werner Michels, a.a.O., S. 2.

vor der Teilnahme an einer solchen partizipativen Maßnahme eine höchst individuelle Kosten-Nutzen Analyse steht.³⁴²

Die Motivation zu aktiver politischer Beteiligung des einzelnen Bürgers kann im Ergebnis daher nicht als selbstverständlich und universell vorausgesetzt werden.³⁴³ Das in der partizipativen Demokratietheorie vorausgesetzte Bürgerbild ist insofern zu optimistisch.

Die Befragungen lassen überdies eine Tendenz erkennen. Je abstrakter die Thematik des partizipativen Bürgerbeteiligungsprojektes ist, desto schwerer wird es gegen die Vielzahl anderer Interessen der Bürger anzukommen. Je abstrakter sodann die Ziele sind, desto schwieriger wird es letztlich diese dann auch aus Sicht der Teilnehmer zu erfüllen. Die an die Dorfmoderation in Katzwinkel gestellten Forderungen, so der Halt der Buslinie 300 im Ort, lagen teilweise sogar außerhalb der Kompetenzen der Ortsgemeinde. Dass die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurückbleiben ist so unausweichlich. Die Entscheidungen aus derartigen partizipativen Projekten sind folglich auch für die Teilnehmer nur wenig akzeptabel. Ihnen fehlt die nötige Legitimität.

Aus Effizienzgesichtspunkten ist es auch schwierig für die vorgestellten Projekte eine gute Performanz, also die Fähigkeit adäquate Problemlösungen zu finden, zu erreichen. Ein Problem der vorgestellten Beispiele ist besonders bei der Dorfwerkstatt in Betteldorf, als auch bei der Dorfmoderation in Katzwinkel evident. Beide wurden durch ein Planungsbüro begleitet, was zwar für einen geregelten Ablauf sorgte, jedoch erhebliche Kosten von 8000€ und mehr verursachte. Dennoch gelang es nicht eine Problemlösung zu präsentieren, die über bloße Leitsätze und Handlungsvorschläge wesentlich hinaus ging. Ein solches Projekt ist im Ergebnis daher höchst ineffektiv und im Hinblick auf die Kosten auch höchst ineffizient. Eine erfolgreiche Anwendung partizipativer Demokratie gelingt auf kommunaler Ebene somit nur in engen Grenzen.

³⁴² Vgl. Scharpf, Fritz: *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 62 (im Folgenden zitiert: Fritz Scharpf, *Demokratietheorie*).

³⁴³ Vgl. Fritz Scharpf, *Demokratietheorie*, a.a.O., S. 63.

9 Fazit

Anhand der untersuchten Ortsgemeinden und ihren einzelnen Projekten in Strohn, Katzwinkel und Betteldorf lässt sich zunächst abstrakt nachweisen, dass partizipative Beteiligungselemente direkten Einfluss auf die repräsentative Demokratie haben. Hierbei zeigt sich, dass dieser Einfluss umso größer ist, je erfolgreicher das partizipative Bürgerbeteiligungsprojekt selbst ist. Die von erfolgreicher partizipativer Demokratie ausgehenden Effekte wirken hierbei direkt positiv auf gewichtige Ursachen der Krise der repräsentativen Demokratie ein. Durch die Einbeziehung möglichst aller Gesellschaftsschichten wird der Selektivität politischer Beteiligung entgegengewirkt. Speziell indem partizipative Beteiligungsmodelle den Bürgerwillen direkt mit einbeziehen kommt es zu einer höheren Akzeptanz der im Folgenden getroffenen Entscheidung. Die Legitimität der getroffenen Entscheidungen kann nachweislich erhöht werden. Einzig bei der Erhöhung der Wahlbeteiligung und dem Interesse an Parteipolitik im Allgemeinen konnte vorliegend kein Einfluss nachgewiesen werden.

Abstrakt ist die Einbettung partizipativer Demokratie innerhalb des Systems der repräsentativen Demokratie in der Kommune somit tatsächlich geeignet der Krise der repräsentativen Demokratie wirksam entgegenzuwirken, dies jedoch vor dem Hintergrund, dass das partizipative Beteiligungsinstrument selbst erfolgreich ist.

Empirisch zeigt sich jedoch, dass ebendieser Erfolg auf kommunaler Ebene innerhalb der untersuchten Projekte höchst unterschiedlich ausfällt. Er ist gleichwohl von mehreren Faktoren abhängig und nur die Strohner Zukunftswerkstatt kann hierbei überzeugen.

Zunächst steht eine Teilnahme für alle Befragten der partizipativen Beteiligungsmodelle, anders als dies das Bürgerbild der partizipativen Demokratietheorie annimmt, unter einer strengen Kosten-Nutzen-Abwägung. Der Erfolg einer partizipativen Bürgerbeteiligung verlangt gerade eine möglichst hohe Selbstbetroffenheit des Einzelnen. Nur dann lässt sich die notwendige Motivation und Ergebnisoffenheit der Teilnehmer erzielen. Bei abstrakten Aufgabenstellungen schafft es die partizipative Demokratie auf kommunaler Ebene hingegen kaum, die notwendige innere Verbundenheit zwischen den unterschiedlichen Interessenströmungen zu finden. Es ist eine authentische Herausforderung nötig.

Den Kommunen immanente Beschränkungen behindern ebenfalls den Erfolg partizipativer Demokratie. Der rechtliche Handlungsspielraum ist zwar im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung innerhalb der einzelnen Ortsgemeinden für konkrete Projektlösungen wie im Strohner Projekt ausreichend, jedoch stößt dieser bei abstrakteren Aufgabenstellungen

schnell an seine Grenze, sodass die hierfür nötigen Lösungsansätze selbst durch die Kommune gar nicht umgesetzt werden können. Direkte Erfolge partizipativer Demokratie werden so unmöglich. De facto wird der rechtliche Handlungsspielraum sodann besonders finanziell stark eingeschränkt. Im Hinblick auf die desolate Haushaltslage vieler Kommunen können im Ergebnis die partizipativ gefundenen Lösungen nur sehr eingeschränkt umgesetzt werden, welches die während des Projektes gewonnene Legitimation, mithin die positiven Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie nach Ergebnisumsetzung wesentlich schmälert. Zudem sind die Kosten und die Dauer partizipativer Beteiligungsinstrumente, welche durch Externe begleitet werden, zu hoch, als dass ein effektives oder auch effizientes Ergebnis erzielt werden könnte.

Abschließend ist festzuhalten, dass Instrumente partizipativer Demokratie in der Kommune bei eng umrissenen und möglichst konkreten Aufgabenstellungen innerhalb des bestehenden finanziellen und rechtlichen Handlungsrahmens erfolgreich sein können. Sie können in der Tat wirksam vielen Ursachen der Krise der repräsentativen Demokratie entgegenwirken. Die einfache Rechnung jedoch, dass durch möglichst umfangreiche partizipative Beteiligungsmodelle eine höhere Zufriedenheit und damit eine höhere Legitimation der Bürger mit dem Ergebnis im Konkreten und dem politischen System im Allgemeinen erzielt werden kann, scheint nicht aufzugehen.

11 Quellen- und Literaturverzeichnis

Agnoli, Johannes: Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition, in: Ulrich Matz (Hg.): Grundprobleme der Demokratie, Darmstadt 1968, S. 461–471.

Andersen, Uwe: Kommunalpolitik im Umbruch, in: Uwe Andersen (Hg.): Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, Köln 1998, S. 9-43.

Andersen, Uwe/Woyke Wichard: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 5. Auflage, Opladen 2003.

Barber, Benjamin R.: The Conquest of Politics. Liberal Philosophy in Democratic Times, Princeton 1988.

Bauer, Peter: Die Zukunftskonferenz (Future Search Conference) – Mit einer größeren Gruppe die gemeinsame Zukunft entwerfen und umsetzen, in: Astrid Ley/ Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 274-279.

Behnke, Joachim: Die politische Theorie des Rational Choice: Anthony Downs, in: André Brodocz/ Gary S. Schaal (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, Opladen 1999, S. 311-336.

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Bonn 2004.

Bischoff, Ariane/ Klaus Selle/ Heidi Sinnig: Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden, Dortmund 2005.

Bogumil, Jörg/ Lars Holtkamp/ Gudrun Schwarz: Das Reformmodell der Bürgerkommune. Leistungen – Grenzen – Perspektiven, Berlin 2003.

Bogumil, Jörg/Lars Holtkamp: Die kommunale Ebene, in: Thomas Olk/ Ansgar Klein/ Birger Hartnuß (Hg.): Engagement Politik – Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden 2009, S. 382-407.

Böning, Uwe: Moderieren mit System: Besprechungen effizient steuern, Wiesbaden 1991.

Buchstein, Hubertus: Die Zumutung von der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz, in: Klaus von Beyme/ Claus Offe (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen 1996, S. 295-324.

Bundeszentrale für politische Bildung: Verbreitung demokratischer Staaten, in: Bundeszentrale für politische Bildung Online vom 11.02.2013. Online unter: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/38794/demokratische-staaten>, [Stand: 24.09.2013].

Burow, Olaf-Axel: Lernen für die Zukunft. Mit Zukunftswerkstätten soziale und ökologische Phantasie mobilisieren, in: Pädagogik, Heft 6, Weinheim 1992, S. 6-10.

Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008.

Crozier, Michael/ Samuel P. Huntington/ Joji Watanuki: The Crisis of Democracy, New York 1975.

Cusack, Thomas R./ Bernhard Wessels: Problemreich und Konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung, Berlin 1996.

Dalton, Russell J.: Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies, 5. Auflage, Washington D. C. 2008.

Dalton, Russell J.: Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advances Industrial Democracies, Oxford 2004.

Dr. Sprengnetter und Partner (Hg.): Abschlussbericht zur Dorfmoderation in der Ortsgemeinde Katzwinkel, Brohl-Lützing 2012.

Fishkin, James S. / Robert C. Luskin: Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion, in: Acta Politica, Heft 40, Eschede 2005, S. 284-298.

Forndran, Erhard: Demokratie und demokratischer Staat in der Krise. Eine Frage an Theorie und Praxis zu ihren Handlungsmöglichkeiten und Handlungsgrenzen, Baden-Baden 2002.

Freitag, Markus/ Uwe Wagschal: Einleitung, in: Markus Freitag/ Uwe Wagschal (Hg.): Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich, Band 3, Berlin 2007, S. 9-18.

Fung, Archon/ Eric Olin Wright: Deepening Democracy: Innovations in Empowered Participatory Governance, in: Politics & Society, Heft 3, Thousand Oaks 2001, S. 5-41.

Fung, Archon: Varieties of Partizipation in Complex Governance, in: Public Administration Review, Heft 12, New York City 2006, S. 66-75.

Gabriel, Oscar W.: Wertewandel, kommunale Lebensbedingungen und die Aufgabe der Kommunen am Beginn der 90er Jahre – Eine empirische Analyse politischer Einstellungen kommunaler Mandatsträger in 14 Städten, in: Franz Schuster/ Günther W. Dill (Hg.): Kommunale Aufgaben im Wandel, Köln 1992, S. 149-235.

Geißel, Brigitte: Partizipative Innovationen auf lokaler Ebene – Chance oder Gefahr für die politische Repräsentation von Armen und Fremden?, in: Winfried Thaa/ Markus Linden (Hg.): Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 195-216.

Geißel, Brigitte: Wozu Demokratisierung der Demokratie?, in: Angelika Vetter (Hg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, Wiesbaden 2008, S. 29-48.

Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, 4. Auflage, Wiesbaden 2006.

Gemeindestatistik Betteldorf, Stichtag 31.07.13. Online unter: <http://www.ewois.de/Statistik/user/pdfgen.php?stichtag=31.07.2013&ags=23301006&type=OG&linkags=0723301006>, [Stand: 26.08.2013].

Gemeindestatistik Katzwinkel, Stichtag 31.07.13. Online unter: <http://www.ewois.de/Statistik/user/pdfgen.php?stichtag=31.07.2013&ags=23304037&type=OG&linkags=0723304037>, [Stand: 26.08.2013].

Gemeindestatistik Strohn, Stichtag 31.07.13. Online unter: <http://www.ewois.de/Statistik/user/pdfgen.php?stichtag=31.07.2013&ags=23301070&type=OG&linkags=0723301070>, [Stand: 26.08.2013].

Gohl, Christopher/ Jürgen Wüst: Beteiligung braucht Wissen – Beteiligung schafft Wissen, in: Angelika Vetter (Hg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, Wiesbaden 2008, S. 259-280.

Gunderson, Adolf G.: The Environmental Promise of Democratic Deliberation, Madison 1995.

Guston, David H.: Evaluating the first US consensus conference: The impact of the citizen`s panel on telecommunications and the future of democracy, in: Science, Technology and Human Values, Heft 24, Thousand Oaks 1999, S. 451-482.

Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1992.

Habermas, Jürgen: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten, Neuwied/Berlin 1969.

Hall, Peter/ Rosemary C.R. Taylor: Political Science and the Three New Institutionalism, Cambridge 1996.

Häusler, Richard/ Rolf Berker/ Beate Bahr/ Sabine Brückmann: Lokale Agenda 21 – Zukunft braucht Beteiligung, Bonn 1998.

Holtkamp, Lars/ Jörg Bogumil/ Leo Kißler: Kooperative Demokratie. Das politische Potenzial von Bürgerengagement, Frankfurt am Main 2006.

Holtkamp, Lars/ Angelika Vetter: Lokale Handlungsspielräume und Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung in Deutschland, in: Hubert Heinelt/ Angelika Vetter (Hg.): Lokale Politikforschung heute, Wiesbaden 2008, S. 19-50.

Holtkamp, Lars: Partizipative Verwaltung – hohe Erwartungen, ernüchternde Ergebnisse, in: Jörg Bogumil/ Werner Jann/ Frank Nullmeier (Hg.): Politik und Verwaltung, Wiesbaden 2006, S. 185-207.

Jörke, Dirk: Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?, in: Reinhard Heil/ Andreas Hetzel (Hg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld 2006, S. 253-266.

Jun, Uwe: Der Wandel der Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt am Main 2004.

Jungk, Robert/ Norbert R. Müllert: Zukunftswerkstätten, 1. Auflage, Würzburg 1981.

Jungk, Robert/ Norbert Müllert: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation, 6. Auflage, München 1989.

Kersting, Norbert/ Philippe Schmitter/ Alexander Trechsel: Die Zukunft der Demokratie, in: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Wiesbaden 2008, S. 40-62.

Klages, Helmut/ Angelika Vetter: Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie – Bedingungen für ein realistisches Konzept, in: Stiftung Mitarbeit (Hg.): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen, Trends, Projekte, Bonn 2011, S. 230-254.

Klages, Helmut: Bürgerbeteiligung im kommunalen Raum. Erfahrungen mit dem Instrument Bürgerpanel, in: Kurt Beck/ Jan Ziekow (Hg.): Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie, Wiesbaden 2011, S. 119-126.

Klein, Hans-Hugo: Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie des Grundgesetzes. Wie übt das Volk seine Macht aus?, in: Günther Rüter (Hg.): Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – Eine Alternative? Grundlagen, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 1996, S. 33-55.

Kleinert, Hubert: Krise der repräsentativen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 38-39, Berlin, 2012, S. 18-24.

Ködelpeter, Thomas: Zukunftswerkstatt, in: Astrid Ley/ Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 282-286.

Kommunale Spitzenverbände Rheinland-Pfalz: Kommunalbrevier Rheinland-Pfalz, Bodenheim 2009.

Kost, Andreas: Direkte Demokratie, Wiesbaden 2008.

Kuhnt, Beate/ Norbert R. Müllert: Moderationsfibel Zukunftswerkstätten: verstehen – anleiten – einsetzen. Das Praxisbuch zur sozialen Problemlösungsmethode Zukunftswerkstatt, 2. Auflage, Münster 1997.

Landkreis Vulkaneifel: Lokale Aktionsgruppe Vulkaneifel – Projekte – Die Chance für das Dorf. Online unter: <http://www.leader-vulkaneifel.de/projekte/die-projekt>, [Stand: 25.09.2013].

Lijphart, Arend: Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, London 1999.

Linden, Markus/ Winfried Thaa: Krise und Repräsentation, in: Markus Linden/ Winfried Thaa (Hg.): Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 11-44.

Lüttringhaus, Maria/ Hille Reichers: Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis, 3. Auflage, Bonn 2012.

Maleh, Carole: Open Space: Eine Konferenzmethode der besonderen Art – Einführung, in: Carole Maleh (Hg.): Open Space in der Praxis. Erfahrungsberichte – Highlights und Möglichkeiten, Weinheim/ Basel 2002, S. 10-26.

Meißner, Maren: Die Jungen gehen, die Alten bleiben, in: Trierischer Volksfreund Online vom 21.10.2012. Online unter: <http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/daun/aktuell/Heute-in-der-Dauner-Zeitung-Die-Jungen-gehen-die-Alten-bleiben;art751,3319650>, [Stand: 02.09.2013].

Merkel, Wolfgang/ Alexander Petring: Partizipation und Inklusion. Demokratie in Deutschland – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011.

Merkel, Wolfgang: Steckt die Demokratie in einer Krise?, in: Caroline Y. Robertson- von Trotha (Hg.): Herausforderung Demokratie. Demokratisch, parlamentarisch, gut?, Baden-Baden 2011, S. 13-28.

Meyer, Thomas: Was ist Demokratie?, Wiesbaden 2009.

Mittendorf, Volker: Die Qualität kollektiver Entscheidungen. Kommunikationsprozesse direkter und repräsentativer Demokratie im Vergleich, Frankfurt am Main 2009.

Münkler, Herfried: Der kompetente Bürger, in: Ansgar Klein/ Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 153-172.

Nanz, Patrizia/ Miriam Fritsche: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn 2012.

Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland, Version 2013, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammler-Zentrum, Nr. 20, Berlin 2013.

Norris, Pippa: Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Cambridge 2002.

Nohlen, Dieter: Stichwort Direkte Demokratie, in: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze, Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.): Lexikon der Politik, Band 7, München 1998.

Nohlen, Dieter: Stichwort Repräsentative Demokratie, in: Dieter Nohlen/ Rainer-Olaf Schultze, Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.): Lexikon der Politik, Band 7, München 1998.

Ortsgemeinde Betteldorf: Betteldorf – leben im Herzen der Vulkaneifel, Broschüre, Betteldorf 2011.

Ortsgemeinde Betteldorf: Projektvorstellung DIE Chance für das Dorf. Online unter: <http://www.betteldorf.de/aktuell/DIE/DIE.html>, [Stand 25.09.2013].

Ortsgemeinde Betteldorf: Vorstellung der Ratsmitglieder. Online unter: <http://www.betteldorf.de/buerger/gemorga.html>, [Stand: 26.08.2013].

Ortsgemeinde Katzwinkel: Der Ort – Gemeinderat. Online unter: http://www.katzwinkel-vulkaneifel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=109&Itemid=71, [Stand: 26.09.2013].

Ortsgemeinde Katzwinkel: Dorfmoderation – Dorfentwicklung. Online unter: http://www.katzwinkel-vulkaneifel.de/index.php?option=com_content&view=category&id=57&Itemid=129, [Stand 25.09.2013].

Ortsgemeinde Strohn: Dokumentation Zukunftswerkstatt Spielplatz, Strohn 2012.

Ortsgemeinde Strohn: Tourismus. Online unter: <http://strohn.de/navigation/index.php>, [Stand: 25.09.2013].

Ortsgemeinde Strohn: Vereine. Online unter: <http://strohn.de/navigation/index.php>, [Stand: 26.08.13].

Ortsgemeinde Strohn: Wirtschaft. Online unter: <http://strohn.de/navigation/index.php>, [Stand: 26.08.13].

Owen, Harrison: Raum für den Frieden – The Practice of Peace, Berlin 2003.

Owen, Harrison: Open Space Technology. Ein Leitfaden für die Praxis, Stuttgart 2008.

Pähle, Katja: Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Eine Herausforderung für die Legitimation lokaler Mandatsträger?, in: Hubert Heinelt/ Angelika Vetter (Hg.): Lokale Politikforschung heute, Wiesbaden 2008, S. 249-269.

Palazzo, Guido: Die Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberativer Demokratie von Jürgen Habermas, Baden-Baden 2002.

Pateman, Carole: Participation and Democratic Theory, London 1970.

Petri, Katrina: Open Space – Raum für Bürgerengagement und Kaffeepausen, in: Astrid Ley/ Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 183-189.

Pfeiffer, Marc H./ Jürgen Wüst: Konfliktmanagement in lokalen Beteiligungsprozessen, in: Michael Haus (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde, Opladen 2002, S. 167-187.

Plan-Lenz GmbH (Hg.): Auftaktveranstaltung Betteldorf – Fotodokumentation vom 15.11.2012, Winterspelt 2012.

Plan-Lenz GmbH (Hg.): DIE Chance für das Dorf, Flyer, Winterspelt 2012.

Plan-Lenz GmbH (Hg.): Dorfwerkstatt-Protokoll vom 23.03.2013, Winterspelt 2013.

Plan-Lenz GmbH (Hg.): Dorfwerkstatt-Protokoll vom 10.04.2013, Winterspelt 2013.

Plan-Lenz GmbH (Hg.): Dorfwerkstatt-Protokoll vom 15.05.2013, Winterspelt 2013.

Plan-Lenz GmbH (Hg.): Einladung zur Dorfwerkstatt am 08.08.2013, Winterspelt 2013.

Plan-Lenz GmbH (Hg.): Einladung zur Dorfwerkstatt am 04.09.2013, Winterspelt 2013.

Putnam, Robert D.: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993.

Reichers, Hille: Aktivierende Befragung, in: Astrid Ley/ Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 60-63.

Riker, William H./ Peter C. Ordeshook: A Theory of the Calculus of Voting, in: American Political Science Review, Heft 62, Cambridge 1968, S. 25-42.

Roth, Roland: Auf dem Weg in die Bürgerkommune? Bürgerschaftliches Engagement und Kommunalpolitik in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Eckart Schröter (Hg.): Empirische Policy- und Verwaltungsforschung, Opladen 2001, S. 133-152.

Roth, Roland: Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung, in: Ansgar Klein/ Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 404-447.

Rudzio, Wolfgang: Parteiendemokratie und Repräsentation. Selbstverständnis und Kritik der Parteiendemokratie, in: Günther Rüter (Hg.): Repräsentative und plebiszitäre Demokratie – Eine Alternative? Grundlagen, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 1996, S. 136-145.

Sandschneider, Eberhard: Transformation, Globalisierung und die Zukunft der repräsentativen Demokratie, in: Karl Schmitt (Hg.): Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Berlin 2003, S. 37-53.

Sartori, Giovanni: Demokratietheorie, Darmstadt 1992.

Sartori, Giovanni: The Theory of Democracy Revisited, 2. Band, Chatham 1987.

Schattschneider, Elmer Eric: The Semi-Sovereign People. A Realist's View of Democracy in America, New York 1960.

Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung, 3. Auflage, Opladen 2000.

Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung, 4. Auflage, Wiesbaden 2008.

Scholz, Joachim: Warum Kommunen Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einbeziehen?, in: Marion Stock (Hg.): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen. Trends. Projekte, Bonn 2011, S. 58-65.

Schubert, Klaus/ Martina Klein: Das Politiklexikon, 5. Auflage, Bonn 2011.

Stiftung für Mitarbeit: Politische Teilhabe – Moderationsmethode. Online unter: <http://www.buergergesellschaft.de/105273/>, [Stand: 17.09.2013].

Stock, Marion: Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Vielfalt ermöglichen – Herausforderungen annehmen – Perspektiven gestalten, in: Marion Stock (Hg.): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen. Trends. Projekte, Bonn 2011, S. 11-24.

Stracke-Baumann, Claudia: Nachhaltigkeit von Zukunftswerkstätten, Bonn 2009.

Sussmann, Rudolf: Das Internet als Medium der Wechselwirkung zwischen Staat und Gesellschaft, in: Thilo Harth/ Reinhard C. Meier-Walser (Hg.): Politikwelt Internet. Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet?, München 2001, S. 126-132.

Thaa, Winfried: Die Krise politischer Repräsentation – eine Folge der Auflösung gesellschaftlicher Großgruppen und soziokultureller Milieus?, in: Markus Linden/ Winfried THaa (Hg.): Krise und Reform der politischen Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 125-148.

Trierischer Volksfreund: Betteldorfer sammeln Ideen für ihren Ort, in: Trierischer Volksfreund Online vom 06.11.2012. Online unter: <http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/daun/kurz/Kurz-Betteldorfer-sammeln-Ideen-fuer-ihren-Ort;art789,3335762>, [Stand: 03.09.2013].

Verbandsgemeinde Daun: Bekanntmachung für die Ortsgemeinde Betteldorf: DIE - Chance für das Dorf, in: Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Daun vom 26.10.2012. Online unter: [http://www.wittich.de/index.php?id=232&tx_lw_pi2\[heftnr\]=714&tx_lw_pi2\[ort\]=Betteldorf&tx_lw_pi2\[nav\]=archiv&tx_lw_pi2\[archivausgaben\]=43-12&tx_lw_pi2\[searchtype\]=kw&tx_lw_pi2\[uid\]=118912104520](http://www.wittich.de/index.php?id=232&tx_lw_pi2[heftnr]=714&tx_lw_pi2[ort]=Betteldorf&tx_lw_pi2[nav]=archiv&tx_lw_pi2[archivausgaben]=43-12&tx_lw_pi2[searchtype]=kw&tx_lw_pi2[uid]=118912104520), [Stand: 03.09.2013].

Verbandsgemeindeverwaltung Daun: Ortsgemeinden – Betteldorf. Online unter: <http://www.vgv-daun.de/InternetDeutsch/med/49c/49c70e7a-e003-ea31-1010-437b988f2ee2,11111111-1111-1111-1111-111111111111.pdf>, [Stand: 23.08.13].

Verbandsgemeindeverwaltung Daun: Ortsgemeinden – Strohn,. Online unter: <http://www.vgv-daun.de/InternetDeutsch/med/3a6/3a609908-c410-8113-780e-5164c48b23a9,11111111-1111-1111-1111-111111111111.pdf>, [Stand: 26.08.13].

Von Zadow, Andreas: Perspektivenwerkstatt – Baustein zur interaktiven Stadtentwicklung, in: Astrid Ley/ Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn 2003, S. 192-196.

Walk, Heike: Krise der Demokratie und die Rolle der Politikwissenschaft, in Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 52, Bonn 2009, S. 22-28.

Warren, Mark E.: Can Participatory Democracy Produce Better Selves? Psychological Dimensions of Habermas`s Discursive Model of Democracy, in: Political Psychology, Heft 14, Columbus (NY) 1993, S. 209-234.

Warren, Mark E.: Democratic Theory and Self-Transformation, in: American Political Science Review, Heft 86, Georgetown 1992, S. 8-23.

Weil, Stephan: Zur Krise der politischen Repräsentation, in: Detlef Horster (Hg.): Die Krise der politischen Repräsentation, Weilerswist 2008, S. 35-46.

Wentzel, Joachim: Bürgerbeteiligung als Institution im demokratischen Gemeinwesen, in: Hermann Hill (Hg.): Bürgerbeteiligung. Analysen und Praxisbeispiele, Baden-Baden 2010, S. 37-60.

Wiesendahl, Elmar: Partizipation in Parteien: Ein Auslaufmodell?, in: Beate Hoecker (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen 2006, S. 74-99.

Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion: Duden - Das Fremdwörterbuch, 9. Auflage, Leipzig/ Mannheim 2006.

Wopp, Christian: Zukunftswerkstätten im Sport. Ein Handbuch zur Veränderung von Sportvereinen, des Schulsports und der Sportpraxis, Aachen 2000.

Zicht, Wilko: Ergebnisse der Bundestagswahlen. Online unter: <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bundestag.htm>, [Stand : 08.07.13].

Zittel, Thomas: Partizipative Demokratie und politische Partizipation, in: Andre Kaiser/ Thomas Zittel (Hg.): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden 2004, S. 55-74.